

Protokoll.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 3. Oktober. — Vormittags-Sitzung.

Im Dinkelacker'schen Saalbau traten um 9 Uhr Morgens die Delegierten zur ersten Sitzung zusammen. Im Hintergrunde der Tribüne erheben sich aus Lorbeer und Palmen die Büsten von Marx und Lassalle. Rote Banner und Fahnen der Partei, der Gewerkschaften und sozialistischen Gesangsvereine Stuttgarts umrahmen die Seiten. Kurz vor 1/10 Uhr eröffnet **Liebknacht** die Verhandlungen mit folgender Ansprache: „Genossinnen und Genossen! Als Aeltester habe ich im Namen der Parteileitung Sie willkommen zu heißen auf diesem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands — dem neunten seit dem Fall des Sozialistengesetzes. Auch in Stuttgart stehen wir auf historischem Boden. Die Sozialdemokratie Deutschlands hat ja überall Stätten, wo sie gekämpft hat, aber ein ganz besonderes Interesse bietet uns Stuttgart, weil wir hier die sämtlichen Phasen der proletarischen Entwicklung Deutschlands verfolgen können. Gestern schon auf dem herrlichen Feste, dessen Eindruck in uns immer fortleben wird, wurde von dem Genossen Greulich daran erinnert, daß 1865 hier die Arbeiterorganisationen Deutschlands, die damals auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft nach Schulze-Delitzsch'schem Muster und Vorschriften begründet waren, einen Kongreß in Stuttgart abgehalten hatten. Auf jenem Kongreß ging man unter dem Eindruck der jungen sozialistischen Bewegung dazu über, das allgemeine Wahlrecht zu fordern, durch dessen Proklamierung ausgesprochen wurde, daß die Arbeiterklasse zur Erringung ihrer Macht den politischen Kampf führen müsse. Die sozialistische Bewegung entwickelte sich mehr und mehr. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein wuchs empor und neben ihm wurde von solchen, die den Rahmen seiner Organisation nicht für genügend hielten, die sogenannte Eisenacher Partei begründet. Diese schloß sich der Internationalen Arbeiter-Assoziation an und hatte einen ihrer Kongresse in Stuttgart und zwar im Juli 1870. Der damalige Kongreß war aber ein Kumpfs-Parlament der deutschen Arbeiter. Es war nur ein Theil der Arbeiter: die Arbeiterklasse, soweit sie zum Bewußtsein erwacht war, war noch in sich gespalten und der Gedanke der Nothwendigkeit des Zusammenhaltens, des einheitlichen Vorgehens, war noch nicht zum Durchbruch gekommen. Raum hatten wir jenen Kongreß verlassen, da brach, herausbeschworen durch die **Gewalthaber**, das Ungewitter des französisch-deutschen Krieges los und im Sturm der entfeesselten Leidenschaften glaubte der Kapitalismus die deutsche Arbeiterbewegung erstickten zu können. Es kam der Leipziger Hochverrath's-prozeß, es kamen die schwersten Verfolgungen ohne Zahl. Nachdem die Kommune in Paris niedergeschlagen war, glaubten unsere Feinde, den Sozialismus erstickt zu haben. Aber umgekehrt ging die Entwicklung. Gerade dieser heldenmüthige Kumpfs hatte das Proletariat der ganzen Welt aufgerüttelt und das Gefühl der internationalen Solidarität erweckt. Seit dem Stuttgarter Kumpfs-Parlament von 1870 sind 28 Jahre verfloßen — 28 Jahre des Kampfes, schwerer Opfer für uns, unter denen wir aber unaufhaltsam vorgegangen sind, Schritt für Schritt mit der Entwicklung des Kapitalismus. Die Thoren, die da glaubten, durch Beseitigung einzelner Personen, durch

Polizeimaßregeln die Sozialdemokratie vernichten zu können, sie begriffen nicht, daß aus dem Boden der heutigen Gesellschaft der Sozialismus mit elementarer Naturkraft hervordrückt, gerade so wie im Frühling die Pflanzen, wenn die Sonne sie hervorlockt. Die deutsche Sozialdemokratie, die vor 28 Jahren in Stuttgart nur ein Kumpfs-Parlament abhalten konnte, steht heute geehrt da, heute haben wir im vollsten Sinne des Wortes das Arbeiterparlament der Sozialdemokratie Deutschlands. Wir gehen jetzt neuen, schweren Kämpfen entgegen. Der Mann, der glaubte, die Sozialdemokratie erdrücken zu können, in dessen Händen seit dem Tode des ersten Napoleon die größte Macht vereinigt war, der die Klassendiktatur der Bourgeoisie in einer Härte durchgeführt hat, wie es in keinem anderen Lande geschehen ist, er ist überwunden worden von der Sozialdemokratie. Und die Partei, die einen Wisnards niedergeworfen hat, wird wahrlich dessen kleine Nachfolger nicht fürchten. Aber je mehr der Kapitalismus sich bedroht fühlt, desto wüthender rafft er sich auf; er weiß, daß mit jedem Moment unsere Macht wächst. Bei den letzten Reichstagswahlen wurde von unseren Feinden alles aufgeboten, um dem Proletariat seine Rechte und Waffen zu nehmen, namentlich um ihm das allgemeine Wahlrecht und das Koalitionsrecht zu entreißen. Alles war vereinigt gegen uns, aber wir haben gesiegt, wenn wir auch an einzelnen Punkten schwerliche kleinere Niederlagen erlitten haben. Im Großen und Ganzen ist uns der Sieg zugesallen und die 2 1/2 Millionen sozialdemokratischer Stimmen sind die sicherste Bürgschaft des endgiltigen Sieges, und außerdem, wie Freund Greulich geltend bemerkte, eine bessere Friedensbürgschaft als Alles, was von Seiten der herrschenden Klasse heute geschehen kann. Der Ansturm gegen uns bei der Wahl ist mißlungen! Wir haben gesiegt!

Aber der Kapitalismus, der jetzt um seine Existenz kämpft, sucht schon wieder nach Mitteln und Wegen, uns zu vernichten. Da ist vor einigen Wochen proklamirt worden, daß das Koalitionsrecht den Arbeitern genommen werden muß; es ist uns durch den Mund des deutschen Kaisers gesagt worden, daß seitens der Regierung ein Gesetz vorbereitet werde, welches gar die Anreizung zum Streik mit Zuchthaus bestrafe! Nun, das Zuchthaus erschreckt uns Sozialdemokraten nicht. (Beifall.) Wie konnten wir denn überhaupt durch diese Ankündigung überrascht sein? Man sagt, Dichter sind Propheten. Ich las, ehe ich hierher ging, in den Gedichten von Heine. Schon vor länger als fünfzig Jahren hat Heine als die Zukunft Deutschlands, wenn das Polizeiregiment fortbauert, das nationale Zuchthaus verkündigt. Wohlan, jetzt stehen wir vor der Verwirklichung des nationalen Zuchthauses. Aber wir werden kämpfen für das Koalitionsrecht, wir werden kämpfen für das bedrohte Wahlrecht und wir werden aller unserer Feinde Herr werden. (Beifall.)

Alles wird ausgebeutet, um zu reaktionären Zwecken das rote Gespenst an die Wand zu malen. Da traf neulich ein Dolchhieb eine Frau, die Niemandem etwas zu Leide gethan hat. Wenn jemals ein unpolitischer Mord begangen ist, der unpolitischste aller Morde. (Zustimmung.) Aber sofort hieß es: das ist Anarchismus, und der Anarchismus ist die Frucht des Sozialismus, beide gehen aus demselben Boden hervor. Ehrlose Lüge. Wir Sozialdemokraten haben bei tausend Gelegenheiten ausgesprochen und nachgewiesen, daß Anarchismus und Sozialismus Antipoden sind, daß der Anarchismus in der kapitalistischen Gesellschaft wurzelt, welche die freie Konkurrenz, den ökonomischen Krieg Aller gegen Alle proklamirt hat, und daß der Sozialismus, welcher dem Kapitalismus feindlich gegenübersteht, ebenso feindlich dem Anarchismus gegenüber steht. Der Anarchismus kann überwunden werden, nicht durch den Kapitalismus, sondern einzig durch den Sozialismus, der die kapitalistische Gesellschaft und mit ihr die Wurzeln des Anarchismus weg schaffen wird. (Sehr wahr!) Unter dem Eindruck dieser Mordthat glauben unsere Feinde

Stimmung machen zu können, sie wollen neue Gesetze schaffen, die uns knebeln. Das erschreckt uns nicht. Die Partei, welche zwölf Jahre des Sozialistengesetzes durchgemacht hat, pfeift auch auf die Gesetze, welche von den kapitalistischen Parteien in ihrer kurzfristigen Beschränktheit etwa noch gegen uns geschaffen werden können. Wir werden den Kampf aufnehmen, und so wie wir vorher gestiegen haben, auch in Zukunft siegen. (Beifall.) Die bürgerliche Gesellschaft ist am Ende ihres Lateins! Überall Verwirrung und Kopflosigkeit. Da kommt z. B. der russische Kaiser, er, dessen Regierung wesentlich schuld daran ist, daß Europa von Waffen starrt, und macht den Vorschlag der allgemeinen Abrüstung. Das war eine Farce, ob ein kluger Streich, das weiß ich nicht, aber ich glaube kaum. Welcher Thor sollte sich dadurch haben täuschen lassen? Das jedoch steht fest: es gibt nur eine Partei, welche das Ideal des ewigen Friedens verwirklichen kann, und das ist die Sozialdemokratie. Wir sind die Partei des Friedens und erst mit Ueberwindung des Kapitalismus kann der Militarismus vernichtet werden. (Beifall.)

Immer mehr und mehr verzweifelt die kapitalistische Gesellschaft, sie wirft alle ihre alten Ideale bei Seite. Im Lager unserer Gegner ist die Verneinung des Rechts, die Unterdrückung der Freiheit und der Kultur; im Lager der Sozialdemokratie aber ist die Freiheit, ist der Friede, ist das Recht, ist die moderne Kultur. Für diese werden wir kämpfen, und unter unserem Schutz, vertreten durch uns, wird die Kultur siegen über die jetzt herrschende Unkultur.

Dem diesjährigen Parteitag steht eine schwere Aufgabe bevor. Zu den meisten Fragen, die Deutschland und Europa bewegen, werden wir in der einen oder andern Form Stellung zu nehmen haben, und groß ist das Arbeitspensum, das wir noch zu bewältigen haben. Diese Aufgaben, so schwer und schwierig sie sein mögen, der Parteitag wird sie lösen. Das hoffe ich nicht, das weiß ich. Und der Parteitag weiß, wir haben die Massen hinter uns, wir haben eine größere Macht als alle unsere Gegner, wir werden aller unserer Feinde Herr werden. (Beifall.)

Und nun erkläre ich den Parteitag für eröffnet und bitte, zur Konstituierung des Bureau's zu schreiten.

Ich erwarte Vorschläge aus der Mitte der Versammlung.

Mehner-Berlin schlägt Singer als Vorsitzenden vor.

Hoffmann-Bielefeld: Ich habe von meinem Kreise den Auftrag bekommen, den Parteitag zu erforschen, diesmal den Genossen Singer nicht zum Vorsitzenden zu wählen. (Widerspruch.) Der Antrag enthält gar keine persönliche Spitze. Wir wissen, daß Singer deshalb immer und immer wieder zum Vorsitzenden der Parteitage gewählt worden ist, weil er ein vorzüglicher Vorsitzender ist; aber in Hamburg hat er die Mitte zwischen links und rechts nicht so recht gehalten und durch seine Interpretation sicherlich die Verwirrung wegen der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen mit veranlaßt. (Widerspruch.) Er hat als Vorsitzender nicht richtig demokratisch gehandelt, als er durch seine willkürliche Interpretation Alles einseitig erledigen wollte. (Widerspruch.) Ihre Unruhe zeigt mir ja, daß wir mit unserem Antrage nicht durchbringen werden. Darauf kommt es ja auch gar nicht an. (Heiterkeit.) Wir wollten unseren Antrag nur hier zur Sprache gebracht haben und hoffen, daß diese Erfahrung dazu beitragen wird, die Geschäftsführung wieder etwas demokratischer zu gestalten.

Liebknacht: Die Kritik des Genossen Hoffmann ist völlig ungerecht. Singer hat den Hamburger Beschluß nicht willkürlich interpretiert, sondern erst den Kongress befragt, ob er mit seiner Auslegung einverstanden sei. Gerade der Genosse aus Bielefeld ist am wenigsten zu dieser Kritik berufen, denn die Bielefelder haben sich direkt aufgelehrt gegen den Hamburger Beschluß.

Augustin-Berlin beantragt Uebergang zur Tagesordnung. Der Bielefelder Antrag hat im ganzen Reiche nur lebhaftes Kopfschütteln erregt.

Der Antrag Uebergang zur Tagesordnung wird angenommen und sodann Singer mit allen gegen eine Stimme zum Vorsitzenden gewählt.

Singer: Indem ich Ihnen meinen aufrichtigen und herzlichsten Dank für das mir auch heut bewiesene Vertrauen ausspreche, glaube ich die Intentionen des Parteitages am besten zu erfüllen, wenn ich auf die eben geführte Debatte mit keinem Worte zurückkomme. Wenn mich etwas stolz darauf macht, zur Mitleitung dieses Parteitages berufen zu sein, so ist es die Ueberzeugung, daß dieses Parlament der Arbeit, wenn es nach dem Willen der herrschenden Klassen geht, ein Parlament zukünftiger Zuchthäusler ist. (Lebhafter Beifall.) Wir werden nicht aufhören, den Rücken und Lücken unserer Gegner Ruhe und zielbewußtes Handeln entgegenzusetzen. Und so wollen wir auch auf diesem Parteitage verhandeln, nicht um uns zu schützen, sondern um die ganze Fersehnheit unserer gesellschaftlichen Verhältnisse nachzuweisen. Und nun bitte ich den Parteitag, das Bureau zu vervollständigen, indem ich ersuche, Vorschläge für einen Mitvorsitzenden zu machen.

Zum zweiten Vorsitzenden wird hierauf Klopff-Stuttgart und zu Schriftführern Leid-Berlin, Breconr-Kiel, Franz Schmitt-München, Trmscher-Chemnitz, Hoffmann-Bielefeld, Kolb-Karlsruhe, Brey-Hannover, Braun-Lechhausen und Scheidemann-Gießen gewählt.

In die Mandatsprüfungs-Kommission werden gewählt: Friz-Berlin, Mehlhaff-Hamburg, Braun-Königsberg, Eug. Waut, Krause-Glauchau, Herrmann-Stuttgart, Nepp-Ladenburg, Brühns-Frankfurt a. M. und Brühns-Breslau.

Die Arbeitszeit des Parteitages ist wie gewöhnlich von 9—1 und von 3—7. Die provisorische Geschäftsordnung wird ohne Debatte genehmigt.

Hiunmehr wird zur Feststellung der provisorisch vorgeschlagenen Tagesordnung geschritten. Dazu stehen die Anträge 1, 3—6 und Antrag 14, der mit Antrag 5 identisch ist, zur Verhandlung, Antrag 2 findet nicht genügende Unterstützung.

Brühns-Breslau (zu Antrag 1): Ich begnüge mich, auf die Thatsache hinzuweisen, daß zwölf Anträge sich mit der Frage der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen beschäftigen. Das beweist, für wie wichtig diese Frage in der Partei gehalten wird. Der Hamburger Beschluß hat in der That große Verwirrung geschaffen. Niemand ist mit ihm zufrieden, sowohl Freunde wie Gegner der Beteiligung halten seine Abänderung für nöthig. Ganze Kreise warten auf die Entscheidung in Stuttgart. Ich glaube daher, daß unser Antrag keinen Widerspruch finden wird, und schlage vor, die Frage der Beteiligung als Punkt 6 auf die Tagesordnung zu setzen.

Zubeil beantragt, eine Kommission von 15 Mitgliedern zu wählen, die alle Anträge, die sich mit der Frage der Beteiligung an den Landtagswahlen befassen, beraten soll und dem Parteitag Bericht zu erstatten hat.

Abrecht-Halle ersucht um Ablehnung des Zubeil'schen Antrages. Gerade weil eine große Unklarheit und Verwirrung herrscht, muß sich das Plenum selbst damit beschäftigen, auch könnte in der Kommission leicht eine Majorisirung eintreten.

Gottschalk-Königsberg hält eine Beseitigung der Mißverständnisse nur durch eine Vorverhandlung in der Kommission für möglich. Die Kommission soll nicht ein gegebenes Faktum schaffen, sondern nur eine gesunde Grundlage für die Plenarberatung suchen, sonst liegt die Gefahr vor, daß durch einen Gemaltbeschluß ein verdöhnender Abschluß verhindert wird. Daß das Referat über das Koalitionsrecht vorangehen muß, ist selbstverständlich. Gegenüber der durch die Deynhauser Rede geschaffenen Lage schrumpft alles Andere zusammen.

Stadthagen ist gleichfalls für Kommissionsberatung. Der Hamburger Parteitagsbeschluss ist keineswegs unklar. Im Gegentheil, er ist einer der klarsten, die je gefasst sind (Große Heiterkeit), aber gegenüber der Unzahl von Anträgen ist eine Vorberatung nötig. Leider hat sich die ganze Frage aus einer rein praktischen Angelegenheit zu einer prinzipiellen Meinungsverschiedenheit herausgearbeitet. Ohne Kommissionsbericht würde die Debatte mindestens einen halben, wenn nicht einen ganzen Tag erfordern.

Zubeil: Unser Antrag will der Debatte im Plenum die Schärfe nehmen und die Spitze abbrechen. Wir sind der Meinung, daß diese Frage den Parteitag überhaupt nicht mehr beschäftigen soll. In die Kommission sollen Freunde und Gegner der Wahlbeteiligung gewählt werden.

Groth-Rostock: Wir haben uns genügend mit der Sache beschäftigt, wir wissen, was wir zu beschließen haben, eine lange Kommissionsberatung ist nicht erforderlich.

Schulz-Erfurt: Die Beschlüsse, die in einzelnen Kreisen bereits gefasst sind, machen eine Kommissionsberatung wünschenswert. Aber es dürfen durch den Beschluss dieses Parteitags die Kreise, die Wahlbeteiligung schon beschlossen haben, nicht gezwungen werden, ihren Beschluss rückgängig zu machen. Gerade dieser erste Versuch wird uns einen Ueberblick über unsere Kraft im Falle einer Wahlbeteiligung geben.

Hoffmann-Bielefeld: Wie sollen wir ohne vorherige Kommissionsverhandlung Klarheit schaffen, wo Liebknecht sogar gezwungen war, das Wort „ermöglicht“ in sein Fremdwörterbuch aufzunehmen und eine besondere Interpretation davon zu geben.

Leutert-Apolda wünscht, daß vor der Ueberweisung an die Kommission noch eine kurze Aussprache stattfindet.

Eine weitere Erörterung findet nicht statt.

Sämmtliche auf die Landtagswahl-Beteiligung bezüglichen Anträge werden einer 15-gliedrigen Kommission überwiesen.

Stadthagen (zu Antrag 3): Der Beschluss wurde von den Kreisen gefasst vor der Deynhäuser Rede. Da nunmehr über das Koalitionsrecht ein besonderes Referat gehalten werden muß, wird es kaum möglich und nötig sein, über den Arbeitsvertrag noch besonders zu referieren. Er selbst müßte das Referat ablehnen.

Der Antrag 3 wird hierauf abgelehnt.

Antrag 4 wird nach Begründung durch **Höppner-Dresden** abgelehnt.

Für die Anträge 5 und 14 spricht **Cassensbach-Berlin:** Die Anträge enthalten nicht eine hinterlistige Spitze, wie vielfach angenommen ist. Sie stehen im Zusammenhang mit den Anträgen 73, 74 und 78, die Anregung dazu hat die Rede des Zaren gegeben. Es fragt sich, ob angesichts der dadurch geschaffenen Lage es nicht angebracht ist, zunächst die Forderung der einjährigen Dienstzeit zu betonen.

Die Anträge 5 und 14 werden abgelehnt.

Den Antrag 6 beantwortet **Lingweiler-Elberfeld:** Er verweist auf die in der letzten Zeit gehäuften Unglücksfälle im Bergbau. Auch hier spielt die Zuchtlaus-Androhung eine Rolle. Es ist durchaus notwendig, daß der Parteitag auch zu dieser Frage Stellung nimmt.

Sachse-Zwickau betont gleichfalls diese Notwendigkeit. Die Organisation der 40 000 Bergarbeiter ist eine äußerst Schwache, sie würden es mit Freuden begrüßen, wenn die Partei eine recht kernige Resolution zu ihren Gunsten fassen würde. Durch übermäßige Arbeitszeit, in einzelnen Bezirken noch bis zu 14 Stunden, ist die Bergarbeiterschaft abgekumpft.

Marin-Zeib: Wir müssen Stellung nehmen und der Regierung unsere Forderungen unterbreiten, denn die Berichte der Aufsichtsbeamten sind durchaus einseitig.

Thiele-Halle tritt Namens der Mansfelder Bergleute für den Antrag ein. **Bischel-Dortmund-Hörbe** beschließen für das Ruhrrevier und **Winter-Heutchen** im Namen der Oberschlesier.

Hierauf wird beschlossen, den Bergarbeiterschutz als sechsten Punkt der Tagesordnung gleich nach dem Referat über das Koalitionsrecht zu verhandeln.

Damit ist die Tagesordnung folgendermaßen festgestellt: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes; 2. Bericht der Kontrolleure; 3. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit; 4. Das Koalitionsrecht; 5. Bergarbeiter-Schutz; 6. Matzeier; 7. Deutsche Zoll- und Handelspolitik; 8. Anträge zu Programm und Organisation; 9. Sonstige Anträge. Die Frage der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen soll je nach Fertigstellung des Kommissionsberichtes zur Behandlung gelangen.

Singer: Bevor wir in die eigentlichen Verhandlungen eintreten, erfülle ich noch die fröhliche Pflicht, die auch diesmal von den ausländischen Bruderparteien entsandten Genossen zu begrüßen. Wir haben unter uns als Vertreter der schweizerischen Sozialdemokratie den stürm- und kampferprobten Genossen **Greulich**, für den besonders freudige Erinnerungen sich an den hiesigen Aufenthalt knüpfen müssen, wenn er, der vor 28 Jahren dem sozialdemokratischen Kumpf-Parlament mit beigewohnt hat, sieht, in welcher Weise die Sozialdemokratie Deutschlands gewachsen ist. Wir haben weiter unter uns von der Parteileitung der österreichischen Sozialdemokratie den Genossen **Ellenbogen**. Ferner ist in unserer Mitte als Vertreter des sozialdemokratischen Verbandes des österreichischen Parlaments, jener mutigen und energiegelassen Vorkämpfer für das österreichische Proletariat, der Genosse **Dasjinsky**. Eine weitere Anzahl ausländischer Parteigenossen sind uns, wenn wir sie auch nicht als Belegkarte begrüßen können, doch als liebe Gäste willkommen. Von französischer Seite sind anwesend die Genossen **Lagarbelle** aus Paris, **Milchoud** aus Nevers und **Bonguet**, der Entel unseres großen Führers **Karl Marx**. Ferner erfreut uns durch ihren Besuch die holländische Genossin **van Anrooy**. Ich begrüße sie alle Namens des Parteitages herzlichst und brüderlich; wir danken ihnen dafür, daß sie erschienen sind, und wir hoffen, sie werden nach den Verhandlungen in ihre Heimath die Ueberzeugung mitnehmen, daß die deutsche Sozialdemokratie nach wie vor, ihrer Pflicht sich bewußt, treu und unermüdet an Schulter mit den Bruderparteien für das Proletariat aller Länder kämpfen wird. (Lebhafter Beifall.)

Eine Reihe von Begrüßungs-Telegrammen und Zuschriften werden bekannt gemacht, darunter eins aus **Amsterdham** und eins von **Lehner** in London.

Ellenbogen-Wien: Die Parteivertretung der österreichischen Sozialdemokratie überliefert Ihnen durch mich Gruß und Glückwunsch! Wir fühlen uns eines Herzens und eines Sinnes mit Ihnen, wir wissen, daß unsere Ziele gemeinsam sind. An der Thatsache dieser brüderlichen Solidarität ändert auch nichts der Umstand, daß in letzter Zeit die politische Entwicklung der Verhältnisse unseres Landes uns andere Aufgaben zur Lösung zugewiesen hat, als ihnen. Es ist das der nationale Kampf, der unser Land in den tiefsten Abgrund aufgewühlt hat, und es ist gar kein Zweifel, daß das nationale Element eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt. Das Beispiel Oesterreichs beweist, daß die Bourgeoisie nicht im Stande ist, diese Frage zu beherrschen, geschweige denn zu lösen. Für die bürgerlichen Parteien Oesterreichs bedeutet der nationale Kampf nur Unterdrückung, und zwar Unterdrückung nicht bloss fremder Nationen, deren freiwillige Entwicklung sie hemmen wollen, sondern vor Allem Unterdrückung der freiwirtschaftlichen Bestrebungen der Angehörigen ihrer

eigenen Nation, soweit diese zur besitzlosen Klasse zählen. Der Kampf, der Oesterreich gegenwärtig durchlebt, bedeutet, soweit ihn die Bourgeoisie führt, lediglich Auflösung, Auflösung in letzter Linie selbst der staatlichen Formen, in die die Geschichte die österreichischen Völker zusammengefügt hat. Das Proletariat hingegen, dem dieser nationale Kampf ebenfalls aufgezungen wurde, hat ihn nicht dazu benutzt, die Reaktion zu stärken. Mitten in dem Toben dieses Kampfes, mitten unter den zahllosen Verleumdungen, Lügen und Beschimpfungen, denen wir ausgesetzt sind — und wahrlich, soviel sie in Deutschland auch von Ihren Gegnern zu leiden haben, Ihre Gegner sind wahre Engel gegen unsere Gegner (Heiterkeit) —, mitten unter all' diesen Verleumdungen geht die Sozialdemokratie geradeaus ihren Weg, sie trennt nicht die durch sprachliche Verschiedenheit Getrennten, sie einigt sie und führt sie dem gemeinsamen Ziel aller österreichischen Proletarier entgegen. Darum sind es auch nicht bloß die deutschen Sozialdemokraten Oesterreichs, die Ihnen durch mich ihre Grüße überbringen, sondern es sind die Sozialdemokraten aller Zungen; unsere polnischen Genossen, die die sozialdemokratische Kultur hinüber in den fernen Osten, in die polnische Barbarei tragen, die einen heroischen Kampf gegen das Schlachzigenhum führen, unsere czechischen Brüder, die unermüdetlich gegen den kleinbürgerlichen Scheinradikalismus der Jungczechen kämpfen und besonders unsere italienischen Genossen, die da unten im Rätienland und in Südtirol durch eine mühsam aufgebaute gewerkschaftliche Bewegung es dahin gebracht haben, daß auch dem so lange von jeder Organisation ferngehaltenen italienischen Proletariat klar geworden ist, daß die Sünden der Bourgeoisie nicht durch Fäulnis und blutige Straßentravalle gut gemacht werden, sondern nur durch eine zähe, langsame und sicher sich aufbauende Organisation. Sie Alle entbieten Ihnen Grüße! Wenn irgend Jemand in Oesterreich, so beweisen es gerade diese jetzt genannten Genossen, daß sie das Prinzip der Internationalität kennen gelernt haben, denn sie sind es, die den anderen italienischen Arbeitern sagen, daß sie, wenn sie in fremde Länder kommen, nicht dazu beitragen dürfen, die Löhne der einheimischen Arbeiter zu drücken, sondern daß sie dieselben Löhne verlangen müssen. Alle österreichischen Sozialdemokraten halten das Prinzip des Internationalismus hoch, ja sie dienen ihrer eigenen Nation gerade dadurch, daß sie sich in der Gemeinsamkeit der Interessen aller Unterdrückten aller Nationen zusammenschließen. Darum glaube ich auch, daß wir Oesterreicher heute mit mehr Recht, mit tieferem Sinne und mit größerem Stolz als jemals ausrufen können: Hoch die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Daszinsky-Kratau: Wenn ich als zweiter Oesterreicher spreche, so will ich damit keine Obstruktion treiben. (Heiterkeit.) Wir blicken zu Ihnen empor. Wir sind hier in Europa jetzt nicht mehr dabei, erst eine Massenbewegung in Gang zu bringen, sondern wir wollen die tiefst anschwellenden Massen in diejenige Organisationsform hinüberführen, welche im Stande ist, den ganzen Ausbau des Kapitalismus zu stürzen. Und eben an dieser ruhigen organisatorischen Arbeit wird die Sozialdemokratie überall verbündet. Man will uns auch die ruhigste ökonomische Arbeit unmöglich machen. Wo bei uns in Oesterreich eine Organisation sich auch nur einigermaßen kräftig herausgearbeitet hat, wird sie sofort mit einem Ausnahmezustand bedacht, ganz so, als ob wir die ärgsten Bombenwerfer wären. Es besteht eine furchtbare Spannung überall in Europa, und wenn in dieser unheimlichen Situation, in dieser Riesenspannung, in der Politik des Volkes die Kräfte nicht in geworfenen Bomben und unsinnigen Putzchen zum Abblühen kommen, so ist das zum größten Teil, und das muß vor der Öffentlichkeit anerkannt werden, gerade Euer Verdienst! Das hat die deutsche Sozialdemokratie mit ihrer

Niesens-Organisation gemacht, daß in ganz Europa das Volk erkannt hat, daß Bomben und Putzchen nichts nützen, sondern großen Schaden anrichten. Weil uns in Oesterreich, in der Heimath des Burschtelpraters und der seligen Stimmungsmacherei (Heiterkeit), ist das die wichtigste, die heilsamste Lehre, die wir immer wieder schöpfen. Mit dem Gefühl der größten Bewunderung sehen wir immer zu Euch heraus. Die Kaltblütigkeit, die Nüchternheit bewundern wir, mit der Ihr jede Sache beurtheilt. In unseren Augen sind Sie als Gesamtpartei die Mathematiker der Revolution. Die Aufgaben, die auch vor uns stehen, lösen Sie immer als die Ersten. Sie sind die Fackelträger auf dem großen Marsche der Völker in die Zukunft. In diesem Sinne begrüße ich Sie, Genossen, auf das Herzlichste und wünsche Ihrer Arbeit das vollste Gelingen. (Stürmischer Beifall.)

Es wird nunmehr in die Tagesordnung eingetreten: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes.

Klara Zetkin beantragt, den Punkt Taktik besonders zu behandeln und möglichst einen besonderen Referenten dafür zu bestellen, da sich in Bezug auf die Taktik ganz prinzipielle Meinungsverschiedenheiten herausgestellt haben.

Vorsitzender **Singer** giebt anheim, einen bezüglichen Antrag in der Diskussion zu stellen.

Muer: Ihnen ist rechtzeitig der Bericht des Partei-Vorstandes zugegangen, der in der Parteipresse veröffentlicht worden ist; er ist ziemlich umfangreich und enthält alles Wesentliche, daher kann ich mich sehr kurz fassen. Sie werden in der Diskussion ja ergänzen, kritisieren und Forderungen stellen können. Mir ist nicht bekannt geworden, daß bisher eine besondere, Beachtung herausfordernde Kritik an dem Bericht des Partei-Vorstandes angelegt ist. Es ist nur bemängelt worden, daß manches im Bericht nicht steht. Wir im Partei-Vorstande geben gern zu, daß noch Manches in dem Bericht hätte Ausnahme finden können, aber eine gewisse Beschränkung war schon aus räumlichen Gründen geboten. Unsere Aufgabe ist vor Allem die Förderung der Agitation und der Organisation.

Wohl das meiste Interesse hat sich in Parteikreisen im letzten Jahre der Frage der preussischen Landtagswahlen zugewandt. Auch wir im Partei-Vorstand sind nicht theilnahmelos geblieben. Aber wenn auch Stadthagen der Meinung Ausdruck gegeben hat, daß es nie etwas Klareres gegeben hat als den Hamburger Parteitagsbeschluss, so ist uns im Partei-Vorstand diese Klarheit nicht aufgegangen. Auch wir sind nicht einig. Wir hoffen aber, daß es gelingen wird, eine Linie zu finden, auf der, wie ich schon in Hamburg sagte, es weder Sieger noch Besiegte geben wird. Wir erwarten, daß es zu einer Verständigung kommen wird, und daß die Erfahrungen, die man da, wo die Genossen Wahlbetheiligung beschlossen haben, machen wird, die beste Lösung für die Zukunft geben werde. Aber daran hat bei uns nie der leiseste Zweifel bestanden: die Stellung zu den Landtagswahlen hat mit der Parteizugehörigkeit und mit der Gesinnungstüchtigkeit der einzelnen Genossen absolut gar nichts zu thun. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben die Beobachtung gemacht, daß Parteigenossen, an deren prinzipieller und parteitaktischer Gesinnungstüchtigkeit und Klarheit nicht der leiseste Zweifel sein kann, die sich völlig gleichwertig sind in Bezug auf ihre Parteigenossenschaft, in dieser Frage mit ihren Meinungen scharf auseinander gingen. Wir haben gesehen, daß diejenigen, die im Ruhe — ob mit recht oder unrecht, bleibe dahingestellt — eines besondern Radikalismus haben, in dieser Frage einen Standpunkt einnehmen, den man von anderer Seite als den gemäßigten zu bezeichnen beliebt, und umgekehrt. Das ist eine Frage der Taktik, die in der Praxis wie alle taktischen Fragen ihre beste Lösung finden. Nur in einem Falle war der Partei-Vorstand

in die Lage gesetzt, praktisch Stellung zu der Frage zu nehmen. Er entschied einstimmig dahin, daß der Hamburger Beschluß in der Weise auszulegen ist, daß wo die Wahlbetheiligung beschlossen wird, allerdings so weit als möglich Mittel der Partei zur Verfügung gestellt werden.

Neben dieser Angelegenheit waren es im letzten Jahre die Reichstagswahlen, die die Aufmerksamkeit und Thätigkeit der Parteileitung besonders in Anspruch nahmen. Ich glaube für sie in Anspruch nehmen zu können, daß wir alles, was innerhalb unserer Organisation und unserer Mittel möglich war, gethan haben. Selbstverständlich wäre, wenn mehr hätte geschehen können, auch noch mehr erreicht worden, deshalb bitte ich schon jetzt die Genossen, die mit einem Mandat hierhergekommen sind, über ungenügende Agitation Beschwerde zu führen, es ein klein wenig gnädig zu machen. (Heiterkeit.) Namentlich wird darüber Beschwerde geführt, daß nicht überall die besten Redner hingeschickt würden, Nebel, Liebknecht, Bollmar (Zurufe: Auer!), auch Auer ist verlangt worden. (Heiterkeit.) Gewiß, diese Wünsche sind entfernt nicht zum zehnten, zum hundertsten Theile befriedigt worden, wir haben eben nur einen Nebel, einen Liebknecht. So sind die Beschwerden über ungenügende Agitation nicht gerechtfertigt. Freilich, wenn alle die Hoffnungen sich hätten verwirklichen lassen oder nur das, was noch kurz vor der Wahl in Briefen und sonst an Hoffnungen und Erwartungen ausgesprochen worden ist, dann würden wir von den 397 Reichstagsmitgliedern mindestens 300 besitzen. (Heiterkeit.)

Klagen und Unbefriedigtheit sind aber keineswegs am Platze. Ich habe die Empfindung, daß wir bei den Reichstagswahlen geradezu großartig abgeschlossen haben. Ich glaube, die dreihunderttausend Stimmen, die mehr für uns aus der Urne hervorgegangen sind als bei der vorigen Wahl, die 56 Mandate, die wir errungen haben unter Schwierigkeiten, wie sie keine andere Partei kennt, sind sehr wohl dazu angethan, daß wir mit Stolz und Befriedigung auf das Ergebnis der letzten Reichstagswahlen blicken können. (Beifällige Zustimmung.) Sie sollen es uns erst nachmachen, die Anderen alle. Es ergibt keine Organisation, keine Wählererschaft, die unter solchen Schwierigkeiten und solchen Gegnern gegenüber so das Feld behaupten wird. Aber auch die Klagen über ein Zurückgehen der glaubensstarken Kampfesfreude sind gewiß nicht berechtigt. Parteigenossen, wenn der Glaube an die Sache in unseren Reihen nicht in dem Maße vorhanden wäre, wo sollten der Opfernuth und die Kampfesfreude herkommen? (Sehr wahr!) Gewiß ist auch kalter Sinn und Verstand nothwendig, aber daneben ist auch der Glaube an die Sache wirklich nicht zu verachten, und die alte Glaubensstärke und Kampfesfreude haben gewaltig mitgewirkt. Wir haben doch als ganz besonders stark hervorretende Erscheinung zu konstatiren, daß wir besonders in ländlichen Distrikten Erfolge erzielt haben, wie noch nie bei einer früheren Wahl. Wer aber weiß, welche Schwierigkeiten die Agitation auf dem Lande hat, wie unsere Agitatoren hinausgegangen sind auf die Dörfer und die Gutshöfe, wie sie die Landproletariat aufgesucht und für die Arbeiterfrage gewonnen haben, der wird sich auch sagen müssen, welcher Opfernuth, welcher Glaube, welche Begeisterung dazu gehört, um alle diese Arbeit zu machen. Mit Hundeb von den Höfen gehebt, vom Büttel verfolgt, ins Gefängniß gesteckt sind unsere Agitatoren worden, und heraus aus dem Gefängniß, kaum ausgeruht, gingen sie wieder hin, um aufs Neue den Kampf, die agitatorische Thätigkeit aufzunehmen. Parteigenossen, wo solche Thätigkeit ist, da ist auch noch die alte glaubensfeste Kampfesfreude vorhanden. (Beifall.) Gewiß ist der Eine oder Andere von uns älter und ruhiger geworden, aber neben dem jugendlichen Kampf und Sturm bedarf es auch des ruhigen Blutes und ich glaube, daß diese beiden Bedingungen in unserer Partei ihre Betretung finden.

Parteigenossen! Agitation und Organisation kosten Geld, nachher wird unser Finanzminister Ihnen Alles sagen, was der Partei-Vorstand auf dem Herzen hat. Aber auf einen Punkt darf ich schon jetzt hinweisen, nach und nach müssen wir uns klar darüber werden, daß die gewaltigen finanziellen Leistungen, die mit unserer Thätigkeit verknüpft sind, nicht mehr getragen werden können aus den Beiträgen der Genossen; es ist nothwendig, daß der Partei Einnahmequellen eröffnet werden. Wenn nun auch diesmal wieder der Gedanke auftaucht, daß das von der Partei gelieferte Agitationsmaterial, Broschüren, Zeitungen u. s. w. so billig als möglich hergegeben werden soll, so müssen Sie es sich selbst sagen, daß dieses an sich berechtigigte Bestreben doch eine Grenze haben muß. Von einer Seite wurde ja sogar der Antrag gestellt, das Agitationsmaterial unter dem Selbstkostenpreis herzugeben. Als ich den Antragsteller fragte, wie er sich denn das denke, sagte er mir: Der Partei-Vorstand ist ja sonst so klug, möge er doch sehen, wo er die Mittel dazu herbekommt. (Heiterkeit; Zurufe: Berlin!) Ich zweifle ja nicht, daß der Partei-Vorstand sehr klug ist, ich gebe das zu (Heiterkeit), aber so weit reichen seine Kenntnisse doch nicht; und wie weit sie reichen müßten, dafür ein paar Zahlen. Sie wissen ja, daß eine gewisse gegnerische Presse uns gewohnheitsmäßig in den Verdacht bringt, daß eine goldene Internationale uns Geld zur Verfügung stellt. Sie wissen, daß das nicht wahr ist, trotzdem steht die Thatsache fest, daß wir Einnahmen haben, die nicht aus Beiträgen herrühren und nach und nach einen solchen Umfang in unserem Jahresbudget einnehmen, daß wir ruhig aussprechen können, hätten wir sie nicht, so müßten wir auf die Hälfte unserer Ausgaben verzichten, und würden unsere Agitation, der wir das, was wir sind, verdanken, nicht mehr machen können. Im Jahre 1896/97 wurde quittirt: Mann im Mond 10 200 Mk., Nord. Wasserfante 65 476 Mk., Vorwärts 48 210 Mk., Buchhandlung Vorwärts 10 000 Mk., K. V. Z. 6 200 Mk., Insgesamt: 120 085 Mk. Im Jahre 1897/98: Mann im Mond 11 500 Mk., Nord. Wasserfante 60 000 Mk., Vorwärts 58 000 Mk., Buchhandlung Vorwärts 18 000 Mk., K. V. Z. 8 012 Mk., Insgesamt: 151 860 Mk. Und von diesen Quellen meinte der Berliner Parteigenosse, daß wir sie einfach verstopfen sollten. Damit soll selbstverständlich nicht gesagt sein, daß die Sammlung von Beiträgen nicht nothwendig ist. Ich wollte Sie mit meinen Worten nur warnen, daß Puhn zu schlachten, daß die goldenen Eier legt. Damit komme ich zum Schluß: Daß Sie unsere Maßnahmen kritisiren, dazu sind Sie von ihren Wählern hierhergesandt. Wir wollen uns dieser Kritik gerne unterziehen. Nur möchte ich Sie bitten, kritisiren Sie gerecht und halten Sie im Auge, daß der Partei-Vorstand, und wenn wir auch noch so famose Kerle sind, sich aus Menschen zusammensetzt. (Beifällige Heiterkeit und Beifall.)

Den Kassenbericht erstattet

Gerrich: Im Vorjahre ist unsere Auffstellung über den Stand der Parteipresse lebhaft begrüßt worden. Bedauerlich ist aber, daß diese im Interesse der Partei liegende Auffstellung uns außerordentlich erschwert wird. Es giebt Parteigeschäfte, die zwei, drei Mahnbrieife unbeantwortet lassen. Ja, ein Parteigeschäft, die „Niederrheinische Volkstribüne“ in Düsseldorf, hat wie im vorigen Jahre, so auch diesmal, trotz aller Briefe, es nicht für nöthig befunden, zu antworten. Im vorigen Jahre habe ich das Geschäft nicht namhaft gemacht. Gegen die Rückfälligen aber müssen wir die Rückfälligen aufgeben. Im Allgemeinen bietet unsere Presse das Bild erfreulichen Wachstums. Das geht aus den Zahlen hervor. Unsere täglich erscheinenden Blätter haben jetzt einen festen Abonnentenstand von 290 000, im letzten Jahre haben sie 24 000 Abonnenten gewonnen. Alle Tagesblätter haben an diesem Aufschwung Theilgenommen. Der geringste Gewinn eines Blattes beträgt 48 Abonnenten. Die Gesamt-Einnahmen der Tagesblätter betragen 2 905 882 Mk., gegen das

Vorjahr mehr 325 000 M., und zwar aus Abonnements 1 887 022 M., aus Inseraten 1 018 980 M.; die dreimal wöchentlich erscheinenden Blätter haben 69 000 Abonnenten, gegen das Vorjahr 8000 mehr. Eines dieser Blätter hat 49 Abonnenten verloren, alle übrigen haben zugenommen. Im Hamburger Protokoll ist die Abonnentenziffer der dreimal wöchentlich erscheinenden Blätter durch einen Druckfehler auf 41 088 angegeben, es mußte 51 088 heißen. Die Gesamt-Einnahme dieser Blätter betrug 289 394 M., gegen das Vorjahr mehr 42 517 M., und zwar aus Abonnements 199 916 M., aus Inseraten 89 478 M.; die zweimal wöchentlich erscheinenden Blätter haben mit 18 000 Abonnenten um 3000 gegen das Vorjahr zugenommen; ihre Jahres-Einnahme betrug 62 000 M., Abonnements 54 000 M., Inserate 8000 M., gegen das Vorjahr weniger 2435 M. Diese Verminderung ist aber nur scheinbar, sie erklärt sich daraus, daß in der Durchführung mancher Geschäfte die Einnahmen für das Tageblatt und das zweimal wöchentlich erscheinende Blatt nicht getrennt gehalten werden. Die einmal erscheinenden Blätter haben 11 880 Abonnenten, gegen das Vorjahr mehr 2292, die Einnahmen betragen 20 722 M. (Abonnements 18 317 M., Inserate 2405 M.), gegen das Vorjahr mehr 120 M. Die Parteipresse hat demnach insgesamt 378 880 Abonnenten, gegen das Vorjahr mehr 46 000, ihre Gesamt-Einnahme betrug 3 277 968 M. und zwar aus Abonnements 2 161 255 M. und aus Inseraten 1 116 713 M.

Ich komme nun zu den Reichstagswahlen. Bei der großen Dezentralisation, welche in der Partei eingetreten ist, geben die Ausgaben der Zentralkasse, so bedeutend sie auch sind, doch kein annähernd richtiges Bild der Summen, welche der Wahlkampf gekostet hat, und der Opfer, welche von der Partei gebracht wurden. Ich habe mich deshalb bemüht, auch die Beträge zu ermitteln, die von den einzelnen Wahlkreisen, bezw. Provinzen selbst für Wahlzwecke aufgebracht wurden. Es ist nun freilich bisher nicht möglich gewesen, von sämtlichen Zentralwahlkomitees Abrechnung zu erhalten. Soweit sie eingegangen sind, werde ich neben den Zuschüssen, welche die betreffenden Landesbeiräte aus der Zentralkasse erhalten haben, auch die von den Parteigenossen selbst aufgetragenen Mittel anführen. Ostpreußen erhielt 9000 M., eine Abrechnung über die selbst aufgetragenen Gelder liegt noch nicht vor, Westpreußen erhielt 3500 M., 758 M. brachte es selber auf, Brandenburg erhielt 18 600 M., wovon 2000 M. zurückgezahlt wurden; selbst aufgebracht hat es 36 000 M., außerdem brachten die sechs Berliner Wahlkreise für Wahlzwecke 22 957 M. auf und gaben noch außer sehr beträchtlichen Zuschüssen für die allgemeine Agitation in Brandenburg 3200 M. für märkische Kreise aus; Pommern erhielt 7150 M., selber brachte es 3514 M. auf, Schlesien erhielt 19 553 M., wovon 621 zurückgezahlt wurden, selber brachte es, soweit bekannt, 11 608 M. auf, Posen erhielt 1398 M., selber brachten die polnischen Genossen etwa 1000 M. auf, die Provinz Sachsen erhielt 20 410 M., wovon 1000 M. zurückgezahlt wurden. Die Stadt Magdeburg brachte allein 6362 M. auf, wovon 3340 M. verausgabt wurden, der Bezirk Erfurt 10 586 M., wohlhabende Bezirke fehlen aber noch. Hannover erhielt, soweit die Agitation für die Provinz der Stadt Hannover unterstellt ist, 10 200 M.; selber brachte die Provinz 11 710 M. auf: von einem Kreise, dem vierten, steht die Abrechnung noch aus, die Provinz Westfalen erhielt 6150 M., selbst aufgebracht wurden, soweit bekannt, 12 918 M., Bochum fehlt, die Provinz Hesse-Nassau erhielt, soweit sie Kassel unterstellt ist, 8250 M.; die Stadt Kassel gab allein 4420 M. aus, die Provinz Hesse-Nassau, soweit sie Frankfurt a. M. unterstellt ist, nebst 8 Wahlkreisen vom Großherzogthum Hessen und 2 bayrischen Wahlkreisen, erhielt 10 150 M. Vom ersten nassauischen Kreise, dem einzigen dieses Bezirkes, von welchem eine Abrechnung vorliegt, wurden selbst 2370 M. aufgebracht. Die

Rheinprovinz erhielt 9000 M., selbst aufgebracht wurden, soweit bekannt, 15 270 M., die Provinz Schleswig-Holstein erhielt, soweit sie Neumünster unterstellt ist, 5500 M.; soweit bekannt, brachte die Provinz selber noch 22 916 M. auf. Das Königreich Bayern erhielt 10 900 M., selbst brachte es, soweit bekannt, 20 770 M. auf. Das Königreich Sachsen erhielt 22 000 M., wovon 1000 M. zurückgezahlt wurden. Ohne die Dreiebener Bezirke brachte Sachsen selber 39 741 M. auf. Das Königreich Württemberg erhielt von der Zentralkasse keinen Zuschuß, selber brachte es 21 854 M. auf. Das Großherzogthum Hessen ohne die drei Frankfurt a. M. unterstellten Kreise erhielt 5100 M.; selber brachte es ohne Worms 9428 M. auf. Das Großherzogthum Baden erhielt 3600 M.; selber brachte es soweit bekannt, (ohne Bezirk Freiburg) 14 065 M. auf. Die beiden Mecklenburg erhielten 7700 M., selber brachten sie 7832 M. auf. Die dem Zentralkomitee in Gotha und Pöfned unterstellten Kreise erhielten 6000 M., ohne Rudolstadt brachten sie 4700 M. auf. Das Herzogthum Braunschweig erhielt 1060 M., was es selbst aufgebracht hat, steht dahin. Die dem Zentralkomitee in Bant unterstellten Kreise erhielten 1200 M., selber brachten sie 6985 M. auf. Die dem Hamburger Zentralkomitee unterstellten Kreise erhielt. n keinen Zuschuß, Hamburg gab selber 28 862 M. dafür her und die übrigen hollsteinischen Kreise brachten selbst 40 500 M. auf. Bremen erhielt für seine Bezirke 2000 M. und brachte mit Bremerhaven 20 500 M. auf. Lübeck erhielt nichts und brachte 10 836 M. auf. Altenburg brachte für die Reichs- und Landtagswahl 3898 M. auf. Das Herzogthum Anhalt erhielt 1300 M. und brachte 7800 M. auf. Keuß jüngere und Keuß ältere Linie beanspruchten keine Unterstützung und brachten 1688 und 3305 M. auf. Die Reichslande erhielten 7000 M. und steuerten ca. 4000 M. zusammen.

Die Zentralkasse gab im Ganzen 213 217 M. Von den Kreisen selber geleistet wurden, soweit bis jetzt feststeht, 408 259 M., sodas für Wahlzwecke 621 476 M. verausgabt wurden, doch darf die Gesamtausgabe nicht unter $\frac{1}{4}$ Million veranschlagt werden, da noch manche Kreise mit der Abrechnung ausstehen. Auf eine Erscheinung wollte ich noch besonders hinweisen.

Wir haben zwar gebeten, daß alle überschüssigen Mittel der Zentralkasse überwiesen werden, weil nur von da aus eine gerechte und gleichmäßige Verteilung der Gelder sich ermöglichen läßt. Das ist aber leider nicht von allen Orten geschehen. Es giebt ja große und mustergiltige Parteiorte wie Berlin und Hannover, die streng so verfahren, andere aber können das Mitregieren nicht lassen. So haben die Hamburger für Mecklenburg 6000 M. hergegeben, von denen wir nichts wußten. Leipzig hat noch drei preussische Kreise unterstügt, ohne daß wir eine Abnung hatten. Die in der Nähe wohlhabender Parteiorte liegenden Kreise fahren dadurch besser, als die entfernteren.

Noch eine Mahnung: Es ist in der letzten Zeit öfter vorgekommen, daß Vertrauensmänner schrieben: „Schickt uns 5000 M. und wir nehmen den Wahlkreis“. Mit Recht sagt aber der Vertrauensmann von Pommern in seinem Bericht über die letzte Reichstagswahl: Mit Geld allein können wir die Dinge nicht machen, so lange die nothwendigen Vorbedingungen für den Erfolg fehlen. Es haben sich im letzten Wahlkampfe recht bedenkliche Erscheinungen gezeigt. Wahlkreise, deren Kosten über 6000 M. betragen, haben aus eigener Kraft nur 100 M. aufgebracht; in solchen Kreisen ist es garnicht möglich, die Bewegung hochzuhalten.

Zum Schluß ein Wort über die Sammlung für die in Essen nach unserer Beherzigung unschuldig verurtheilten Bergleute. Sie ist sehr ergiebig gewesen und es sind 57 949 M. eingekommen. Das ermöglicht eine sehr reichliche Unterstützung. Jede Frau erhält monatlich 50 M., außerdem für jedes Kind 10 M. Die Arztkosten wurden beglichen, die Apotheken

rechnungen bezücht, Umzugskosten vergütet, an Weihnachtsgeschenken für jedes Kind 20 Mk. ausgegeben. Kurz, es wurde in keiner Weise gekargt. Bisher haben 19 424 Mk. so verausgabt. Jetzt verlassen die Verurtheilten nach und nach das Zuchthaus und es ist die Frage, was mit dem noch vorhandenen Geld geschehen soll. Soll es unter die Verurtheilten aufgetheilt werden? Wir haben mit den westfälischen Genossen, die den Fonds verwalten, in voller Einmütigkeit beschlossen, daß außer den Unterstützungsgeldern jedem der Verurtheilten, der das Zuchthaus verläßt, eine Extra-Unterstützung von 500—800 Mk. gewährt werde, damit sie ihre Gesundheit wiederherstellen können. Es soll dann Jeder, je nach den besonderen Verhältnissen, bis zu 3000 Mk. erhalten, um sich eine neue Existenz gründen zu können. Wird in dieser Weise verfahren, so dürften unter Berücksichtigung weiterer, kleinerer Ausgaben, die sich heute noch nicht voraussuchen lassen, von den gesammelten Geldern zwischen 15 und 20 000 Mk. übrig bleiben. Dieser Fonds soll die Zukunft der Verurtheilten sichern, denn es würde doch keinen besonders guten Eindruck machen, wenn man nach einigen Jahren hörte, daß sich dieser oder jener der Verurtheilten wieder in unglücklicher Lage befindet; aus diesem Grunde soll das Geld in dieser Form als Rückhalt dienen, insbesondere, da wir heute noch nicht sagen können, welche Folgen der Zuchthausaufenthalt für den Einzelnen gehabt hat. Des Weiteren soll das Geld noch als Fonds dienen für andere unschuldig und hart Verurtheilte, an denen auch in Zukunft und besonders, wenn die Zuchthausvorklage Gesetz geworden ist, kein Mangel sein wird. (Sehr gut.) Es ist aber von einem der Betheiligten, die das Zuchthaus verlassen haben, gegen diese Art der Eintheilung Einspruch erhoben worden. Er hat eine Vertheilung gefordert, die so ziemlich der Auftheilung gleich komme. Es wäre uns angenehm, wenn die Genossen uns ihre Meinung auch darüber kundgeben, wie in dieser Angelegenheit am besten verfahren werden kann. (Weisfall.)

Den Bericht der Kontrolleure erstattet

Meister: Unser Bericht ist auch in diesem Jahre sehr kurz, gewiß ein erfreuliches Zeichen! Die Parteikasse wurde bei jeder Revision in musterhafter Ordnung gefunden. Wir haben auch das Zentralorgan regelmäßig revidirt und auch da eine musterhafte Ordnung gefunden. Auf Ersuchen der Buchhandlung Vorwärts haben wir, was ja eigentlich nicht zu unserer Kompetenz gehört, auch diese einer Revision unterworfen, und auch dort war Alles in Ordnung. Die Redaktionsbibliothek des „Vorwärts“, die sich nach unserer Ansicht nicht in den wünschenswerthen Verhältnissen befand, haben wir besser umgestaltet, so daß jetzt wohl das Wünschenswerthe erreicht ist. Da seitens der Berliner Genossen über das Annoncenwesen hier und da Klage geführt wurde, haben wir auch die Expedition des „Vorwärts“ revidirt und auch da zu Ausstellungen keinen Anlaß gehabt.

Beschwerden sind eingegangen zunächst seitens der Genossen in Bochum und Essen über Lütgenau. Die Kontrolleure konnten den Beschwerdeführern nicht ganz Recht geben, aber ein klein wenig mußte die Beschwerde als berechtigt anerkannt werden. Lütgenau befand sich damals gerade im Gefängnis, wir haben ihm später Mitteilung gemacht, daß er sich in gewisser Beziehung im Unrecht befand. Wir dürfen wohl annehmen, daß die Bochumer eingesehen haben, daß Alles, was möglich war, geschehen ist und daß wir nicht weiter eingreifen konnten. Auch die Solinger Angelegenheit, die ja auf allen Parteitagen eine Rolle gespielt hat, hat sofort nach Schluß des vorigen Parteitages zu unheillichen Verhältnissen geführt. Der Partei-Vorstand war nach seiner Ansicht nicht in der Lage, den Beschluß des Parteitages genau nach dem Wortlaut zur Ausführung zu bringen. Ein Theil der Genossen, die auf Seiten Schumachers standen, führten über den Vorstand Beschwerde bei den Kontrolleuren. Wir haben die Sache eingehend, namentlich nach der Seite hin geprüft,

ob es dem Vorstand möglich und der Partei nützlich gewesen sein würde, angeichts der Situation dem Wortlaut des Beschlusses Rechnung zu tragen. Wir sind einstimmig zu der Ansicht gelangt und haben dies den Beschwerdeführern klar zu machen versucht, daß der Vorstand, wenn anders er die Partei nicht schädigen wollte, nicht anders handeln konnte, als er gehandelt hat, die Antwort war von sämmtlichen Kontrolleuren unterschrieben.

Ähnlich wie in Solingen scheinen sich, wenn es so weiter geht, die Verhältnisse in Braunschweig zu gestalten. Eine gewisse Richtung in Braunschweig hat es für nothwendig erachtet, aus der bestehenden Organisation auszutreten. Die Ursachen sind persönlicher Natur, so weit wir unterrichtet sind. Die Betreffenden haben sich an die Kontrolleure gewandt, damit Remedur geschaffen wird. Wir waren aber nicht in der Lage, den Wünschen der Beschwerdeführer Rechnung zu tragen. Der Beschluß der Kontrolleure ist ja veröffentlicht worden. Die Beschwerde ging namentlich dahin, daß die Abhebung der Vertrauensmänner nicht in einer Parteiversammlung geschehen ist, sondern in einer öffentlichen Volksversammlung, wo jede Kontrolle über die Parteizugehörigkeit ausgeschlossen war. Es soll eine künstlich zusammengetrommelte Versammlung gewesen sein. Wir haben uns aber überzeugt, daß auch die früheren Vertrauensleute in eben solchen Versammlungen gewählt waren und daß es in Braunschweig Sitte ist, die Wahlen in derartigen Versammlungen vorzunehmen. Das war ein Hauptgrund, weshalb wir die Beschwerde zurückgewiesen haben. Der Parteitag wird sich leider noch selbst mit dieser Frage zu beschäftigen haben und ich kann Ihnen nur empfehlen, daß Sie, wenn Sie nun einmal die Frage prüfen, sie so eingehend prüfen, daß wir uns in Zukunft nicht mehr damit zu beschäftigen haben.

Eine weitere Beschwerde gegen den Vorstand ist eingegangen aus Eschwege; die Genossen wollten Geld haben zur Wahl, aber nach Ansicht des Vorstandes und auch der Kontrolleure hatten sie reichlich bekommen. Der Vorstand glaubte seine Schuldigkeit gethan zu haben, und gab den Schwegern die Lehre, künftig etwas haushälterischer mit den Geldern umzugehen. Die Beschwerde wurde zurückgewiesen. Dann hat der Genosse Moos, der vor Jahren durch ein Leipziger Schiedsgericht der Aemter in der Partei verlustig erklärt war, gebeten, die Kontrolleure möchten seine Rehabilitation veranlassen. Wir haben dem Vorstand die Bitte unterbreitet, bei den Leipziger Genossen die nöthigen Schritte zu veranlassen, damit dem Wunsche des Betreffenden Rechnung getragen wird. Das ist inzwischen geschehen und ich bin beauftragt, im Namen der Kontrolleure die Leipziger zu bitten, den Wunsch zu erfüllen. Thatsächlich ist der Genosse ja längst rehabilitirt, er hat bei den letzten Wahlen gewirkt und vollauf seine Schuldigkeit gethan. Er ist gegenwärtig in Berlin und thut auch da seine Schuldigkeit.

In letzter Stunde sind dann noch zwei Beschwerden an uns gelangt, eine von Hülle, der sich durch Auer beleidigt fühlt. Auer hat, als es sich darum handelte, die Stelle am „Braunschweiger Volksfreund“ zu befehlen, als Parteisekretär ein Telegramm nach Braunschweig geschickt mit den Worten: „Vorsicht, Weiber und Geld.“ (Weiterkeit.) Die Kontrolleure haben heute Morgen Sitzung gehabt und einstimmig den Beschluß gefaßt, daß es nach Prüfung der Sache nothwendig war, daß der Partei-Vorstand eingriff. (Sehr richtig.) Der Lebenswandel, den Hülle in Erfurt geführt hat, war ein derartiger, daß der Beschluß gerechtfertigt war, wonach er überhaupt auf fernere Zeit kein öffentliches Parteiamt bekleiden kann. Ihm hat mich Hülle auch zugleich beauftragt, falls die Kontrolleure seinem Wunsche nicht Rechnung tragen, seine Beschwerde dem Bureau des Parteitages zu überweisen.

Die zweite Beschwerde vom Genossen Scholz in Dresden richtet sich in erster Linie gegen die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ und in zweiter

Wine gegen den Partei-Vorstand. Die „Leipziger Volkszeitung“ hat sich geweigert, die Begründung eines Antrages zum Parteitag abzudrucken, und dasselbe that die Redaktion des „Vorwärts“. Wir haben es für eine Ueberschreitung unserer Kompetenz gehalten, wenn wir uns in die Einzelheiten der Redaktionen einlassen würden, und haben es abgelehnt, uns damit zu befassen.

Ich beantrage Namens der Kontrolleure Decharge für die Geschäftsführung des Partei-Vorstandes. (Beifall.)

Auf Vorschlag von Singer wird jetzt über die einzelnen Theile des Berichtes debattirt. Ueber die dazu gestellten Anträge soll die Diskussion erst später eröffnet werden.

Zu Punkt „Allgemeines und Agitation“ meldet sich Niemand zum Worte. Bei Punkt „Reichstagswahlen“ bringt Krüger-Halle eine Beschwerde aus dem Wittenberger Kreise zur Sprache. Bei der Stichwahl zwischen einem Konservativen und einem Mitglied der Freisinnigen Vereinigung habe der Kandidat des Kreises, Genosse Rohrlad, Wahlenthaltung vorgeschlagen. Nuer hingegen habe die Parole ausgegeben, gegen den Konservativen zu stimmen. Das sei ein Verstoß gegen den Beschluß des Hamburger Parteitages. Der Parteitag brauche ja nicht, wie es in einer Zuschrift des Genossen Rohrlad gewünscht wird, Nuer seine Mißbilligung auszusprechen, aber er müsse in der einen oder anderen Weise dazu Stellung nehmen.

Scheidemann: Gesehen wendet sich gegen einen vor Kurzem in den „Sozialistischen Monatsheften“ erschienenen Artikel über die letzten Reichstagswahlen. „Das krampfhafteste Bestreben“, so heißt es in diesem Artikel unter Anderem, „sich den Wünschen und Anforderungen der Wähler anzupassen, die Rücksichtnahme auf alle möglichen Wählergruppen, auf den Bauern, den kleinen Geschäftsmann, den Handwerker, ist der Grund, daß wir bei den Wahlen verhältnismäßig schlecht abgeschnitten haben, wir hätten mehr die sozialdemokratischen Endziele betonen müssen“. Ich möchte dem Schreiber dieser Zeilen, Genossen Schröder, doch den Rath geben, uns die Propagandirung unserer Endziele nicht dadurch zu erschweren, daß Aeußerungen gethan werden, die zum Mindesten sehr mißverständlich sind und die wir in den Versammlungen immer erst zurückweisen und richtigstellen müssen. (Sehr wahr.) Ich meine, wir sind nicht eine industrielle Proletariatspartei allein, sondern wir sind mehr, wir sind eine Vertretung der gesammten nothleidenden Menschheit, die unter den schlimmen Folgen des Kapitalismus leidet. (Beifall.) Wer auf dem Lande zu thun hat, wer mit den kleinen Bauern, Handwerkern und Geschäftsleuten zu thun hat, der wird zugeben, daß wir in zahlreichen Versammlungen garnicht dazu kommen, unsere letzten Endziele klarzulegen, weil wir stundenlang uns mit unseren Gegnern herumbalgen müssen, um derartige Aeußerungen zurückzuweisen. (Sehr wahr.) Erleichtern Sie uns also die Agitation auf dem Lande dadurch, daß Sie mit Ihren Aeußerungen recht vorsichtig sind, vor Allem richte ich diese Bitte an die, welche nur mit dem industriellen Proletariat zu thun haben.

Seymann-Göttingen ist der Ansicht, daß wir bei unserer Agitation nicht nur das industrielle Proletariat zu berücksichtigen, sondern daß wir uns auch mit den Fragen des agrarischen Produktionsprozesses zu beschäftigen haben; er könne auf Grund der Erfahrungen in seinem Reichstags-Wahlkreise nur den Wunsch nach einem agrarischen Aktionsprogramm äußern. Bei den Nachwahlen dürfe die Propaganda auch dann nicht vernachlässigt werden, wenn keine Aussicht vorhanden sei, den Kandidaten durchzubringen. Ebenso wie wir bei den Landtagswahlen gegen das ostelbische Junkertum ankämpfen, müssen wir auch bei den Reichstags-Neuwahlen diesen Kampf energischer aufnehmen, dann wäre es uns vielleicht möglich gewesen, z. B. bei der Nachwahl in Pommern, den Agrariern den Sitz noch zu entreißen. In Oldenburg-Möln sei man nur durch mangelhafte Agitation um die Stichwahl gekommen.

Brühns-Breslau: Die Waldenburger Genossen hatten den Partei-Vorstand um Nueber im Wahlkampf ersucht, der Partei-Vorstand vertröstete sie auf die Stichwahlen. Am letzten, dem wichtigsten Sonntage, veranstalteten sie eine Reihe von Versammlungen; es wurden ihnen als Nueber Küßn, Tugauer und Baake zugesagt. Es kam aber Niemand und dem ist vielleicht zum Theil der Mißerfolg bei der Stichwahl zuzuschreiben.

Stadthagen: Gewiß hat Nuer Recht, daß keine Partei sich mit uns in der Zunahme der Stimmenzahl vergleichen kann. Aber für uns als Kampfpartei kommt es auf das Verhältniß zu der Zahl der Wahlberechtigten an. Wenn wir eine Kampfpartei sein wollen, die die Welt erobern will, so haben wir die Frage zu stellen: wie weit sind die sozialdemokratischen Gedanken propagirt? Und da wirken die nackten Zahlen weit angenehmer als die schönen Wünsche und Aeußerungen. Wir haben ständig zugenommen von 4 pCt. der Wahlberechtigten im Jahre 1874, außer in den beiden Ausnahmejahren 1878 und 1881, aber diesmal bei Weitem nicht in dem Maße, wie man es hätte erwarten müssen, wenn der sozialdemokratische Gedanke einigermassen ähnlich fortgeschritten wäre wie früher. Im Jahre 1887 betrug die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen im Verhältniß zur Zahl der Wahlberechtigten 7,9 pCt., 1890 kam der große Aufschwung auf 13,91 pCt., dann 1893 auf 16,81 und jetzt ist nur eine Steigerung auf 18,40 erfolgt, d. h. nur um 1,59 pCt. in 5 Jahren, während sie in der vorletzten Legislaturperiode noch 2,3 und von 1887 auf 1890 sogar 6,9 pCt. betrug. Diesen unbestreitbaren Thatsachen gegenüber ist es nicht richtig, lediglich die Siegesfreude hervorzuheben, zu der wir berechtigt sind, wenn wir das Arbeiten der Gegner ansehen. Wir sollten fragen: liegt es nicht vielleicht doch an besonderen Verhältnissen, daß wir nicht in dem Maße zugenommen haben, wie wir es hätten erwarten können? Ich meine, solche Gründe sind vorhanden. Die Agitation während der Wahlthätigkeit ist doch nur der letzte Schluß, die Hauptsache ist doch die fortwährende Agitation und Organisation, und diese wird außerordentlich erschwert durch die zunehmende Wanderung aus dem Osten. Dann aber meine ich, daß Diejenigen, die fortwährend darauf hinielen, das Endziel zurückzustellen, wesentlich dazu beigetragen haben, die Thatkraft und Kampffreudigkeit zu lähmen. Dresden hat durch die, in der Form ja manchmal fehlhame Agitation der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ einen glänzenden Erfolg erzielt, weil sie festgehalten hat an dem Endziel.

Aber nicht nur in der Presse, auch in der mündlichen Agitation ist man vielfach hinter dem Ziele zurückgeblieben, Sozialdemokraten zu erzielen. Der, ich will ja zugeben, unberuhte Versuch des Abdrängens von der ständigen Betonung des Endzieles hat hauptsächlich den Mißerfolg verschuldet, und dann auch Diejenigen, die darauf losdrängen, sich nicht mehr an die Indifferenten zu wenden. Wir sollten uns die erste Mahnung zukommen lassen, daß wir, was Agitation und Organisation anlangt, insbesondere aber Agitation, zurückkehren zu der alten, der Sozialdemokratie allein würdigen Methode, das Endziel in den Vordergrund zu stellen und die Indifferenten aufzurütteln und nicht einem scheinbaren Gelehrtenthum nachzugehen, von Leuten, die meinen, erzielen zu können, während ich der Ansicht bin, die meisten von ihnen sollten erst noch lernen.

Baer-Krefeld: Bei der letzten Wahl wurde den rheinischen Parteiorten vorgeworfen, daß sie eine unrühmliche Ausnahme bilden. Man darf aber doch nicht das Rind mit dem Bade ausschütten und an dem endlichen Sieg des Sozialismus im Rheinlande, in der sogenannten schwarzen Erde, zweifeln. So schlimm steht es im Rheinland nicht; besonders in Krefeld haben sich die Verhältnisse zu unseren Gunsten wesentlich geändert. Noch 1881 kamen auf jeden Sozialdemokraten 26 Zentrumsähler, 1893 nur noch zwei, und bei den Wahlen zum Gewerbegericht haben wir bereits Erfolge aufzuweisen.

Angeht es dieser Thatsache ist der uns gemachte Vorwurf durchaus unberechtigt. Gewiß, der Kampf ist bei uns schwerer als wo anders, aber trotzdem gewinnen wir dem Zentrum Boden ab, auch auf dem Lande. Nur macht die Bewegung nicht so rapide Fortschritte wie anderwärts. Wir wählen langsam, aber sicher, und ich bin überzeugt, daß wir auch im Rheinland in nicht allzu ferner Zeit den endlichen Sieg erringen.

Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

9¹/₂ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Ulrich-Offenbach: Stadthagen hat den Vorwurf erhoben, daß manche Genossen ihre Gefühle und Ziele in den Silberschrank einschließen. Ich weiß nicht, ob Stadthagen einen solchen Silberschrank besitzt. Bei uns in Hessen ist so etwas nicht möglich, daß wir mit unseren Zukunftsidealien hinter dem Berge halten; dafür sorgen schon unsere Gegner, die uns immer ein so schönes Zukunftsbild als angeblich unseres vorhalten, daß wir darauf antworten müssen. Und dann machen wir kein Gehl daraus, daß wir als Sozialdemokraten Anhänger der Republik und des kollektivistischen Wirtschaftssystems sind, daß wir das gesammte Privateigentum an Grund und Boden und an Arbeitsmitteln in das Eigentum der Gesellschaft überführen wollen. Aber wenn brennende Fragen vorliegen, die das ganze Denken der Leute beschäftigen, dann tritt das Zukunftsbild naturgemäß im Augenblicke des Kampfes ganz von selbst zurück. Wir schweben doch nicht in den Wolken, sondern leben auf der Erde. Ich bin kein Neuling und kein Jüngling, aber bei jeder Wahl gehe ich mit mehr Feuer-eifer ins Geschirr. Ich frage Euch Alle, ob wir vor 20 Jahren mit solcher Klarheit von unseren Zukunftsidealien gesprochen haben wie jetzt. Ich habe in den schwärzesten Gegenden mit Erfolg agitiert, dort wo der Pfarrer es noch verstanden hat, die Weiber aufzuheben. Man hat behauptet, wir seien bloß eine Partei der Industrie-Proletarier, dagegen muß ich auf das schärfste Verwahrung einlegen. Wir sind auch eine Partei der Landproletarier, wir sind die Partei des Proletariats überhaupt. Wir haben die Pflicht, alle Mühseligen und Beladenen zu uns herüberzuziehen. Neun Zehntel aller Bauern in Süddeutschland sind nur nominell Bauern, sind keine wirklichen Eigentümer, sie sind zum Teil Lohnsklaven und viel schlimmer als die Lohnsklaven in den Fabriken. Für sie ist unser Zukunftsideal geradezu ein Evangelium. Für mich ist ein Agrarprogramm garnicht notwendig, ich handle so, wie ich es im Interesse der Partei für notwendig halte, auf dem Boden des jetzigen Programms. Man kann eine bestimmte Norm nicht geben, deshalb ist es auch kein Unglück, wenn wir ein Agrarprogramm nicht erhalten haben, mit gelehrten Abhandlungen darf man den Leuten ohnehin nicht kommen. Der Bericht des Partei-Vorstandes spricht davon, daß wir keine Bauernpartei, sondern eine Arbeiterpartei seien. Eine sozialdemokratische Partei sind wir, als solche müssen wir uns erhalten, als solche wollen wir wirken.

Morawski-Berlin: Wir haben in Posen im Allgemeinen in Anbetracht der schwierigen Verhältnisse und der großen Verfolgungen bei den Reichstagswahlen zufriedenstellende Ergebnisse erzielt, in Schlesien waren die Erfolge sogar glänzende. In Westpreußen blieben sie zum Teil hinter den Erwartungen zurück, weil man sich dort nicht rechtzeitig von uns Agitationsmaterial beschafft hat. Wir sind getrennt marschiert, aber Schulter an Schulter haben wir geschlagen. Die Parteileitung hat uns nach Kräften unterstützt, wir haben da keine Beschwerde zu erheben; ich hoffe, daß Sie uns auch in Zukunft entgegenkommen.

Reus-Deffau: Auch ich gehöre zu denen, die einen früher eroberten Wahlfreis nicht wieder errungen haben, trotzdem bin ich mit den Resultaten der Reichstagswahlen durchaus zufrieden, und ich glaube, wir haben Veranlassung, es alleamt zu sein. Wenn wir das Maß der politischen Aufklärung, das im Volke vorhanden ist, mit unseren Resultaten vergleichen, so konnten wir nicht mehr erwarten. Daß das stete Hervorkehren des Endzieles ein glänzendes Resultat verbürgt, steht mit den Thatsachen in Widerspruch. In beiden Anhalten Wahlfreien und in meinem eigenen früheren, wo ich gearbeitet habe, haben wir durchaus glänzende Resultate erzielt. Ich meine gerade, daß wir, je mächtiger wir werden, je verantwortlicher unsere Stellung ist, wir auch die Verpflichtung haben, das Gegenwartbedürfnis der Massen mehr zu befriedigen. Früher galt es, die Grundprinzipien zu betonen, jetzt sind die Prinzipien fest, sowohl in der Gewerkschafts- wie in der Parteibewegung. Der ganze Begriff Endziel ist mir zuwider, denn es giebt gar keine Endziele. Denn über die Endziele hinaus wird es selbstverständlich auch eine Welt von neuen Zielen geben. Heute kommt es darauf an, auf praktischem Boden zu arbeiten, die Massen zu veranlassen, mit uns zu gehen. Deshalb würden wir gerade den entgegengesetzten Erfolg erzielen, wenn wir den Rath Stadthagen's befolgen wollten. Worauf es ankommt, ist, daß wir den einzelnen Leuten viel klarer werden als bisher; das ist namentlich auch Sache der Presse. Wir sehen das ja in Berlin; der „Vorwärts“ ist nicht für die große Sache der Bevölkerung und ihre Aufklärungsbedürfnisse geeignet. Er ist für ihr Verständnis zu hoch. Es wäre manchmal gut, wenn ein Provinzblättchen nach Berlin gebracht würde. Für uns ist die Situation augenblicklich noch dadurch ungünstig, daß die Mittelstandsbewegung noch Werbekraft hat. Hat sie erst mehr Fiasco gemacht, werden die Leute auch aus diesen Schichten mehr zu uns kommen. Das Hauptgewicht lege ich darauf, daß wir noch positiver, noch praktischer in der Gegenwart arbeiten. Das Endziel kommt, denke ich, von selber. Wir können es garnicht aus den Augen verlieren. Aber eine so mächtige Partei, wie wir es sind, hat die Verantwortung und muß zeigen, daß sie für die Massen, die hinter uns sind, auch etwas zu leisten im Stande ist, um unsere Prinzipien braucht uns nicht bange zu sein.

Heine-Berlin: Ich habe mir das Wort erbeten, um gegen die Behauptung aufzutreten, die völlig unbewiesen ist, die aber, fortwährend wiederholt, anfängt zu einem eingewurzeltten Aberglauben zu werden. Es heißt, die Leute, die die letzten Ziele verschleierten, waren an gewissen Mißerfolgen schuld. Ich frage: Wer sind die Genossen, die das thun? Man nenne sie, dann wollen wir weiter reden. Aber man verschone uns mit allgemeinen Behauptungen, die nicht viel besser sind als Verdächtigungen. Im Allgemeinen sind es lediglich Temperamentsunterschiede, die den einen Genossen veranlassen, mehr als der andere von der zukünftigen Gesellschaft zu reden. (Sehr richtig.) Deshalb verirage ich es Niemand, den sein Temperament treibt, dies in den Vordergrund zu rücken. Aber wir möchten doch untersuchen, welche Grenzen das nach beiden Seiten hat. Ich meine, wir können und dürfen den Massen keine Zukunftsbilder der sozialistischen Gesellschaft vormalen. Wir dürfen es nicht aus wissenschaftlicher Gewissenhaftigkeit. Wenn die Gegner von uns verlangen, wir sollten ihnen solche Beschreibungen geben, so weisen wir das als eine unverkämte Zustimmung zurück, wir dürfen dann aber auch unsern Anhängern nichts davon vorerzählen. Darum hat Engels sein Buch über die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft geschrieben, um utopischen Spielereien ein für alle Mal ein Ende zu machen. Man suche uns nicht in einen endgültig verlassenen Weg zurückzudrängen. Freilich, Wahlerfolge könnten wir erzielen, wenn wir in rückständigen Gegenden recht Vieles versprechen, ohne uns Sorgen darüber zu machen, wie wir diese Versprechungen halten wollten.

Aber auf wie lange würden diese Erfolge vorhalten? Eine oder auch zwei Wahlen, dann würden auf diese Art gewonnene Wähler wieder abfallen. Die Menschen sind ungläubige Thomase und wollen die Hand auf das legen, was sie glauben sollen. Aber in einem anderen Sinne als dem der Utopisterei können und müssen wir vom zukünftigen Ziele reden. Wir dürfen nicht das Bewußtsein verlieren, daß Alles, was wir thun, dienen soll, eine höhere Gesellschaft zu schaffen, eine aus der ökonomisch-technischen Entwicklung naturgemäß erwachsende Gesellschaft, und eine sozialistische Gesellschaft im Gegensatz zu einer rein individualistischen. Aber ich frage: Wo ist der Agitator, der beschuldigt werden kann, diese Ziele verklärt zu haben? Ich kenne keinen. Kein Redner wird auf dies beste Mittel, seiner Rede Schwung und Feuer zu verleihen, verzichten. Und wie Genosse Ulrich gesagt hat, schon die Gegner sorgen dafür; nicht bloß auf dem Lande, sondern sogar in Berlin mußten wir fortwährend Zukunftsstaats-Flugblätter der Gegner besprechen. Und wir hätten von unsern wahren Zielen reden müssen, auch wenn wir es nicht gewollt hätten. Aber auch dieser erlaubte und notwendige Hinweis auf die Ziele kann nicht der ausschließliche oder nur vorwiegende Inhalt unserer Reden sein. Ja, er muß mit viel Maß verwendet werden. Ich bin der Letzte, der den sittlichen Wert, die Förderung der Willenskraft bestritte, die aus dem Glauben an eine solche bessere höhere Zukunft erwächst, aber leider ist der Appell an diesen Glauben ein Kampfmittel, dessen Wirkung gerade im umgekehrten Verhältnis zur Häufigkeit seiner Anwendung steht. Parteigenossen, nichts nützt sich im Gebrauch so schnell ab, als die Worte des Glaubens, häufig angewendet oder gehört, werden sie als Phrasen empfunden, und der begeisterte Prophet macht den abstoßenden Eindruck eines Pfaffen, wenn er sonst nichts zu bieten weiß. (Bollmar: er wird langweilig!) Ja, und langweilig den Massen, auch immer dasselbe zu hören. Was aber ewig neu die Massen aufrüttelt, ewig neue Aufgaben stellt, nie langweilig wirkt, das ist der Kampf um die gegenwärtigen konkreten Forderungen des Tages, um die Verbesserungen, die wir anstreben, weil sie den Weg in die große schöne Zukunft bedeuten. Das ist natürlich nichts Neues, im Gegenteil, das hat die Sozialdemokratie längst begriffen. Es findet seinen Ausdruck in der Ausführlichkeit des zweiten Theils des Erfurter Programms und in der ganzen praktischen Haltung der Partei seit vielen Jahren. Diese Taktik hat sich bewährt, und ich muß sagen, die Genossen, die sich über eine angeblich neue Taktik beschweren, die sind in Wahrheit diejenigen, die eine neue mit der altbewährten Praxis der Partei in Widerspruch stehende neue Taktik fordern. (Bravo.) Freilich berufen sie sich auf eine angeblich zu geringe Rate des Stimmzunwachses, und die Genossin Jetkin findet es beachtenswerth, daß unsere relativ größten Fortschritte gerade in den Kreisen lägen, wo wir neu auftraten. Sie meint, das läge daran, daß wir dort genöthigt gewesen wären, mehr über unsere Ziele zu reden. Ich wundere mich, daß eine so charismatische Frau sich so irren konnte. Wie schon bemerkt, waren wir auch in Berlin genöthigt, genug über unsere Ziele zu reden. Aber wir sehen ja auch ganz klar, wo der wirkliche Grund liegt. Ich denke doch, wir sind alle Anhänger der Marx'schen materialistischen Geschichtsauffassung. Wir können nicht beliebig unsere Ueberzeugung jedem Kopfe übertragen, sondern durch materielle von unserem Willen unabhängige Verhältnisse ist die Zahl der Parteimitglieder, die unseren Ideen zugänglich sind. Darum ist es ganz natürlich, daß wir in Kreisen, in denen noch unberührte Massen sind, mehr Erfolge erzielen können, als in denen, wo wir das uns zugängliche Material schon früher aufgesumpft hatten. (Sehr richtig!) Stadthagen kennt doch die Verhältnisse in Berlin; er weiß, daß Singer's Wahlkreis eine Menge proletarischer Wähler an ihn selber abgegeben hat und dies auf die Rate der proletarischen Wähler in vierten Wahlkreis drücken mußte. Er weiß auch, wie der sogenannte **Reichstagswahlkreis**

fast zwei Jahre lang die Wahlvereine in Berlin lahmgelegt und ihr Wachstum aufgehalten hatte. Er kennt auch die Wirkungen der Wandlungen in Berlin. Von dem, was ich selbst beurtheilen kann, vom dritten Wahlkreis in Berlin, gilt, daß wir ihn gehalten haben, weil wir Bestimmten waren, weil wir uns nicht einredeten, die proletarische Entwicklung sei unaufhaltsam und wir würden den Wahlkreis unbedingt halten, sondern weil wir glaubten, wir würden ihn verlieren und doppelt gearbeitet haben.

Aber ich muß mich noch gegen eine Behauptung wenden, nämlich, daß die gefährlichen Aeußerungen von Bernstein und Feine die Wähler lau gemacht hätten. Wenn das irgendetwas hätte eintreten müssen, dann wäre es im dritten Berliner Kreise gewesen; aber im Interesse meiner Wähler muß ich es sagen, gerade von denen, die lebhaft gegen meine Kandidatur waren, haben Einige am rüstigsten und freubigsten mitgearbeitet. Es ist eine Beleidigung der Genossen, wenn man behauptet, sie wären in Folge geringer Bestimmungen und Meinungsverschiedenheiten minder pflichtfrendig geworden. Solchen unbesonnenen Behauptungen wollte ich entgegentreten und ebenso den Versuchen, geringe Unterschiede in der Form aufzubauchen, als wären es Verschiedenheiten der Ueberzeugung, während wir doch in dieser einig sind.

Kiesel-Berlin: Auch ich wünsche, daß man mit den Ausdrücken etwas vorsichtiger umgeht; aber das gilt für die Agitation im Allgemeinen, ob sie nun auf dem Lande oder für Industriearbeiter getrieben wird. Peus hat gerade mit der Betonung des Endzieles große Erfolge errungen. Ich weiß nicht, wie es ihm heute zuwider sein kann. Das Endziel bildet, wie Schröder mit Recht sagt, das Rückgrat der Partebewegung, die getragen wird auf absehbare Zeiten von den Industrieproletariern.

Soffmann-Bielefeld: Wir hätten gern einen hervorragenden Redner bei der Stichwahl gehabt; war es denn notwendig, daß ein erstklassiger Redner nach dem bombastischeren Nürnberg ging? Das muß doch verschunpen. Was Stadthagen's Behauptung betrifft, so dürfen wir nicht den Prozentsatz nach den Wahlberechtigten nehmen. Wenn es an einer aufregenden Wahlparole fehlt, dann bleibt die Beteiligungsrate zurück. Wir sind doch eben Menschen von Fleisch und Bein. Ferner kommt hinzu, daß wir Kreise haben, die absolut sicher sind. Da bleibt die Beteiligungsrate zurück, weil die Genossen des Sieges zu sicher sind. Vielleicht rührt davon der Verlust von Berlin II her. Dagegen hilft nur die Organisation, worauf das Hauptgewicht zu legen ist. Endziel und Forderungen für die Gegenwart müssen beide propagirt werden. Sie gehören zusammen. In diesem Sinne kann ich mich den Ausführungen von Feine und Peus nicht anschließen. Der Landproletarier ist auf dem Wege zu uns, aber der Sturm auf die katholischen Wahlkreise ist uns noch nicht gelungen. Köln und Krefeld sind die einzigen Lichtblicke.

Schaal-Solingen: Während die Mehrzahl der Delegirten heute mit Befriedigung auf die Wahlen blicken kann, stehen wir Solinger als Achenbrödel der Partei da. Aber wir versprechen Ihnen, daß in Zukunft solche Dinge nicht mehr möglich sein werden. Möge jeder Parteigenosse aus den Solinger Vorgängen die Lehre ziehen, daß er die Sache über die Person zu stellen hat. Wenn wir über fünf Jahre nochmals wählen können, dann werden wir den bezüglichen Kandidaten zum Teufel jagen und den Kreis wieder holen. (Beifall.)

Zubeil-Veltow: Ich bedaure, daß Auer in seinem Referat Berlin wieder bloßgestellt hat; sehr geschicklich und taktvoll war das nicht, denn die Berliner sind doch nicht Schuld daran, wenn irgendwo ein dummer Antrag gestellt wird. Der Antrag ist ja in der Versammlung abgelehnt worden. Ich bin mit dem Ergebnis der Reichstagswahl sehr zufrieden. Bei der Agitation dürfen wir nicht nur die augenblicklichen Tagesfragen berühren, sondern wir müssen auf die Endziele unserer Partei hinweisen, wie sie in unserem Programm dargelegt

sind. Insofern bin ich mit dem ausgezeichneten Artikel der Genossin Zetkin in der „Gleichheit“ einverstanden. Ich bedauere nur, daß sie am Schluß in demselben Fehler verfällt, den sie Heine zum Vorwurf macht. Wenn wir auf dem Lande agitieren, so dürfen wir niemals vergessen, daß der Bauer, der noch etwas besitzt, für uns nicht zu gewinnen ist. Das läßt sich ziffernmäßig nachweisen. Ist aber der Bauer erst in das ländliche Proletariat hinabgesunken, dann kann er durch die Agitation uns zugeführt werden; so ist es in Norddeutschland und so ist es auch in Süddeutschland. (Pufe: Ganz anders!) Nun, wenn es da ganz anders ist, darf auch kein Agrarprogramm geschaffen werden, sondern dann brauchen wir für jede Provinz ein besonderes Programm. (Zustimmung und Widerspruch.) Mit einem Agrarprogramm werden wir nicht einen Schritt weiter kommen. Nun behauptet Peus, der „Vorwärts“ sei viel zu hoch, die Arbeiter verstehen ihn nicht. Peus möge doch einmal nach Berlin kommen und sich in den Kreisen der Genossen umsehen, allüberall wird er nur eine Meinung hören, daß der „Vorwärts“ noch nicht hoch genug ist. Genosse Peus kennt eben die Berliner Verhältnisse nicht. Auf das Land können wir in meinem Kreise z. B. höchstens drei Mal im Jahre hinausgehen, damit können wir nicht viel ausrichten und deshalb müssen wir uns ein geistiges Bindemittel schaffen, ein billiges Blatt, das wir das ganze Jahr hindurch dem ländlichen Proletariat geben können, damit gewinnen wir die ländliche Bevölkerung. So lange wir aber das geistige Bindemittel nicht haben, wird der Sozialismus auf dem flachen Lande nur sehr langsam vorschreiten. Schleien ist durchaus kein Beweis für das Gegenteil, denn dort ist unser Erfolg ein sprunghafter. Warten wir doch erst ab, was wir in fünf Jahren für Erfolge erzielen werden! Von solchen sprunghaften Erfolgen bleibt gewöhnlich nicht viel übrig, wir müssen die Agitation immer wieder von vorne anfangen. Auch bin ich nicht der Ansicht wie Peus, daß wir in den Industriebezirken schon genug Agitation getrieben haben, daß die großen Städte schon ausgepumpt sind. Im Gegenteil ein großes Stück Arbeit ist in den großen Städten und den Industriezentren noch zu verrichten. Versuchen wir das industrielle Proletariat zu gewinnen, dann wird unsere Agitation auf dem flachen Lande eine leichtere werden. (Beifall.)

Ringweiser-Elberfeld: Man kann in Zukunftsbild-Agitation Unterlassungssünden begehen, man kann aber auch zu viel thun. Was soll man dazu sagen, daß es in einem Flugblatt in Mecklenburg heißt: der Grund und Boden wird gesellschaftlich bearbeitet werden, wenn es aber Jemand vorzieht, wird ihm ein Stück vom Grund und Boden überwiesen werden, das für seinen und seiner Familie Unterhalt reicht!

Webel: Auer hat in seinem Referat seine große Befriedigung über den Ausfall der letzten Reichstagswahl ausgesprochen, ich bedauere diese Befriedigung nicht theilen zu können. Ich gebe recht gern zu, daß gewisse Momente bei der letzten Wahl es erklärlich machten, daß der Ausschwung der Partei nicht in dem Maße eintrat, wie es vielleicht Viele unter uns gehofft haben. Thatsache ist, daß die letzte Wahl im Allgemeinen eine schwächere Wahlbetheiligung erzeugte, als die Wahlen in den Jahren 1893, 1890 und 1887 und natürlich mußte auch die Sozialdemokratie darunter leiden. Ich gebe auch weiter zu, daß die prozentuale Steigerung nicht in derselben Weise eintreten kann, wie bei den früheren Wahlen. Denn je größere Zahlen eine Partei auf sich vereinigt, repräsentieren die einzelnen Prozentzahlen auch um so größere Zahlen, aber eine muß doch hervorgehoben werden, unsere Gewerbezahl und die statistischen Mittheilungen über die Entwicklung der Bevölkerung zeigen uns, daß die Zunahme gerade der proletarischen Kreise in den letzten 15 Jahren und besonders den letzten fünf Jahren eine erhebliche gewesen ist. Wenn wir diese Momente im Zusammenhang im Auge haben, muß ich allerdings sagen, daß das Resultat der letzten Jahre durchaus nicht ein sehr erfreuliches war. Gewiß haben wir

mehr gewonnen wie jede andere Partei, aber wir hätten mehr gewinnen können. Und ich meine, wir sollten uns doch die Frage vorlegen, woran das liegt. Hier ist nun ein lebhafter Kampf darüber entstanden, daß die Einen sagen: es ist zu wenig Zukunftsstaats-Politik gemacht worden, die Anderen: man hat zu wenig die praktischen Fragen betont. Der Vorwurf, daß die Endziele der Partei nicht genügend berücksichtigt werden, ist ein alter; wir haben ihn seit einigen 20 Jahren auf allen Parteitagungen gehört. (Sehr wahr!) Schon 1877 von mir in Gotha, aber damals wurden von mir auch die Beweise vorgebracht und ich hätte gewünscht, daß Heine auf heute diejenigen, die die Klagen erheben, Thatsachen vorgeführt hätten. (Sehr wahr!) Ich brauche z. B. nur auf die Kandidatenrede zu verweisen, die Heine in Berlin gehalten hat, in der er den bekannten Vorschlag von der Kompensation zum Ausdruck brachte. Vielleicht könnte man denn denen, die von einer fehlerhaften Politik sprechen, das Resultat der Heine'schen Wahl als Dementi entgegengesetzt, denn er hat einen Sieg errungen, den man vielfach nicht erwartet hatte. Ich will gleich hinzufügen, ich habe die Ueberzeugung, daß diese seine Haltung es nicht gewesen ist, die ihm den Sieg verschafft hat. (Lebhafte Zustimmung.) In Bezug auf die Frage, was bei den Wahlen geschehen soll, antworte ich: wir haben ein Programm und für dieses haben wir in seiner Ganzheit zu agitieren. (Lebhafte Zustimmung.) Darin können wir keinen künstlichen Unterschied machen, nicht sagen, jetzt nehmen wir den Theil des Parteiprogramms, für den agitieren wir, und den anderen lassen wir liegen. Sollte dieser Fehler vorgekommen sein, dann bringe man die Thatsache vor, dann nenne man die Personen. (Lebhafte Beifall.) Wenn wir Alle darin einig sind, daß wir dem schwer kämpfenden Kleinbürger und auch dem Bauernstand auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung keine Rettung bieten können, dann sind wir gezwungen, ihnen im Wahlkampf mit unseren Endzielen zu kommen. (Lebhafte Beifall.) Wir können dem kleinen Bürger und Bauern nicht mit Arbeiterschutz, mit Arbeiterversicherung kommen, denn dafür hat er kein Verständnis, vielleicht ist er sogar dagegen, denn sie legen ihm Opfer auf, jedenfalls nützen sie ihm nichts. Andererseits müssen selbstverständlich bei der Wahl eine Menge praktischer Fragen, die im Reichstag zur Erörterung kommen, im Vordergrund der Erörterung stehen, und da muß man klar unsere Grundsätze entwickeln. Auf Detailmalerei der künftigen Gesellschaft können wir uns dabei nicht einlassen, weil wir nicht wissen, wie die Zukunft der Menschheit sein wird. Aber so weit zu gehen, wie wir es heute aus dem Munde von Peus gehört haben, das geht erst recht nicht. (Sehr wahr!) Er sagt, es giebt kein Endziel; ja, wenn das philosophisch gemeint ist, lasse ich es gelten. Aber eine Partei, die kämpft, eine Partei, die bestimmte Ziele erreichen will, die muß auch ein Endziel haben. (Lebhafte Beifall.) Mit dem Standpunkt von Peus kommt man dahin, wohin er thatsächlich schon in seinem Blatt gelangt ist, nämlich dazu, es sei praktisch, daß wir den ersten Theil des Programms einfach abschaffen und dafür den zweiten ausführlicher ausgestalten. (Hört! Hört!) Da sage ich aber, dann hören wir auch auf Sozialdemokraten zu sein. (Lebhafte Beifall.) Wer da es sich heute darum handelt, nach den Ursachen zu suchen, die das nichtbefriedigende Resultat der Wahlen verschuldeten, komme ich auf drei Dinge, die allerdings nicht für die Allgemeinheit in Betracht kommen. Vor allen Dingen hat man sich in einer großen Reihe von Wahlkreisen, namentlich älteren, von vornherein mit viel zu großen Siegeshoffnungen getragen. (Zustimmung.) Man war der Ueberzeugung, wir werden auch dies Mal wieder siegen, weil wir bisher gesiegt haben; das ist ein falscher Standpunkt. Ich stand von jeher auf dem Standpunkt, wenn ich auch tausend Mal der Ueberzeugung bin, wir werden siegen, dann muß ich öffentlich so reden, als wenn ich fürchte, wir werden unterliegen. (Beifall.) Denn wir wollen nicht nur siegen, sondern auch glänzend siegen. In dieser Beziehung sind

unsere Hoffnungen sehr in die Brüche gegangen. Der „Vorwärts“, der im Uebrigen während der Wahlperiode ausgezeichnet redigiert war (lebhafteste Zustimmung), hat doch den Fehler gemacht, daß er so that, als ob gar kein Zweifel sein könne, daß wir alle sechs Berliner Wahlkreise erobern würden. (Sehr wahr!) Im 4. und 6. Berliner Wahlkreise mit ihrem ungeheuren Proletariat mußten wir mit ganz anderen Stimmenzahlen aufmarschieren. Wo derartige Verhältnisse zu Tage treten, da ist es in der Regel mit der Organisation nicht so bestellt, wie es sein sollte. (Sehr wahr!) Ganz mit Recht ist gesagt worden: wollen wir siegen, dann müssen wir organisieren, müssen den Sieg vorbereiten. Aber wenn es z. B. vorgekommen ist — es fällt mir nicht ein, heute einen Vorwurf zu machen; ich will nichts weiter, als daß Ihr es das nächste Mal besser macht — daß, wie mir aus dem 2. Berliner Kreise von einer Anzahl von Leuten, die für uns gestimmt haben, mitgeteilt worden ist, daß sie während des ganzen Wahlkampfes nicht ein einziges Flugblatt und nicht einmal einen Stimmzettel in die Wohnung erhalten haben, dann hat man in Berlin in Bezug auf die Organisation gesündigt. (Sehr wahr!) Endlich ein Drittes, Parteigenossen. Ich habe das Gefühl seit Langem, daß unsere Pressezeugnisse, sowohl die Parteipresse im engeren Sinne, wie auch die Parteiliteratur, nicht diejenige Verbreitung findet, wie sie es sollte (Zustimmung.) Und ich lege ein großes Gewicht darauf, daß man auch in dieser Beziehung besser organisiert. Es muß über den engeren Kreis der Parteigenossen hinausgegangen werden: es müssen durch Presse und Broschüren neue Genossen gewonnen werden. Wenn da gründlich gearbeitet wird, dann können wir das nächste Mal mit anderen Resultaten aufwarten, als es diesmal der Fall war. (Lebhafter Beifall.)

Stadthagen: Nach der Rede Bebel's brauchte ich kein Wort hinzuzufügen, aber einige Bemerkungen, die in der Diskussion gefallen sind, muß ich zurückweisen. Ich habe mich außerordentlich gefreut, daß die trassen Zahlen, die ich vorzubringen die unangenehme Pflicht hatte, einige Derer auf die Tribüne getrieben hat, welche die Zahlen ignorieren, um wenig befriedigende Wahlerfolge in gute umzuwandeln. Peus suchte die Zahlen zu kritisieren, die ich vorgetragen habe, aber die Kritik war hinfällig. An der Thatsache kann nicht getüfelt werden, daß die Sozialdemokratie keinen Grund zur besonderen Befriedigung über das Wahlergebnis haben kann, wenn sie eine Kampfpartei sein soll. Wenn Peus im „Anhalter Volksblatt“ vorschlug, den ersten Theil des Programms zu streichen, so habe ich diesem Vorschlag kein Wort hinzuzusetzen. Peus und seine haben ihre Ansichten hier so klar zum Ausdruck gebracht, daß ich keine besondere Thatsachen anzuführen brauche. Bebel erinnerte an den Gothaer Parteitag 1877. Damals war die reaktionäre Strömung in der Partei so stark, daß die Fortsetzung von Engels' „Anti-Dühring“ unterlag wurde. Wir kommen jetzt beinahe ebensoweit. Phantastische Ausmalungen des Zukunftsstaates haben nichts mit der Betonung des Endzieles zu thun. Dies Endziel darf nicht verschleiert werden. Gerade dort, wo wir prinzipielle Agitation getrieben haben, hatten wir die größten Erfolge gehabt, in Ostpreußen, in Oberschlesien, in der Provinz Brandenburg. Unser Endziel ist das, was naturnothwendig aus der Entwicklung der Gesellschaft herauswächst, die Sozialisirung der Gesellschaft. Darauf muß beständig hingewiesen werden, und daran läßt es unsere Presse fehlen. Ja man möchte sagen, wir haben da die größten Erfolge erzielt, wo wir keine Presse hatten. (Widerspruch) Wo ist der agitatorische Ton in unserer Presse, wo das Hinweisen auf das Endziel? Wir müssen die großen Gesichtspunkte wieder mehr in den Vordergrund rücken. Sonst kann uns mit Recht gesagt werden: Ihr seid National-Soziale, Ihr seid Christlich-Soziale, Ihr seid Sozial-Liberale, aber bei Leibe keine Sozialdemokraten.

Braun Königsberg weist den Vorwurf von Morawski bezüglich des mangelhaften Agitationsmaterials für die Polen zurück. Die Flugblätter, die

aus von polnischen Genossen geschickt worden sind, waren absolut nicht zu gebrauchen. Sie liegen heute noch unbenutzt da. In Ostpreußen haben wir gute Erfolge errungen, aber wir werden uns damit nicht begnügen, sondern weiter agitieren. Da ist noch viel zu thun, unsere Endziele haben wir niemals verschleiert, sondern immer und immer wieder darauf hingewiesen, selbst unter der rückständigsten Bevölkerung. Wir haben sogar in ländlichen Wahlkreisen, z. B. in Labiau-Wehlau, ganz ungeahnte Erfolge errungen. Es kommt viel weniger darauf an, wie man arbeitet, sondern daß überhaupt gearbeitet wird. (Sehr richtig!) Wo Flugblätter und Stimmzettel vorhanden waren, haben wir auch etwas erreicht, ob wir das Endziel mehr betont haben oder nicht, das war ganz gleichgültig. Nur darf man die Parteiliteratur nicht zu theuer herstellen, denn was nützt uns die schönste Broschüre, wenn diejenigen, für die sie geschrieben ist, sie nicht kaufen können. Man darf nicht immer darauf sehen, daß an der Parteiliteratur so viel verdient wird.

Geuderth-Hagen beschwert sich darüber, daß der Partei-Vorstand zu wenig gethan hat, um Eugen Richter aus dem Kreise zu verdrängen. Es habe fast den Anschein erweckt, wenigstens habe sich die Ansicht Bahn gebrochen, als liege dem Partei-Vorstand daran, daß der große Eugen wieder gewählt wird. (Heiterkeit.) Selbst Liebnecht, der in der Gegend war, habe den Kreis Hagen umgangen.

Frau Jettin-Stuttgart: Wenn ich hier den nämlichen Ton der Kompimentschneiderei anschlagen wollte, den der Reichstags-Abgeordnete Heine mir gegenüber beliebt hat, so würde ich erklären, daß er mit sehr feinem avolatorischem Talent und Geschick den Versuch gemacht hat, den Boden des Kampfes zu verschieben. (Sehr richtig.) Niemand von uns Allen ist es eingefallen, den Reichstags-Abgeordneten Heine wegen seiner Stellung zum Zukunftsstaat hier interpellieren zu wollen, es handelt sich hier wahrlich nicht um das Bild, das er sich vom Zukunftsstaat macht, auch nicht um die mehr oder weniger häufige Betonung unserer Endziele, sondern um etwas ganz anderes, um die ganz phantastischen Anschauungen, die sich der Reichstags-Abgeordnete Heine von der kapitalistischen Gegenwarts-gesellschaft macht, und die er in seiner Politik zum Ausdruck bringt. Seine Ausführungen haben übrigens auch ein sehr interessantes Licht auf seine Stellung zu den Endzielen geworfen. Der Reichstags-Abgeordnete Heine hat hier erklärt, die mehr oder weniger häufige Betonung des Endzieles ist nur eine Sache des Temperaments der Agitatoren. Ich habe geglaubt, daß die Betonung unseres Endzieles bis jetzt Sache einer wissenschaftlichen Erkenntnis, einer politischen Ueberzeugung, nicht aber Sache des Temperaments ist. (Sehr wahr!) Aber damit will ich mich jetzt nicht beschäftigen, denn darum handelt es sich nicht, sondern um die Politik, die Genosse Heine vertreten hat und die er formuliert hat unter dem Schlagwort der Kompensationspolitik: Kanonen für Volkrecht. Auf deutsch gesagt: Schacherpolitik mit dem kapitalistischen Staat. Dazu hat der Parteitag Stellung zu nehmen, denn diese Erklärung ist nicht ohne Einfluß gewesen auf unsere Reichstags-Wahlagitation. Auch ich gehöre zu denjenigen Agitatoren, die durch Nord und Süd, durch Ost und West gekommen, und glauben Sie mir, so und so oft, wenn ich unser Programm, unsere Stellung zum Militarismus entwickelte, ist mir nicht nur von Seiten der Gegner, sondern auch der Genossen entgegengerufen worden: „Kanonenfrage; Kompensationspolitik.“ Und es wird viele Genossen geben, die bei der Agitation dieselbe Erfahrung gemacht haben. Ich glaube nicht, daß ich in dieser Beziehung ein Einzelfall bin. Die Anschauungen Heine's gipfeln in dem Standpunkt, daß es nicht die Arbeiterbewegung giebt, die für die Arbeiterklasse indifferent sein sollen. In solchen Gebieten, seiner Meinung nach, z. B. die Frage der Ausschaffung neuer Gesetze.

Indifferent soll für die Arbeiterklasse die Frage der Bewilligung der Mittel für neue Geschübe sein, die, nachdem der Zar unter die Friedenslistler gegangen ist, vielleicht viel eher gegen den inneren Feind losgehen als gegen den äußeren! Ich bin der Ansicht, daß die ganze Taktik, die Heine empfohlen hat, auf einer falschen Auffassung vom Wesen der kapitalistischen Gesellschaft basiert. Das gelangt recht deutlich in der Broschüre zum Ausdruck, die er unter dem Titel verfaßt hat „Wählen oder nicht wählen?“ Was er da zur Frage der Landtagswahlen sagt, ist durchaus nebensächlich gegenüber der allgemeinen Taktik des Possibilismus, die er dort empfiehlt nach dem Muster der französischen Possibilisten, deren Devise war, die sozialistischen Forderungen in so kleine Dosen zu theilen, daß sie Jedem annehmbar sein können. Wie will da der Reichstags-Abgeordnete Heine es machen, den Sozialismus in so kleinen Dosen zu verabsolgen, daß seine Annahme z. B. für Herrn v. Stumm möglich wäre (Heiterkeit), oder für Herrn v. Kardorff oder noch weiter hinaus für Sr. Majestät den deutschen Kaiser Wilhelm II., dessen Stellung zur Frage der sozialen Bewegung ja bekannt genug ist?

Wir wollen nicht nach Art eines Konzils von alten Kirchenvätern Scheiterhaufen errichten für einzelne Personen, die abweichender Meinung sind; wohl aber wollen wir mit überzeugender Wucht zum Ausdruck bringen, daß die Masse der Delegirten, daß die Gesamtheit des deutschen Proletariats nicht hinter diesen Personen steht, sondern hinter denen, die unentwegt stehen auf dem Boden des proletarischen revolutionären Klassenkampfes. (Sehr richtig!) Daß die Meinungen verschieden sind, daß abweichende Meinungen austauschen, das ist nicht etwa der Vorläufer von Spaltungen, wie sie unsere Gegner prophezeit haben. Bei all jenen Schäfer-Thomasiaden ist ja nur der Wunsch der Vater des Gedankens. Wir sind eine Partei, lebenskräftig genug, um verschiedene Meinungen ertragen zu können. Nicht daß diese abweichenden Meinungen da sind, ist das charakteristische und bedenkliche. Die abweichenden Meinungen erklären sich sehr leicht aus bestimmten geschichtlichen Bedingungen, unter denen sich der Klassenkampf des Proletariats vollzieht. Aber was bedenklich ist, das ist das Streben, das durch das Zentralorgan begünstigt wird, den Unterschied der Meinungen nicht klar und scharf zum Ausdruck zu bringen, sondern verjumpsen zu lassen. Dagegen müssen wir Verwahrung einlegen. Die Sozialdemokratie ist nicht eine Sekte, nicht eine Partei des Aberglaubens, die an Formeln hängt. Deshalb ist es notwendig, daß wir Meinungsverschiedenheiten zum Ausdruck bringen und klären. So lange wir keine Gegenbeweise haben, werden wir nach wie vor auf dem alten bewährten Boden der Sozialdemokratie stehen. Wenn es dem Reichstags-Abgeordneten Heine gelingt, vollgiltige Beweise für die Wichtigkeit seiner Taktik der Kompensation zu erbringen, so gebe ich ihm die Versicherung, so alt ich bin, ich erkläre vielleicht noch eines Tages: Vater Possibilismus, liebe Mutter praktische Politik ich habe gesündigt im Himmel und vor Dir. (Heiterkeit.) Aber so lange die Beweise für die Richtigkeit des Heine'schen Standpunktes nicht erbracht sind, hat der Parteitag in Uebereinstimmung mit den Genossen zu erklären, daß wir bezüglich des Weges, der uns zum Ziele führt, bezüglich unserer Auffassung von der Nothwendigkeit der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse behufs Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische auf dem Boden des Programms stehen, das uns bis jetzt von Siegen zu Siegen geführt hat, nicht aber auf dem Boden des Possibilismus, den Genosse Heine uns gewiesen hat. (Lebhafter Beifall.)

Orang-Leipzig: Dank dem Genossen Stadthagen ist die Sache jetzt so in Fluß gerathen, wie wir sie gerne haben wollen. Seit 30 Jahren gebrauchen wir das Reichstags-Wahlrecht. Die Wünsche und Prophezeiungen, die an den Gebrauch des freien Wahlrechts geknüpft wurden, sind nicht in Erfüllung

gegangen. Bei Vielen stellt sich der Gedanke ein, es nützt nichts; daher kommen die Rückschläge und ich fürchte, sie kommen noch schlimmer. Alte Genossen fragen uns: woher kommt dies denn. Da ist der Fall Lütgenau. Wie ist so etwas möglich am grünen Holze, bei einem Manne, der fünf Jahre lang das Volk vertreten hat. Wie steht es mit uns, wenn er mit solch dreisten Zuannehmungen an die Partei heranzutreten wagt. Dann die Stellung mancher Genossen zum Militarismus. Wenn man alle die Ereignisse der letzten Jahre überschaut, dann muß man sagen, wir sind in die Breite, aber nicht in die Tiefe gewachsen. Früher kamen die Genossen zusammen und vertieften sich ins Programm. Jetzt streiten sie sich über neue Gründungen. Sie blicken nur noch in die Gegenwart. Wir müssen wieder prinzipieller auftreten, als bisher, sonst können wir uns auf ärgere Rückschläge gefaßt machen.

Leib-Berlin: Die letzte Reichstagswahl hat nicht die Erregung wie sonst in die Massen getragen. Daraus erklärt sich das Wahlergebnis für uns. Bearbeitet ist im 6. Wahlkreise genug worden. Die Rede von Peus erinnerte an die Ausführungen mancher Freisinnigen, daß wir uns mit ihnen auf dem Boden der Forderungen in der Gegenwart verständigen könnten. Ohne Idealismus nur mit praktischer Politik können wir keine Fortschritte machen.

Schoenlant-Leipzig: Ich kann die Ausführungen der Genossin Jettin im Allgemeinen unterschreiben. Wenn ich mich zum Worte melde, so thue ich es hauptsächlich, um davor zu warnen, daß wir etwa den Parteitag benutzen, durch eine Art vatikanischen Konzils einen Beschluß gegen Diejenigen, die anderer Meinung sind, zu fassen. Ich glaube nämlich, daß Neunzehntel der Gesamtpartei auf dem Standpunkt steht, daß die alte proletarische revolutionäre Taktik die einzig mögliche für die Sozialdemokratie ist. Wir wollen nicht den Anschein erwecken, daß wir die Minderheit majorisiren oder terrorisiren wollen, aber das wollen wir feststellen: Man soll keine Vogelstrauchpolitik treiben und verschleiern, daß in der That ernste Meinungsdivergenzen in der Partei über die allgemeine Parteitaktik bestehen. Aufgabe des Parteitages ist es, ernsthaft und gründlich diesen Differenzen auf den Grund zu gehen und zu zeigen, wie sich die Mehrheit der Parteigenossen dazu stellt. Ich glaube, wenn das geschieht, so wird die praktische Politik der Partei, die Propaganda und die politische Aktion der Partei keinen Schaden leiden. Schaden aber wird sie leiden, wenn die Politik des Abgeordneten Heine wirklich zum leitenden Gesichtspunkt unserer Fraktion gemacht wird, wenn die Thatsachen, um die es sich handelt, die Differenzen über unsere Stellung zu den einzelnen Fragen, zum Militarismus, zur Kolonialpolitik, zur Zoll- und Handelspolitik nicht klar gestellt sind. Wenn wir darin nicht ganz klar sehen, so werden wir das erleben, was bisher jede demokratische Volkspartei erlebt hat, wir werden, wenn wir nicht immer klar und rein das Ziel im Auge behalten, Schaden erleiden. Die Taktik des Possibilismus ist heute besonders interessant, wenn man erwägt, daß die Sozialreform von Oben Finischo gemacht hat, wenn man bedenkt, daß zwar der Zar die Friedenskundgebung erläßt, aber in demselben Augenblick sämtliche Militärmächte zu neuen Anstufungen schreiten. Die Politik des Possibilismus träumt von emer Vermittelung, während die sozialen Gegenstände immer schärfer werden, während die Zuchthausvorlage in Aussicht gestellt wird. Es ist ganz klar, daß in der großen Masse der klassenbewußten Arbeiter der Protest gegen diese Auffassung durchdringt, aber es ist nothwendig, daß das ausgesprochen wird und daß der Minderheit gesagt wird: Gut, Ihr mögt diese Absichten haben, wir sitzen nicht über Euch zu Gericht, aber wir wollen darauf hinweisen, daß die große Mehrheit die alte Politik nicht aufgeben kann bei der Gefahr der Selbstvernichtung. Ich meine deshalb, wir sollen die Diskussion über die Taktik nicht etwa kurz abbrechen. Denn wenn die Diskussion jetzt abgebrochen wird, wird die Frage ganz von selbst bei dem parlamentarischen

Bericht noch viel eingehender behandelt werden müssen, wozu ja der Bericht der Fraktion die genügende Grundlage giebt. Auf keinen Fall aber dürfen wir verschleiern und Vogelstraußpolitik treiben. Sagen wir ehrlich, daß Meinungs-differenzen da sind, und bringen wir sie zur Lösung. Verderben wir uns nicht unsere gute alte Agitation durch eine opportunistische Auffassung. Gütten wir uns vor einer Verflumpung, vor einem Aufgeben des Klassenkampfes, ohne den wir nie zur Erreichung des Endziels kommen, ohne das wir nichts wären, als eine Kleinbürgerliche Oppositionspartei. (Beifall.)

Krumm-Gießen: Zubeil mag Recht haben, daß die Bauern in der Gegend, wo er agitiert, nicht für uns zu haben sind, bei uns sind diese Bauern Großgrundbesitzer. In seiner Allgemeinheit ist der Satz: die Bauern sind nicht für uns zu haben, falsch. Bauern mit einem Besitz unter fünf Hektar sind wohl für uns zu gewinnen; dafür haben wir in Süddeutschland in vielen Kreisen die Beweise. Unvorsichtige Äußerungen über die Religion und den sogenannten Eigentumsfanatismus der Bauern werfen uns bei der Agitation arge Knäpkel zwischen die Beine. Haben wir erst 76 pCt. Kleinbauern, dann können die 24 pCt. machen, was sie wollen. Wir verschweigen bei unserer Agitation durchaus nicht unsere Endziele.

Neus-Deßau: Wenn ich den Satz aussprach: es giebt keine Endziele, so kann er nicht die Bedeutung haben, die man mir hier absichtlich untergeschob. Was mir am „Endziel“ mißfällt, ist, daß es die dogmatische Auffassung der Dinge fördert. Zahllose Arbeiter fragen uns, wie soll es denn einmal zur Verwirklichung eurer Endziele kommen. Da ist es von Bedeutung, darauf hinzuweisen, daß das Endziel nichts anderes ist, als die Entwicklung der Gesellschaft, die in sich selbst ihre Gesetze hat und sich an der Hand unserer Gegenwartsforderungen vollzieht. Daraus erklärt sich auch mein Vorschlag, den theoretischen Teil des Programms von seinen praktischen Forderungen zu trennen. Ueber den Inhalt des ersten Teils streiten sich unsere Theoretiker. Ein Programm aber soll nach meiner Auffassung nur Forderungen enthalten, sonst nimmt es leicht die Form des Bekenntnisses an. Ich dachte an eine Art Aktionsprogramm, wie es Bollmar seiner Zeit vorgeschlagen hat, wobei die praktischen Forderungen weiter auszubauen waren. Der theoretische Teil des Programms soll natürlich nicht beseitigt werden, sondern etwa in Form eines Manifestes zum Ausdruck gelangen. Wenn wir im Programm sagen wollen, wie das sich später entwickelt, dann sind wir zum Glauben an Autoritäten genötigt. Die ganze Behauptung, als handle es sich hier um einen Gegensatz zwischen sogenannten Opportunisten und zielbewussten Sozialisten, ist also ganz überflüssig. Um das Endziel können wir ganz unbesorgt sein. Wir werden nicht einen Schritt davon abgehen, wenn wir, da wir mächtig geworden sind, Forderungen der Gegenwart zu erfüllen und dazu auch verpflichtet sind, da wir als mächtige Partei die Verantwortung haben, diese Gegenwartsforderungen zu betonen.

Prinz-Frankfurt a. M.: In Bezug auf die Entsendung der Redner ist nicht genügend Sorge getragen worden. Wir haben darin Erfahrungen gemacht; in Wahlkreisen, in denen wir genügende Agitation entfalten konnten, haben wir glänzende Resultate erzielt unter schwierigen Verhältnissen, während wir auch andere Kreise hätten erobern können, wenn wir nur die tüchtigen Redner gehabt hätten. Ich habe Liebknecht z. B. in Wahlkreisen gesehen, wo er kurz vorher schon gewesen war. Möge der Partei-Vorstand für die Zukunft dieser Wahlkreise Sorge tragen.

Greiner-Mörsleben: Wir haben in einem Wahlkreise zu thun gehabt, der durchsetzt ist mit halb industrieller, halb ländlicher Bevölkerung. Wir mußten mit der Darlegung unserer Ziele herauskommen, dafür sorgten schon unsere Gegner. Mit positiven Forderungen können wir auch dem ländlichen

Proletariat gegenüber große Erfolge erzielen. Das haben wir in unserem Wahlkreise gezeit. Ich bedaure, daß der von uns in Hamburg gestellte und angenommene Antrag betreffend die Beseitigung der Gefindeordnung vom Partei-Vorstand nicht die gehörige Ausführung erhalten hat.

Schöpflin-Burgkadt: Die agitatorische Bedeutung von Versammlungen in den Gegenden, wo unsere Parteibewegung schon stark ist, sollte man doch nicht überschätzen. Im 15. sächsischen Wahlkreis haben wir großartige Versammlungen gehabt, der alte Liebknecht ist da gewesen, wir glauben, unser ist die Welt und doch siegten wir nicht. Ganz anders ist es mit solchen Versammlungen in indifferenten Gegenden, die Hauptsache ist der innere Ausbau der einzelnen Wahlkreise durch Agitation und Organisation.

Es wird ein Antrag auf Schluß der Debatte gestellt.

Gradnauer spricht dagegen. Es handelt sich um prinzipielle Meinungsverschiedenheiten, die man zu Ende diskutieren muß, wenn ich die Sache auch nicht so tragisch nehme wie Schoenlant. Wir müssen den Angelegenheiten Gelegenheit geben, sich zu verteidigen.

Der Schlusstrang wird abgelehnt.

Jacob-Berlin II.: Wir sind bei der diesmaligen Wahl in ungünstigerer Lage gewesen als bei der vorigen. Es haben da verschiedene Ursachen mitgespielt, es fehlte uns im Allgemeinen mehr an Material, die Wahrscheinlichkeit auszurücken. Die Gegner sind diesmal geschlossen zusammengegangen, und ich habe schon bei den Stadtverordnetenwahlen, wo das gleichfalls der Fall war, darauf aufmerksam gemacht, daß wir in diesem Falle den Wahlkreis wahr-scheinlich verlieren würden. Die Genossen haben kräftig gearbeitet, zum Teil unter Schädigung ihrer wirtschaftlichen Existenz. Aber wir konnten unsere Organisation nicht so ausbauen, zum Teil, weil wir Rathschläge befolgten, die sich hinterher nicht als nützlich erwiesen.

Rosa Luxemburg: Die Reden von Heine und Anderen haben bewiesen, daß sich in unserer Partei ein äußerst wichtiger Punkt verdunkelt hat, nämlich das Verständnis von der Beziehung zwischen unserem Endziel und dem alltäglichen Kampfe. Da wird gesagt: das vom Endziel ist eine hübsche Stelle in unserem Programm, die gewiß nicht vergessen werden darf, aber in keiner unmittelbaren Beziehung zu unserem praktischen Kampfe steht. Vielleicht findet sich eine Anzahl Genossen, die so denken: eine Spekulation über das Endziel sei eigentlich eine Doktorfrage. Ich behaupte dem gegenüber, daß für uns als revolutionäre, als proletarische Partei keine praktischere Frage existiert als die vom Endziel. Denn bedenken Sie: worin besteht eigentlich der sozialistische Charakter unserer ganzen Bewegung? Der eigentliche praktische Kampf zerfällt in drei Punkte: den gewerkschaftlichen Kampf, den Kampf um die Sozialreform und den Kampf um die Demokratisierung des kapitalistischen Staates. Sind diese drei Formen unseres Kampfes eigentlicher Sozialismus? Durchaus nicht. Zunächst die gewerkschaftliche Bewegung! Schauen Sie nach England, dort ist sie nicht nur nicht sozialistisch, sondern zum Teil ein Hindernis für den Sozialismus. Die Sozialreform wird vom Rathedersozialismus, den National-Sozialen und ähnlichen Leuten ebenfalls betont. Demokratisierung ist aber etwas spezifisch Bürgerliches. Die Demokratie hatte die Bourgeoisie schon vor uns auf ihre Fahne geschrieben. Was macht uns dann in unserem alltäglichen Kampfe zur sozialistischen Partei? Es ist nur die Beziehung dieser drei Formen des praktischen Kampfes zum Endziel. Nur das Endziel ist es, welches den Geist und den Inhalt unseres sozialistischen Kampfes ausmacht, ihn zum Klassenkampf macht. Und zwar müssen wir unter Endziel nicht verstehen, wie Heine gesagt hat, diese oder jene Vorstellung vom Zukunftsstaat, sondern das, was einer Zukunfts-gesellschaft vorangehen muß, nämlich die Eroberung der politischen

fassung über die Gültigkeit der Mandate wenigstens so lange auszusetzen, bis die Renner-Kommission gesprochen hat.

Blas: Sie haben eben einen kleinen Vorgeschnack vom Braunschweiger Krachsel bekommen, der später noch vor einer besonderen Kommission verhandelt werden soll. Selbstverständlich will ich auf die Dinge in dieser Breite nicht eingehen. Ich will Sie nur bitten, dem Beschluß der Mandatsprüfungs-Kommission beizutreten. Wenn die beiden Mandate jetzt kassirt werden, so ist das ohne jede Einwirkung auf die Verhandlungen vor der Kommission, es ist ganz gleich, ob die beiden Herren dort als Delegirte erscheinen oder als Nicht-delegirte. Wir erkennen die Sonderorganisationen nicht an. Ich bitte Sie nur, nehmen Sie das Vorgetragene nicht tragisch. Mein Vorredner hat gesagt, er und seine Freunde seien diejenigen, die die Arbeit geleistet hätten. Für diese Arbeit danken wir, denn sie bestand in Krachseln. Seitdem wir auf die Mitarbeit dieser Herren verzichtet haben, hat unser Parteiorgan den Höchststand an Abonementen erzielt. Der bisherige Partei-Vorstand, die Landespartei-Versammlung und die Kontrolleure haben unsern Beschluß beigestimmt, vertrauen Sie diesen Umständen!

Brühne-Frankfurt a. M. ersucht gleichfalls um Zustimmung zum Antrag der Mandatsprüfungs-Kommission. Die Braunschweiger, die die beiden neuen Delegirten gewählt haben, wären, wenn sie sich der Parteiorganisation hätten einfügen wollen, verpflichtet gewesen, in die erste vom Vertrauensmann ordnungsmäßig einberufene Parteiversammlung zu gehen. Das haben sie nicht gethan. Nach kurzer Diskussion werden die Mandate von Brunke und Gerstenhauer mit großer Mehrheit für ungültig erklärt.

Singer erklärt, daß der weiteren Anwesenheit der beiden Genossen auf dem Parteitage zur Aufklärung der Braunschweiger Differenzen nichts im Wege stehe, im Gegentheil erwünscht sei.

Die Mandatsprüfungs-Kommission wird der bisherigen Uebung entsprechend auf Vorschlag Singers wieder als Justiz-Kommission (Heiterkeit) in Thätigkeit treten.

Hierauf wird die Debatte über den Abschnitt des Geschäftsberichts des Partei-Vorstandes, Reichstagswahl und Taktik, fortgesetzt.

Voigt-Berlin IV: Auch gegen die Genossen des vierten Berliner Wahlkreises ist der Vorwurf erhoben worden, daß sie ihre Schuldigkeit nicht gethan haben, man vergißt dabei aber, daß ein großer Theil des Kreises an Niederbarnim abgetreten ist, ein Bezirk mit über 3000 Wählern. Die Stimmengzahl ist um 900 zurückgegangen, wir haben also tatsächlich einen Zuwachs. Das beste Mittel, in die zu uns noch nicht gehörenden Schichten der Bevölkerung einzubringen, ist die Presse, die uns verläßt, wenn wir auf die Indifferenten wirken wollen. Das Zentralorgan kann dies nicht leisten, und ein Berliner Blatt haben wir nicht. Es ist gesagt worden, die Siegeszuversicht war zu groß. Ja, aber auch die Presse war theilweise zu siegesgewiß und selbst manche Kandidaten haben bisweilen nicht voll ihre Schuldigkeit gethan. Die Thätigkeit der Genossen, die sich zur Verfügung stellen, ist eine so intensive, daß sie bald verbraucht sind. Diesen Dingen muß abgeholfen werden. Man hat vorgeschlagen, die Organisation anders zu gestalten, aber in welcher Weise das geschehen soll, darüber ist man sich nicht einig. Der größte Uebelstand ist der, daß man zu wenig Leute zu der intensiven Arbeit heranzieht. Hier muß in erster Linie Remedur geschaffen werden.

Schaal-Dihavelland: Unser Kandidat Schröber ist gestern von Scheidemann wegen eines auf die Landagitatorien bezüglichen Artikels in den „Sozialistischen Monatsheften“ angegriffen worden. Die Kreisconferenz hat diesen Artikel durchaus gebilligt. Es ist garnicht möglich, bei uns in anderer Weise vor-

zugehen. Die Industriearbeiter, die durch die Wohnungsverhältnisse aufs Land getrieben werden, sind die besten Agitatoren für uns.

Gradnauer: Mir scheint, daß seit dem Falle des Sozialistengesetzes immer mehr die Diskussionen unter den Parteigenossen in wissenschaftlicher Beziehung, anknüpfend an aktuelle politische Fragen nachgelassen haben. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes war gewissermaßen ein Heißhunger unter den Genossen nach Lektüre und Diskussion. Das war fördernd, anregend. Im Laufe der Zeit hat das nachgelassen. Das ist eine bedauerliche Erscheinung, hängt aber zusammen mit einer anderen besonders bedauerlichen Erscheinung in der Entwicklung der Partei; das ist der Mangel an intelligenten führenden Kräften, die nicht in demselben Maße sich vermehrt und verbessert haben, wie die Partei an Umfang und Fülle ihrer Aufgaben gewachsen ist. Wenn wir da nun aber den Mangel haben müssen, derartige Kräfte heranzuziehen, dann scheint es mir im höchsten Grade verfehlt zu sein, derartige Diskussionen zu pflegen, wie dies gegenüber Heine geschehen ist. (Sehr richtig.) Ich meine, wir haben diese Leute nöthig in der Partei und man sollte deshalb Genossen, die sich vielleicht diese oder jene Abweichung zu Schulden kommen lassen, nicht gleich mit dem allergrößten Beschüz in der allerhöchsten Weise zurückstoßen. Heute sagt man, wir wollen keine Kezzergerichte abhalten, aber in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ stand zu lesen, Heine ist kein Sozialdemokrat, er ist kein Parteigenosse, er soll sein Mandat niederlegen. Ja, Genossen, Heine hat sich, wie ich weiß, mit dem Gedanken getragen, sein Mandat niederzulegen. Das war eine ganz fatische Empfindlichkeit. Seine Freunde haben ihm davon abgerathen und er selbst ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß man sich etwas Dickfelligkeit angewöhnen muß. Ja, aber dann soll man es den Genossen nicht schwer machen und sie nicht abschrecken, durch derartige Angriffe, in unieren Reihen zu kämpfen. Und solche Angriffe sind gegen Heine gerichtet worden. Ich billige das nicht, was Heine in seiner Kandidatenrede gesagt hat. Man hat gesagt, Heine ist ein besonderer Praktikus in der Partei. Nun, ich finde nicht, daß er sich besonders praktisch gezeigt hat, denn er hat eine Frage angechnitten, mit der wir heute garnicht zu rechnen haben, er hat aber damit noch kein Staatsverbrechen an der Partei begangen. Was hat er denn gesagt? Er wird ja selbst noch nachweisen, wie übertrieben das ist, was man ihm unterstellt. Ja, die Genossen des sechsten sächsischen Kreises haben sich in ihrem Antrage doch auch für Kanonembewilligungen ausgesprochen, wenn wir die politische Macht erobert haben, dann können einmal Zustände eintreten, die uns in solche Lage bringen. Er hat sich vielleicht nicht so scharf ausgedrückt, wie es der Antrag thut, aber im Grunde ist die Abweichung gering, deshalb darf man nicht in der Weise gegen ihn vorgehen. Nun sagt man, wir haben ja nichts dagegen, wenn abweichende Meinungen vorhanden sind, es soll nur nichts vertuscht werden. Gewiß, der Meinung bin ich auch. Wir wollen Klarheit haben und nichts verschleiern und vertuschen. Aber das, was diese Genossen, die Ankläger sein wollen, thun, ist etwas anderes. Es sind Genossen, die gewiß die besten Absichten haben, aber sie haben sich in gewisse fixe Ideen verannt. Wenn die kleinste, ihnen als unrichtig erscheinende Aeußerung gemacht wird, so glauben sie, die Partei ist in Gefahr, sie müssen sie wieder auf die richtigen Wege führen. (Sehr wahr!) Und dabei wird dann aus einer Mücke ein Elephant gemacht. Ja, wenn Heine ein sehr ehrgeiziger und rühmsüchtiger Genosse wäre, was er nicht ist, so könnte er diesen Genossen dankbar sein. Ohne die Propaganda, die man für ihn gemacht hat, wäre er wohl ein sehr schätzenswerther Genosse, aber so hat man ihm eine ganz besondere Bedeutung verschafft. All das war nicht so wichtig, daß es nöthig war, einen so großen Standaal hervorzurufen.

Ich habe den größten Respekt vor den Theoretikern unserer Partei. Sie sind die Wegweiser; aber ein theoretisches Arbeiten, ein Wegweisen kann ich das nicht nennen. Was von gewisser Seite unternommen ist, das ist die Kritikalerei, das grenzt an Skandalerei. Dazu kommt noch der Ton, in dem diese ganzen Angriffe gehalten waren. (Sehr gut!) Meiner Ansicht nach ist wenig Sachliches gesagt. Wenn aber etwas Sachliches dabei war, so hätten die Genossen das Sachliche durch die Art ihres Tones unendlich geschädigt. Wie war es denn mit den Unabhängigen? Auch sie sind nicht wegen Prinzipien abweichender Meinungen entfernt worden, sondern wegen der Verleumdungen und ungerechten Angriffe. Ich will die jetzige Lage nicht damit vergleichen. Aber auch jetzt ist die Polemik in einem ungehörigen Tone geführt worden, so ist z. B. gesagt worden, was stellt Ihr Heine auf, früher habt Ihr ja Mundel gehabt und der war genau so gut wie Heine. Ja, wenn man so polemisiert, wenn in einer solchen Weise gearbeitet wird, wo soll es dann hinkommen? Das einzig Gute bei dieser Art der Polemik ist, daß der größte Theil unserer Presse es zurückgewiesen hat, in ähnlicher Weise zu polemisieren. Wenn irgend Jemand in Berlin derartige Dinge gesagt und versucht hätte, damit Anklang zu finden, dann hätte ein großer Parteiskandal daraus werden können. Wir wollen nicht die Kritik unterdrücken. Aber ich möchte den Genossen, die sehr viel Kritik üben wollen, empfehlen, in erster Linie Selbstkritik zu üben. (Beifall.)

Heymann-Göttingen wendet sich gegen die Genossin Luxemburg. Es ist üblich geworden, an der Arbeit unter der indifferenten Masse draußen im Lande Kritik zu üben, ohne daß man die Verhältnisse kennt. Von einer Verleumdung der Parteiprinzipien durch die Agitatoren kann gar keine Rede sein. Man sieht die Dinge durch eine Brille, die den Charakter verschleiert. Wir sehen, daß viele Genossen von dem agrarischen Produktionsprozeß gar keine Ahnung haben. Statt uns zu kritisieren, erleichtern Sie uns lieber die Arbeit, indem Sie die Verhältnistabellen vornehmen und eine gemeinverständliche Broschüre darüber schreiben, daß der Bauer schon heute meist nicht mehr Eigenthümer, sondern Lohnknecht des Hypothekengläubigers ist. (Lebhafte Zurufe: Sie selber! Heiterkeit.) Noch ein psychologisches Moment. Von sachlichen Differenzen habe ich nichts bemerkt. Der Ton ist es, der die Differenzen macht, und die sachliche, nicht gehässige Tonart ist gegenüber den Indifferenten agitatorisch weit wirksamer als die rauhbeinige.

Fendrich-Offenburg: Die Genossin Jettin stand vor mir auf der Rednerliste, als sie dann merkte, daß ich hinter ihrem Wagen herfuhr, ist sie abgestiegen und fährt nun stolz auf dem Hinterwagen hinterdrein. (Heiterkeit.) Gestern Abend haben mir einige Genossen gratulirt zu meiner Rede gegen die Weißblende. Ich verwahrte mich entschieden dagegen, denn ich habe keine Rede gegen die Weißblende gehalten. Aber deshalb, weil eine Frau einen Gemeinplatz sagt, soll man nicht Beifall klatschen. (Sehr wahr!) Hätte ein Mann die gestrige Rede der Rosa Luxemburg gehalten, Niemand hätte Beifall geklatscht. (Sehr wahr!) Wenn Frauen an der Debatte sich betheiligen, sollen sie auch auf das Vorrecht der Frauen verzichten, und, wenn sie es mit einem bürgerlichen Raubbein zu thun haben, unter Umständen auch auf die Höflichkeit. (Beifall.)

Ein Schlußantrag, dem Schrader-Osnabrück begründet und Heine-Berlin bekämpft, wird abgelehnt.

Hiel-Kassel: Stadthagen sagte gestern, wo unsere Presse am wenigsten verbreitet war, hatten wir die größten Erfolge. Das darf nicht unwiderprochen bleiben. Die Aufmerksamkeit, die unbeachtet bliebe, wenn sie von einer obskuren Persönlichkeit außerhalb des Saales gethan wäre, wird von unseren Gegnern aufgegriffen und gegen uns auf das Schlimmste ausgenutzt werden. Deshalb muß dagegen protestirt werden. Wir Redakteure der Parteipresse dürfen an

den Mirza Schaffy'schen Vers denken, wonach jeder eingebildete Wicht von der Presse etwas verstehen will, nur der Redakteur gilt nichts. (Heiterkeit.)

Vollmar: Es war ursprünglich nicht meine Absicht, zu dieser Frage zu sprechen, denn die Stimmung schien mir gut, es war offenbar die wohlwollende Absicht vorhanden, möglichst objektiv und unparteiisch zu urtheilen. Aber die Wendung, die die Debatte gestern Abend genommen, der nervös gereizte Ton, der hereingebracht, und die Doktrinen, die dabei zu Tage gefördert wurden, veranlassen mich, ein paar Worte zu sagen. Die Geschichte von der Versumpfung der Partei ist eine recht alte. Es giebt Leute, die da meinen, ein Parteitag sei nicht vollständig, wenn dieses Lied nicht gesungen wird. (Heiterkeit.) Denn noch auf jedem Parteitag ist ein Moment gekommen, wo ein apokalyptischer Reiter hervorgezerrt ist, um den nahen Untergang der Partei zu verkünden. Auf Neulinge mag das ja seinen Reiz haben. Aber durch das ewige Wiederholen werden solche Dinge nicht interessanter. Außerdem ist die Wiederholung auch ganz nutzlos, denn die Partei hat sich immer weiter zu ihrer jetzigen Höhe und Reife hinaufgesehrt. (Große Heiterkeit und Beifall.) Ich meinerseits rege mich daher über solche Dinge garnicht auf und pflege zumeist auch jedes Wort der Entgegnung zu sparen. Ich sage mir einfac, daß es eben Leute giebt, die mehr zum Dogmatiker und Doktrinär, zum Setzen- und Mahdistenthum veranlagt sind als zum Politiker, der es mit dem lebendigen Leben zu thun hat und dem eine Handvoll praktischer Emanzipationsarbeit stets ein ganzes Schock Theorem überwiegen muß. So wenig ich also über die Wirkung des gestern Gehörten besorgt bin, so sind uns die alten Einwände doch in einer solchen Form vorgetragen worden, daß man es nicht ohne Widerspruch passiren lassen kann. In dem Genossen Fendrich hat sich, wie man sonst über seine Worte denken mag, offenbar der Ingimm entladen über eine ganze Richtung, die mit Dresden in engerer Verbindung steht und die seit Jahr und Tag die Partei ärgert und langweilt durch die hochmüthige, alleswissende Art, mit der sie über Alles von oben herab aburtheilt. (Lebhafte Beifall.) Genosse Fendrich hat mit Recht gestern Vermahrung eingelegt gegen die präventöse Art, mit der zu den alten Veteranen der Partei gesprochen worden ist wie zu Schuljungen. (Lebhafte Zustimmung.) Was wir uns vor 20 Jahren längst an den Schulsohlen abgelassen haben, wird uns schulmeisterhaft jetzt als etwas Neues vorgetragen!

Fräulein Luxemburg zeigt sich ausgerüstet mit dem äußeren Rüstzeug des Marxismus und erweckt dadurch den Anschein der Wissenschaftlichkeit. Aber der genauere Zusehende nimmt bald wahr, daß ihre Schlüsse zu einem großen Theile nicht als Trugschlüsse sind. Da wird zum Beispiel gesagt: Der Arbeiterschutz werde ja doch nur gegeben, weil er im Interesse des Kapitalismus selbst gelegen sei. Nun erinnere ich mich aber, daß ein Mann mit dem nicht selbst gelegen sei. Nun erinnere ich mich aber, daß ein Mann mit dem nicht selbst gegeben sei. Nun erinnere ich mich aber, daß ein Mann mit dem nicht selbst gegeben sei. (Lebhafte Zustimmung.) Dann ist uns gesagt worden, die Trade-Unions seien reaktionär und sozialistenfeindlich. Und es ist wiederum ein Marx gewesen, der die englischen Gewerkschaften die Preiskämpfer des europäischen Proletariats genannt hat. (Beifall.) Auch ist es noch die Frage, wo praktisch für das Loos der Arbeiterklassen mehr erreicht worden ist, und wo thatsächlich mehr in der Richtung der Demokratisierung und Sozialisirung geschieht, — in England oder bei uns. Schließlich hat Fräulein Luxemburg das revolutionäre Gemissen wecken wollen, indem sie meinte: wenn die französischen Arbeiter 1871 so klug, so abgeklärt gewesen wären, wie wir heute sind, dann hätten sie wahrscheinlich nicht losgeschlagen, sondern sich ruhig ins Bett gelegt. Nun hat es ja wenig Werth, bei historischen Geschehnissen hintennach zu klagen, was hätte gethan werden sollen, weil sie gewöhnlich mit elementarer Gewalt kommen. Aber schlechter würden die fran-

istischen Arbeiter ihrer Sache doch auch kaum nicht gebient haben, wenn sie damals „geschlafen“ hätten. (Lebhafte Zustimmung.) Jedenfalls, so viel ist sicher, daß die Annahme, als ob die Kommune einfach ein Stück Sozialdemokratie gewesen sei, so unhistorisch als möglich ist. Aber freilich hängt das mit der ganzen Auffassung des Fräulein Euzemburg zusammen, denn sie scheint auf dem Standpunkt zu stehen, daß Gewaltstreichs stets einen sozialistischen Charakter haben müssen. (Widerspruch des Fr. Euzemburg.) Nun, anders ist die Beurteilung doch garnicht zu verstehen: daß wir jetzt in einer Zeit leben, wo jeden Augenblick etwas Unerwartetes geschehen könne und wo die Sozialdemokratie plötzlich zur Macht kommen könne und also vorbereitet sein müsse, sie auszuüben. Das ist aber nicht eine Theorie der deutschen Sozialdemokratie, sondern die Ansicht des Blanquismus (lebhafte Zustimmung), der sich einbildet, zu jeder beliebigen Zeit, ohne Rücksicht auf die ökonomische und politische Entwicklung und über den Kopf des Volkes hinweg die Macht durch Handstreichs erobern zu können. Wenn in der deutschen Sozialdemokratie je wer auf diesem Standpunkte gestanden hat, so ist diese Zeit glücklicherweise längst hinter uns. Und wir haben uns weiter nicht nach rückwärts, sondern nach vorwärts zu entwickeln. (Beifall.) Ich sage im Gegensatz zu Fräulein Euzemburg: es könnte der deutschen Sozialdemokratie garnichts Unglückseligeres passieren, als daß wir vorzeitig in die Lage kämen, die politische Macht zu übernehmen, denn wir würden nicht befähigt sein, sie ersprießlich zu gebrauchen und sie festzuhalten. Wir wollen die Macht nicht durch künstliche Mittel, sondern durch innere Nothwendigkeit gewinnen, die allein Unzweifelbarkeit und sicheren Erfolg verbürgen, — dann, wenn vor Allem die ökonomischen Bedingungen gegeben sind. Und wir wollen, — wie ich schon auf einem früheren Parteitag einmal gesagt habe — die Macht dem Volke nicht abhaken, noch abzwängen, sondern mit seinem eigenen Willen soll sie uns zufallen. Fräulein Euzemburg hat in ihren Artikeln den Unterschied zwischen „Revolutionären“ und „Gemäßigten“ dahin definiert: die Revolutionäre seien die, welche thätig sind im Hinblick auf die Ergreifung der politischen Macht, während die Gemäßigten thätig seien mit der Intention, die Arbeiterklasse zu heben und die schrittweise Erweiterung der gesellschaftlichen Kontrolle herbeizuführen. Parteigenossen, wenn das nicht auf den Blanquismus hinausläuft, dann ist es nichts als eine Haarspalterei, für welche mir jedes Verständnis fehlt. (Sehr richtig!) Denn wenn ich ein Ziel erreiche, erscheint es mir von untergeordnetem Werth, welche theoretischen Ermüdungen dabei im Einzelfalle wirken mögen. (Zurufe des Genossen Parvus.) Warten Sie doch. Sie können mir ja dann mit 24 Zeitartikeln in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ antworten! (Große Heiterkeit.) Die ganze Idee, daß man, indem man heutigen Zielen nachgeht, „das Endziel hinausschiebe“, ist so unsocialistisch, vor Allem so unmargistisch wie nur irgend möglich. Denn der moderne Sozialismus geht von dem Gedanken aus, daß der Erfolg unserer ganzen Agitation nicht von unserem eigenen Willen abhängt, sondern daß die Entwicklung in unserem Sinn mit innerer Nothwendigkeit vor sich gehen muß. Wer die Lage des arbeitenden Volkes ökonomisch, politisch, geistig, kurz kulturell hebt, der befähigt es zum Weiterkämpfen, stärkt seine Macht und schreitet sicheren Fußes auf dem Wege, der zur schließlichen Ergreifung der politischen Gewalt führt. Wäre dieser immanente, selbstwirkende Trieb nicht vorhanden, dann könnten wir uns mit unserer ganzen Agitation begnügen lassen. (Lebhafte Beifall.) Parteigenossen! Ich komme zu Ende und sage, daß sich nach meiner Meinung alle die angegriffenen Männer, Heine und Schmidt und Bernstein durch ihre Anregungen jedenfalls vielmehr verdient gemacht um die Partei, als Solche, die uns nur die alten Elchees fort und fort auf Scene präsentieren. Im Uebrigen fürchte ich nichts für eine Partei von solcher Kraft wie die unsrige, die in der erfreulichsten Entwicklung ist. Die deutsche Sozialdemokratie ist

fertig geworden mit den vielen äußeren Segnern, sie wird sich auch von der Phrase zu emanzipiren wissen. (Großer Beifall.)

Heine: Ich muß offen sagen, die Angriffe, die gegen mich gerichtet sind bei Gelegenheit der Berathung über den Bericht des unglücklichen Parteivorstandes, haben keinen besonders tiefen oder ersten Eindruck auf mich gemacht, am allerwenigsten die kindlichen Anzuspinnungen auf meinen Advokatenberuf, die ich nun schon seit dem Tage, wo ich öffentlich hervorgetreten bin, jede Woche über mich ergehen lassen muß. Etwas billigeres giebt es doch eigentlich garnicht. Was würde wohl Frau Zetkin sagen, wenn ich ihr gegenüber von Frauenlogik spreche, was würde Schoenlant, der wüthendste Hasser aller Kanonen und Säbel, sagen, wenn ich ihm seine Mensur-schmisse vorhalten würde? (Große Heiterkeit.) Oder was würden Sie sagen, wenn man dem früheren Drechsler Bebel gegenüber ausführen wollte, er drechse die Parteigrundsätze so lange zurecht, bis sie sich in ihr Gegentheil abgeschliffen haben, oder wenn man ausführen würde, die Gründe von Singer hätten noch nicht einmal das Gewicht eines Schneiders? Wo kommen wir hin, wenn man mit derartigen albernen Wägen argumentirt? So habe ich z. B. in der Zeitung gelesen — gehört habe ich es nicht —, daß Schoenlant mir gestern zugerufen hat: „Was versteht denn Du von Marx“. Gegen derartige zünftige Gelehrsamkeit muß ich Verwahrung einlegen. Ich habe zwar nicht den Dr. phil. gemacht, auch nicht das Glück oder Unglück gehabt, mit 20 Jahren Leitartikel über den Marxismus zu schreiben, aber man kann sich theoretische Kenntnisse aneignen, auch wenn man nicht zur Kunst gehört. Was sollen denn all die Mähsen bedeuten? Was soll es heißen, wenn Schoenlant das Wort Genosse Heine sofort in Abgeordneter Heine korrigirt? Was soll es heißen, wenn Frau Zetkin fort und fort von dem Reichstags-Abgeordneten Heine redet. (Sehr gut.)

Ich lege keinen Werth auf solche Außerlichkeiten, ich will nur zeigen, mit weichen kleinen und kindischen Mitteln man vorgeht. Frau Zetkin, soll ich Sie vielleicht künftig gnädige Frau anreden? Ich bin dazu bereit. (Heiterkeit.) Ich lege diesem Herumackern auf mich nicht die geringste Bedeutung bei. Ich bin wirklich nicht so grün und jung in der Partei, wie gewisse Leute glauben, wenn ich auch erst seit ein oder zwei Jahren politische Reden halte. Seit vielen Jahren gehöre ich der Partei an und ich habe den Grundsatz befolgt, mich nicht vorzudrängen, sondern zu warten, bis man mich ruft. Ich habe die Zeit ausgenutzt, um etwas zu lernen. Es muß ja auf jedem Parteitag irgend ein Sündenbock abgeschlachtet werden und ich bin ja heute in guter Gesellschaft, denn nachher wird ja noch Bebel nach allen Regeln des hergebrachten Ritus geschächtet werden. (Heiterkeit.) Wogegen ich mich aber wende, das ist der Versuch einer Legendenbildung in der Partei, die sich gestern zeigte in der Zusammenstellung Heine-Lütgenau. Ich bin ja bereit, mit gutem Humor mich als Prügelknaben für Bernstein und andere Leute beruhen zu lassen, aber ich möchte doch energisch Verwahrung dagegen einlegen, daß ich in bezug auf die Anwendung der Prügelstrafe mit Lütgenau übereinstimme. Es ist also eine recht irriote Unterstellung, oder eine recht große Unachtsamkeit gewesen, wenn man mich mit Lütgenau in einen Korb geworfen hat. Auf diese Art soll Antipathie erweckt werden. Auch bei der Behauptung von der Verschleierung der Endziele ist eine Legendenbildung aufgetreten; abgesehen von einem mecklenburger Flugblatt, wo davon gesprochen sein soll, daß auch in der zukünftigen Gesellschaft noch Partellenbesitz erhalten bleibt, ist auch nicht ein einziger Beweis dafür erbracht worden, daß Jemand das Endziel verschleierte, am wenigsten ist der Beweis von mir erbracht worden. Ich habe hier einige meiner Flugblätter, in einem davon sind den Endzielen volle 49 Zeilen gewidmet; dagegen liegt mir hier ein viel kürzeres und darum besseres Flugblatt

von Singer vor, worin auch nicht ein Wort von der zukünftigen Gesellschaft steht. Ich erblicke darin keinen Vorwurf, Jeder kämpft nach seiner Art.

Die Genossin Luxemburg hat eine große Rede gegen mich gehalten, die von Vollmar bereits genügend charakterisiert ist; neu war das, was sie gesagt hat, ebensowenig wie das, was ich gesagt habe. Der Unterschied ist nur der, daß ich gesagt habe: was ich vorbringe, um Stadhagen's Ansicht zu widerlegen, sind alle Kamellen, während sich Rosa Luxemburg mit dem Nimbus einer neuen Weisheit umgeben hat. Frau Zetkin hat es sich ebenfalls nicht nehmen lassen, in meiner Legendenfabrik gegen mich zu spinnen, indem sie behauptet, ich hätte mich in meiner Broschüre für die Taktik der französischen Possibilisten erklärt. Davon habe ich kein Wort geschrieben, und Genossin Zetkin hat sich auch heute früh bei mir entschuldigt und zugegeben, daß sie sich geirrt hat. In der Broschüre stand nämlich genau das Gegenteil. Ich hob in der Broschüre ganz ausdrücklich hervor, daß, wenn ich von Possibilismus spreche, ich nicht an die bekannte Sekte in Frankreich und deren Taktik denke. Da sehen Sie, wie wichtig die ganze Polemik ist, wenn die Leute nicht einmal lesen können. (Weiterkeit.) Vielleicht wird Ihnen Genossin Zetkin nachher auseinandersetzen, daß das, was geschrieben ist, ganz gleichgültig ist und daß der innere Gehirngang maßgebend ist. Ja, wenn sie besser in meiner Seele lesen kann, als ich, so mag es gut sein. Ich weiß aber, daß ich durch meine Äußerungen das Gegenteil bewiesen habe. Nun hat Genossin Zetkin auch noch den entsetzlichen Fall Heine in die Debatte gezogen. Auch hier wieder handelt es sich um eine Legendenbildung. Es ist behauptet, ich hätte meine Kandidatur damit angepriesen, daß ich der Partei eine neue Politik, die Kompensationspolitik aufdrängen wollte. Das Gegenteil ist wahr. Wenn ich wirklich eine neue Politik einführen wollte, dann hätte ich sehr wohl gewünscht, daß erstens der Zeitpunkt unmittelbar vor der Wahl der ungeeignetste war und daß es zweitens sehr unangebracht war, wo ich zum ersten Mal auftrat, eine neue Taktik zu empfehlen. Als die Genossen mir die Kandidatur anboten, da sprach ich mit ihnen unter vier Augen, wie es ein gewissenhafter Mann soll, über meine Stellung zu gewissen Fragen. Ich sagte ihnen namentlich, daß mir die auf dem letzten Parteitag gegen Auer und Schippel gerichteten Angriffe sehr unympatisch sind, und ich hat sie, sich zu überlegen, ob ihnen nicht ein anderer Kandidat genehmer wäre. Trotzdem haben sie sich für mich entschieden. In meiner Wahlrede sagte ich kein Wort davon. Da legte mir einer von denen, die einen anderen Kandidaten wünschten, Fragen über diesen und sechs andere Punkte vor, wie ich zur Religion sehe, und andere Ungezogenheiten. Als ehrlicher Mann mußte ich ehrlich darauf antworten, und ich sagte, ich habe über eine gewisse Frage eine abweichende Meinung, aber in bezug auf praktische Politik stehe ich ganz auf dem Standpunkte, den die Partei bisher eingenommen hat. Ich bin in Wahrheit der, der auf dem alten Standpunkte steht, während diejenigen, die sich darüber beschwerten, diejenigen sind, die eine neue, mit der bisherigen Praxis in Widerspruch stehende Politik der Strafe einführen wollen. Ich bin geneigt, mich und Alle, die praktische Politik treiben wollen, für weit radikaler zu halten, als die, welche den dünnen Raffee ihrer Ausführungen mit recht viel revolutionärem Zucker zu versüßen suchen. Auf den Artikel in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ antworte ich nicht und werde ich nicht antworten. Vollmar und Gradnauer haben mich ja in Schutz genommen. Ich danke ihnen dafür, aber mir persönlich verbietet meine Würde, auf derartige verdächtigende Angriffe zu erwidern. Nun sagt zwar die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“, ich hätte durch mein Schweigen Alles zugegeben. Ich habe nichts zugegeben, es lohnt mir nicht, darauf zu antworten. Und nun bitte ich, richten Sie über die Sache, ich habe ein bißchen Still mitgebracht. Ich wußte, was mir bevorstand; ich habe das christliche Streben, der Partei zu

dienen und habe das bewiesen in Berlin. Die Genossen haben mich trotz meiner hochverrätherischen Äußerung aufgestellt und ich habe mit ihnen gemeinsam in erstem, tüchtigen Kampfe diesen höchst gefährdeten Wahlkreis gehalten trotz der Knüppel, die uns die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ und ihre Freunde mitten im Wahlkampf zwischen die Beine geworfen haben. (Sehr richtig!) Meinemwegen nennen Sie uns Verräther. Wenn das aber kein Verrath war, uns mitten im Wahlkampf in den Rücken zu fallen, dann giebt es keinen Verrath. Und nun mögen die beiden Pargen Zetkin und Luxemburg ihre Fäden weiter spinnen. Es ist nichts so fein gesponnen, alles kommt ans Licht der Sonnen, und die Sonne des Tages vertragen diese Spinweben nicht. (Lebhafter Beifall.)

Ein Schlußantrag, der von Weyl befürwortet, von Frau Zetkin belächelt wird, wird angenommen.

Frau Zetkin (persönlich): Ich will dem „nichtsinnigen Gerede“, das mir vorgeworfen ist, noch hinzufügen, daß ich mich bei Herrn Rechtsanwalt Heine nicht entschuldigt habe, sondern daß ich ihm erklärt habe, daß formell in seiner Broschüre nicht steht, wir sollen die französischen Possibilisten nachahmen, daß aber nach meiner festen Überzeugung der ganze Sinn seiner Ausführungen ist, wir sollten dieselbe Taktik befolgen.

Für diesen Theil des Vorstandsberichtes erhält das Schlußwort Auer: In der Debatte sind ja mancherlei Streiffragen erörtert worden, die für uns von größtem Interesse waren, aber mit dem eigentlichen Gegenstand nicht in unmittelbarer Beziehung standen. Als Referent aber muß ich zunächst auf die Reichstagswahlen zurückkommen und auf die Kritik, die in der Debatte an der Thätigkeit des Partei-Vorstandes geübt worden ist. Genosse Zubeil hat behauptet, ich hätte die Berliner Genossen angegriffen. Das hat mir absolut ferngelegen. Ich habe mich nur gegen die Äußerung eines Berliner Genossen in einer Berliner Versammlung über den Antrag betreffs der Buchhandlung gewandt. Die Berliner Genossen werden doch nicht für jede Dummheit, die in irgend einer Versammlung gesprochen wird, die Verantwortung übernehmen wollen. (Weiterkeit.) Ich habe die Äußerung der Berliner Genossen nur als typisch für gewisse in der Partei überhaupt vorhandene Ansichten angeführt. Dann sind andere Einwürfe gegen mich erfolgt. Es ist darüber geklagt worden, daß ich bei der Stichwahl im Wahlkreise Wittenberg-Schweidnitz das Viso per Draht gegeben habe, für den Kandidaten der freisinnigen Vereinigung gegen den konservativen Kandidaten einzutreten. Das habe ich gethan und solche Anweisungen noch nach verschiedenen anderen Wahlkreisen geschickt. Ich glaube aber, damit in direkter Ausführung des Hamburger Beschlusses (Antrag von Behel und Amendement Kasenstein) gehandelt zu haben, der unser Verhalten für die Stichwahlen festlegte und unser Eintreten für einen Kandidaten davon abhängig machte, daß diese gewisse Voraussetzungen erfüllen. Im Wittenberger Kreise kandidirte der Konservative v. Leipziger, ihm gegenüber stand der Kandidat der freisinnigen Vereinigung, Herr Siemens, dessen Liberalismus allerdings frei von jeder radikalen Anwendung ist. Besser als Herr v. Leipziger aber war Siemens unter allen Umständen. Meine übrigen Kollegen vom Vorstand waren an Agitation. Ich mußte selbständig handeln und übernehme auch in vollem Umfange die Verantwortung. Genosse Rohrlack hat mir deswegen schwere Vorwürfe gemacht. Ich suchte mich zu verteidigen, glaube aber nicht, daß ich Rohrlack überzeugt habe. (Weiterkeit.) Rohrlack war besonders deshalb gegen die Unterstützung von Siemens, weil dieser sich geweigert hatte, in der Erklärung die Bestimmung § zu unterschreiben, worin er gegen jede Vermehrung des stehenden Heeres und der Marine zu stimmen versprochen sollte. Ich lasse dahinstehen, ob diese Weigerung nicht unter Umständen auch für mich ein genügender Grund gewesen wäre, den Wortlaut der Depesche anders zu fassen, aber von

glaubt, es geht nicht so rasch. Ich gehöre zu den Bedächtigen, aber ich bin auch mit den Radikalen immer noch ans Ziel gekommen, habe Einzelne sogar noch um eine Nasenlänge geschlagen. Es ist Manchem schon die Nase ausgegangen, der sich gar zu sehr überstürzen wollte. (Heiterkeit und Beifall.) Aber daran müssen wir uns eben gewöhnen, daß Temperamentunterschiede bestehen und auch solche Meinungen unterlaufen, und vor Allem muß die Form eine etwas freundlichere sein. (Sehr wahr!) Es ist ja genug gesagt worden über die Gewohnheiten, die sich in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ eingebürgert haben und die arme Genossin Rosa Luxemburg (Heiterkeit), die viel Prügel bekommen hat, hat sie nicht verdient; sie ist nur der Prügelknabe gewesen für einen Anderen, den wir nicht prügeln konnten, weil er sich nicht vertheidigen kann. (Barvus ruft: Warten Sie ab.) Preis- und Redefreiheit wird unmöglich, wenn man einen Ton anschlägt, der es einem Anderen unmöglich macht, darauf noch zu antworten. (Sehr richtig!) Und auch diese ironischen Redewendungen! Der Herr Reichstags-Abgeordnete! Seit wann ist es denn ein Verbrechen, Reichstags-Abgeordneter zu sein? Ich bin es seit 21 Jahren. Ein Vergnügen ist es nicht, aber eine Schande ist es doch auch nicht. (Heiterkeit.) Ich habe immer die Empfindung, daß ein Theil Derjenigen, die so ganz giftig über die Reichstags-Abgeordneten herfallen, eigentlich dieses Amt so sehr überschätzen, daß Sie sich immer ärgern, daß sie es noch nicht geworden sind. (Große Heiterkeit.) Und dann weiter: Rechtsanwalt! Es ist ja ganz richtig, Bauern sprechen in der Regel nicht schön von den Advokaten, aber wir sind doch keine Bauern, wir sollten uns im Gegentheil freuen, daß wir Rechtsanwältinnen unter uns haben, und der Genosse Heine ist schon Manchem nützlich geworden, dadurch, daß er Rechtsanwalt ist. (Sehr wahr!) Also derartige Auslassungen sollten wir lassen; wohin soll es führen, wenn wir solche Reden hören von Vertreterinnen des Geschlechts, das angeblich das unterdrückte ist. (Heiterkeit.) Ich bin ja kein großer Schwärmer nach dieser Richtung hin, dafür bin ich bekannt (Heiterkeit), aber als ich die Genossin Zeitlin gestern ihre Angriffe so herunterschmettern hörte (große Heiterkeit), da habe ich mir doch gesagt: und das ist das unterdrückte Geschlecht! (Große Heiterkeit.) Was soll da erst einmal werden, wenn das frei und gleichberechtigt ist! (Stürmische Heiterkeit.) Dabei ist der Genosse Heine noch ein schöner junger Mann. (Stürmische Heiterkeit.) Wie wird es erst uns alten Kraxlern ergehen! Wo solche Debatten entstehen, entspringen sie der Angst, wir könnten von der rechten Seite abweichen. Ich fürchte, daß bei Manchem diese Angst entsteht, weil er in sich selbst nicht gefestigt ist. (Lebhafte Heiterkeit und Zustimmung.) Festigen Sie sich in sich und dann brauchen Sie nicht zu fürchten, daß wir versumpfen werden. (Stürmischer Beifall.)

Es folgt die Diskussion des Abschnitts des Geschäftsberichts Presse. Seyferth-Beipzig beschwert sich über die Haltung des „Vorwärts“ zu dem Streit in der Buchdrucker-Organisation. Die ausgeschlossenen Gegner der Lärzgemeinschaft sind bewährte Parteigenossen, die der „Vorwärts“ anders hätte behandeln sollen. Berichte von unserer Seite sind verkürzt, verspätet oder gänzlich vom „Vorwärts“ abgedruckt worden.

Frau Zeitlin: Ich schide voraus, daß ich nicht als „unterdrücktes Geschlecht“, sondern als Parteigenossin spreche. Genosse Gradnauer ist vorhin gewissermaßen in der Rolle eines Hofbeschwichigungsrates aufgetreten und hat sich darüber beschwert, daß der Heißhunger nach Diskussionen seit dem Fall des Sozialistengesetzes nachgelassen hat. Zum Schluß aber hat er sich darüber beklagt, daß es zu viel Diskussionen gibt und die Presse gefeiert, weil sie nicht auf jede Anregung zur Erörterung wichtiger Fragen eingeht. Ich bin im Gegentheil der Ansicht, daß unsere Presse gerade nach der Richtung der Diskussion grundsätzlicher und tatsächlicher Fragen weit

mehr thun sollte, als sie bisher gethan hat. Daß verschiedene Meinungen auftauchen, ist kein Unglück, das wird auch Niemand von uns als ein Zeichen der Versumpfung auffassen, sondern als ein Zeichen der Lebenskraft und Fortentwicklung der Partei. Bedenklich ist nur, daß man die Verschiedenheit der Meinungen in Abrede zu stellen sucht, daß man sie nicht in genügender Breite in der Öffentlichkeit diskutiert, und daß man behauptet, alle Meinungsverschiedenheiten seien nur Sache des Temperaments, das mehr oder weniger häufigen Gebrauchs bestimmter Worte. Es sind Fragen aufgetaucht, die in unserer Presse eine eingehendere Erörterung verdient hätten, vor allem die von Bernstein angeregte Frage über das Endziel. Bernstein hat sich unstreitig ein hohes Verdienst dadurch erworben, daß er eine Reihe von Problemen angeschnitten hat, die eingehender wissenschaftlicher Erörterung bedürfen. Aber er hat auch die bekannte Aeußerung betreffs der niedrigen Werthung unseres Endziels gethan: Das Ziel ist mir nichts, die Bewegung ist mir alles. Und das am Vorabend des Wahlkampfes. Es zeigt, wie weit Bernstein dem deutschen Parteileben entfremdet ist, wie er in dem Augenblick, wo wir uns anscheiden, in den Wahlkampf zu ziehen, einen solchen Artikel veröffentlicht. Bernstein's Auffassung nach wird allmählig durch die gewerkschaftliche und gesetzliche Kontrolle des kapitalistischen Eigentums dies so weit eingeschränkt, daß eines schönen Morgens dem Kapitalisten selbst die Lust am Besitze vergangen ist, weil sein Eigentum gleichsam nur noch als Rechtsfiktion weiterbesteht. Diese Auffassung kann uns nicht gleichgültig sein, denn wenn wir den Standpunkt Bernstein's theilen, so müßten wir das Schwergewicht legen nicht auf die Eroberung der politischen Macht in der kapitalistischen Gesellschaft, sondern auf die Erreichung einzelner kleiner sozialer Reformen, durch die nach Meinung Bernstein's die sozialistische Gesellschaft vorbereitet wird, so daß wir da ein Stückchen sozialistischen Zukunftsstaats bekommen, dort ein Stückchen, die wir sozusagen nur zusammenzuflicken haben. Mich hat es gewundert, daß diese grundsätzliche ganz neue Auffassungsweise bis heute noch nicht in aller Gründlichkeit in der „Neuen Zeit“ selbst erörtert worden ist, und daß diese abweichende Meinung veröffentlicht wurde, ohne daß wenigstens seitens der Redaktion in einer Fußnote Stellung dazu genommen ward; vielsach entstand die Ansicht, daß Bernstein in seinem Artikel den Standpunkt der Redaktion und der gesamten Partei vertreten habe.

Ich erhebe weiter den Vorwurf gegen das Zentralorgan, daß es angeschnitene Fragen nicht in genügender Weise erörtert. Früher hieß es, Genosse Liebknecht ist daran Schuld. Nun, in den vier Monaten, wo er in Charlottenburg gefesselt hat, konnte doch seine Person nicht das Hinderniß für die Haltung des „Vorwärts“ bilden, und was haben wir da gesehen? Die Haltung des „Vorwärts“ war die vollständige Haltlosigkeit, da kam jener Artikel über Krauttschou, wo der „Vorwärts“ unsere grundsätzliche Auffassung zur Frage der Kolonialpolitik mit Stillschweigen übergibt, dafür sich aber zu dem billigen Wächter-gern-Witz aufschwang, die deutsche Arbeiterklasse brauche doch nicht die Interessen der Mandschudynastie zu schützen. Wir haben ferner gesehen, daß die Ansichten des Genossen Heine nicht in derjenigen Weise im „Vorwärts“ erörtert wurden, wie sie hätten erörtert werden müssen. Denn was Heine gesagt hat, ist thatsächlich nicht etwa eine neue Taktik, das ist die Politik, die schon 1891 empfohlen ist unter der Devise: dem guten Willen die offene Hand! Wo hat denn die Regierung uns die offene Hand entgegen gestreckt? Die eiserne Faust hat sie uns entgegengehalten! Auf die praktische Arbeit weist Heine hin. Haben wir, die man radikal nennt, keine praktische Arbeit vollbracht? Als Heine lange noch nicht Genosse war, hat Schoenlank schon sehr wesentlich praktische Reformarbeit geleistet, nicht nur durch seine Artikel, sondern durch seine sehr verdienstvolle Arbeit über die Färthher Queck-

Fiber-Spiegelbelegungs-Arbeiter und ihre Lage. Heine meint, daß die praktische Arbeit gelegentlich auch auf dem Wege des Kompromisses geschehen kann; wir aber wollen unsere Forderungen auf dem Wege des Kampfes gegen den Kapitalistenstaat durchsetzen. Damit ist nicht zu verwechseln, daß wir auch die kleinste Abschlagszahlung annehmen, sobald sie unseren Forderungen entspricht. Wir wissen, daß wir die praktischen Forderungen nur Stückweise verwirklichen können, aber wir wissen, daß wir diese Stückweisen Konfessionen nicht erringen durch die Einsicht der Regierungen von oben, sondern durch den Kampf von unten gegen oben. Wenn man uns hier sagt, das ist die Taktik der Phrase, so antworte ich, man erklärt hier, die revolutionäre Phrase bekämpfen zu wollen, was man aber thut, ist, daß man den ausgiebigsten Gebrauch macht von der opportunistischen Phrase. Zu diesen Tendenzen sollte die Parteipresse schärfer Stellung nehmen als bisher. Ganz besonders gilt dies vom „Vorwärts“, der sich um die Diskussion einer ganzen Reihe wichtiger Parteifragen in scheuer Verlegenheit herumdrückt. Für uns kann es sich nicht darum handeln, zu verschweigen, sondern Klärung zu schaffen und alle auftauchenden Meinungen zur Erörterung zu bringen. Nur so werden wir weiter und weiter vorwärts schreiten. (Beifall.)

Stadthagen: Ich setze voraus, daß die Genossen, deren Thätigkeit heute angegriffen ist, den besten Willen haben, und von den Redakteuren des „Vorwärts“ weiß ich, daß sie bestrebt sind, das Beste zu leisten. Das kann mich aber nicht abhalten, die Thätigkeit des „Vorwärts“ zu kritisieren als eine solche, wie sie für Berlin und die Partei nicht geeignet ist. Es ist ja ein böses Ding, am „Vorwärts“ Kritik zu üben, weil da bald auf seine Eigenschaft als Zentralorgan, bald auf die eines Sozialblattes verwiesen wird. Mir liegt es ferne, irgend eine Person anzugreifen, aber wenn die Genossen Denjenigen, die eine andere Ansicht vertreten, immer jurufen, sie sollen nicht mit Phrasen um sich werfen, so möchte ich fragen, womit werft Ihr denn um Euch? Gott sei Dank ist der Wagen der Partei noch gut genug, um Eure Phrasen ertragen zu können. Der hier angeschlagene Ton ist nicht ein solcher, wie er unter Genossen üblich sein sollte, selbst wenn der Sprecher zufällig weiblichen Geschlechts ist. Den Vorwurf des Genossen Hendrich, daß ich nur Gemeinplätze sage, nehme ich gern auf mich. Ich würde mich nur freuen, wenn die angeblichen Gemeinplätze der Genossin Luxemburg bei ihm allmählig so fest werden, daß es wirkliche Gemeinplätze für ihn und seine Leser sind. Der springende Punkt ist der, daß wir die Zeitungen nicht schreiben für uns, die wir mitten in der Partei stehen, sondern wir müssen besonderen Wert auf die agitatorische Kraft legen, und in dieser Hinsicht erfüllt das Zentralorgan seine Aufgabe nicht. Ich sagte gehern scherzhaft, daß unsere Fortschritte da am bedeutendsten sind, wo wir keine Presse haben. Das hat ein Genosse ernst genommen. Thatsächlich haben wir ja auch in Ostpreußen, in einem Theile von Brandenburg und in Oberschlesien, wo wir große Erfolge errungen haben, nur eine wenig verbreitete Presse. In Mecklenburg, da hat unsere Presse lebendige agitatorische Kraft. Wir brauchen durchaus nicht etwa alle Tage unser Programm zu veröffentlichen. Wohl aber sollten wir jedesmal, antwortend auf konkrete Vorgänge, auf unsere Ziele hinweisen. Mir aber würde in einem Artikel über die Leutenoth im „Vorwärts“ gerade die Bemerkung gestrichen, daß die Leutenoth endgiltig nur abgestellt werden kann in einem sozialistischen Gemeinwesen. Gerade solche Hinweise auf unsere Ziele im Anschluß an aktuelle Fragen können uns neue Reiben von Proletariern erschließen. Warum hat der „Vorwärts“ nicht schon früher über das Koalitionsrecht und den Arbeiterschutz ausführliche Artikel gebracht? Das wäre weit wichtiger, als ein Artikel über irgend welche Weltpolitik. Gerade die Fragen, die den Arbeiter angehen, die mit seinen wirtschaftlichen Verhältnissen in enger Verbindung stehen, sollten mehr in den Vordergrund treten.

Bei der Frage der Landtagswahl hat der „Vorwärts“ auch nicht befriedigt. Man kann Gegner oder Anhänger der Beihiligung sein, aber das muß man verlangen, daß ehrlich diskutiert wird. Wenn z. B. in einem Artikel vom 17. September gesagt ist, daß die Zuchthausvorlage auch vom preussischen Landtage angenommen werden kann, so ist das entweder Unwissenheit oder Demagogie.

Singer: Ich lege Verwahrung dagegen ein, daß der Redner gegen Genossen, die sich hier nicht verteidigen können, den Vorwurf der Demagogie erhebt.

Stadthagen: Dann bleibt nur die erste Möglichkeit übrig. Der „Vorwärts“ muß ein Organ werden, das agitatorisch wirkt. Wir müssen die Köpfe revolutionären, die uns noch nicht angehören. Davin, daß es ein Fehler war, daß der „Vorwärts“ nicht kurz vor der Wahl die Bernstein'schen Artikel debattirt hat, kann ich der Genossin Jettin nicht beistimmen. Es war richtig, daß die Redaktion derartige Fragen vor der Wahl beiseite schiebt. Darauf aber müssen wir achten, daß das Zentralorgan ein werbendes Organ wird, daß die Indifferenten zu Sozialisten macht.

Mit Zustimmung des Parteitag's erteilt **Singer** hierauf dem Genossen **Parvus**, obgleich er kein Mandat hat, das Wort.

Parvus: Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ und speziell meine Person ist bereits in die Debatte hineingezogen worden, noch bevor der Punkt Presse auf der Tagesordnung stand, so groß war das Bedürfnis, hier ein Inquisitionsgericht abzuhalten, und zwar gerade in jenen Kreisen, die sich selbst dagegen verwahren, daß hier ein Rehergericht abgehalten werden soll. Stadnauer, der früher selbst Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ war, hat sie am stärksten angegriffen. Ich weiß nicht recht, wie er sich die Parteidiskussion vorstellt; einmal sagt er, Diskussionen in der Partei sind unbedingt notwendig, auf ihre geringe Verbreitung führt er sogar das unbefriedigende Resultat der Reichstagswahlen zurück, und dann sagt er: Parteidiskussionen schaden. Parteidiskussionen müssen sein, wo Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind. Daß sie einen persönlich gehässigen Charakter tragen, bedauere auch ich; ich bezweifle aber, daß in einer Partei, in der man eine Sache ernst nimmt, es zu vermeiden ist, daß mitunter Ausdrücke unterlaufen, die den Angegriffenen nicht angenehm sind, besonders wenn man sich als den schwächeren Theil fühlt. Es ist sehr seltsam, daß gerade solche als Vertreter der höflichen Form in der Parteiliteratur aufgetreten sind, die sich gelegentlich durch ihr Temperament zu einem ganz anderen Verhalten haben hinreißten lassen, z. B. Auer. Zu verwerfen ist eine Parteidiskussion nur in dem Falle, wenn ein Streit ohne sachliche Veranlassung vom Zaune gebrochen wird. Man müßte aber beweisen, daß das in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ geschehen ist. Heine hat sich bezüglich seiner abweichenden Meinung nicht ganz klar ausgedrückt. Seine Auslassungen über die do ut des- (gieb, damit Dir auch wieder gegeben werde) Politik machen ja einen harmlosen Eindruck, weil in diesem Augenblick ein Entgegenkommen der Regierung einfach undenkbar ist und eine solche Politik als utopisch erscheinen muß. Dieses brutale Verhalten der Regierung tritt aber nicht in jedem kapitalistischen Staate zu Tage: Wir sehen in England eine andere Taktik, und in dem Moment, wo man auch in Deutschland zu der Einsicht kommt, daß man die sozialdemokratische Bewegung nicht mit Zuchthausmitteln bekämpfen kann, daß man es hier mit einem Produkt der ökonomischen Entwicklung zu thun hat, in dem Moment wird die Heine'sche Idee gefährlich. Die Entwicklung wird dazu führen, daß man ein parlamentarisches Auskommen mit der Sozialdemokratie sucht, und dann werden die Ideen, die Heine jetzt schüchtern auspricht, praktisch werden. Wir sollen doch aus der Erfahrung lernen, aus England und aus Frankreich mit dem Possibilismus, und solche Ideen im Keime ersticken. Das ist durchaus

keine neue Taktik, die ich Ihnen empfehlen möchte. Vollmar sagt: seht her, wie schön hat sich die Partei zu ihrer Stärke hinaufgeschwumpft! Er hat nur vergessen, daß seine Vorschläge zur Taktik, die er 1891 machte, von der Partei mit großer Mehrheit abgelehnt wurden; also sie hat sich hinaufgeschwumpft gegen die Taktik Vollmar's, und so muß es auch in Zukunft sein. Vollmar hat das Wespenst des Blanquismus vorgeführt, aber das sind doch Dinge, über die wir längst hinaus sind, wir wissen wohl, daß wir praktische Arbeit zu leisten haben. Als die Partei noch klein war, hatte sie keine Möglichkeit, große praktische Politik zu treiben, da hat sie sich auf das Dogmatische konzentriert, mit ihrer Macht und Größe erhöht sich auch die Möglichkeit praktischer Arbeit; aber desto schwieriger ist es auch, diese äußerst mannigfaltige politische Thätigkeit von dem Grundsatz unseres sozialrevolutionären Programms aus zusammenzufassen und zu leiten. Wie überwinden wir diese Schwierigkeiten? Dadurch, daß wir uns stets Klarheit schaffen über die Situation, in der wir uns befinden, über die Aufgaben, die wir zu erfüllen, über das Ziel, das wir uns gesetzt haben. Das kann nur durch Parteidiskussion geschehen. 1890 hat die Partei in richtiger Erkenntnis der Schwierigkeit ihrer Aufgabe der Presse eine größere Aufmerksamkeit gewidmet, sie hat den „Vorwärts“ zum Zentralorgan gemacht und die „Neue Zeit“ zum Wochenblatt als die wissenschaftliche Revue der Partei, die ihre Aufgaben und Ziele theoretisch zusammenfassen soll. Und wohin sind wir jetzt gelangt? Von allen Seiten wird Klage erhoben, daß der „Vorwärts“ kein leitendes Organ ist, und in dem wissenschaftlichen Parteiorgan stellt sich ein leitender Redakteur in direkten Gegensatz zu den Grundsätzen nicht nur des wissenschaftlichen Sozialismus, ja selbst unseres Parteiprogramms, und es findet sich Niemand innerhalb der Redaktion, der dagegen Verwahrung einlegt. Ich bin keineswegs der Meinung, daß der Partei jetzt größere Gefahren drohen als je; im Gegenteil. Die Bewegung ist immer mehr theoretisch gereift, aber das enthebt uns nicht der Notwendigkeit, immer und immer wieder Kritik anzulegen und darauf zu sehen, daß der Weg der uns bisher von Sieg zu Sieg geführt hat, eingehalten wird, und in dem Sinne bitte ich Sie, die Parteidiskussionen nicht aufhören zu lassen und für ein leitendes Organ und eine wissenschaftliche Revue zu sorgen, die für die Einhaltung unseres Prinzips und Programms sorgt. Unser Programm ist nichts Zufälliges, kein Papierfetzen, sondern es ist das Ergebnis des Jahrhunderts der Geschichte des proletarischen Klassenkampfes, und dieses Ergebnis ist eine politische Tatsache, die sich weder wegstreichen, noch hinwegschwächen läßt. Die weitere Diskussion wird abgebrochen.

Singer theilt das Ergebnis der Wahl der Kommission für die Frage der Beteiligung an den Landtagswahlen mit. Abgegeben wurden 233 Stimmzettel. Davon waren 9 ungültig, weil mit mehr als 15 Stimmen beschrieben, bleiben somit gültige Stimmen 224. Gewählt sind Bebel mit 208, Liebknecht mit 157, Bruns mit 154, Auer mit 146, Heine-Berlin mit 140, Gottschalk-Königsberg i. Pr. mit 118, Meister mit 117, Kautsky mit 112, Brühne-Frankfurt a. M. mit 100, Herbert mit 98, Bod mit 91, Meiß-Rön mit 91, Schippel mit 91, Frau Jettin mit 85 und Stadthagen mit 83 Stimmen. 88 Stimmen erhielt auch Dr. Duard, gegen den das Loos entschied. Die übrigen Stimmen ersplitterten.

Singer bittet die Kommission, sich zu konstituieren und überweist ihr die auf die Landtagswahlen bezüglichen Anträge 16—27, Antrag 85 und alle sonst noch zu dieser Frage einlaufenden Anträge.

Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

8¹/₂ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Die Diskussion über Punkt Presse geht weiter.

Rosa Luxemburg: Vollmar hat es mir zum bitteren Vorwurf gemacht, daß ich als junger Rekrut in der Bewegung die alten Veteranen belehren will. Das ist nicht der Fall. Es wäre überflüssig, weil ich der festen Ueberzeugung bin, daß die Veteranen auf demselben Boden stehen wie ich. Es kommt hier überhaupt nicht darauf an, irgend Jemand zu belehren, sondern eine bestimmte Taktik zum klaren und unabweidigen Ausdruck zu bringen. Daß ich noch meine Spauletten in der deutschen Bewegung erst holen muß, weiß ich; ich will es aber auf dem linken Flügel thun, wo man mit dem Feinde kämpfen, und nicht auf dem rechten, wo man mit dem Feinde kompromittieren will. (Widerpruch.) Wenn aber Vollmar gegen meine sachlichen Ausführungen das Argument ins Feld führt: Du Selbstnabel, ich könnte ja Dein Großvater sein, so ist das für mich ein Beweis, daß er mit seinen logischen Gründen auf dem letzten Loche pfeift. (Lachen.) Thatsächlich hat er im Laufe seiner Ausführungen eine Reihe Neuerungen gethan, die im Munde eines Veteranen zum mindesten befremdend sind. Seinem niederschmetternden Ausspruch von Marx über den Arbeiterschutzes in England geradezu die Rettung der bürgerlichen Gesellschaft selbst bedeutete. Vollmar sagte ferner, es sei falsch, die gewerkschaftliche Bewegung nicht als sozialistische zu behandeln und verweise auf die Trades-Unionen. Ja, da denn Vollmar gar nichts von dem Unterschied zwischen dem alten und dem neuen Trades-Unionismus gehört? Weiß er nicht, daß die alten Trades-Unionisten ganz auf dem verstockten bürgerlichen Standpunkt stehen? Weiß er nicht, daß kein Anderer als Engels es war, der die Hoffnung ausgesprochen hat, jetzt werde in England die sozialistische Bewegung vorwärts schreiten, weil England auf dem Weltmarkt die Präponderanz verloren hat und im Zusammenhange damit die Trades-Unionen-Bewegung neue Bahnen betreten müsse. Den Blanquismus hat Vollmar als Schreckgespenst vorgeführt. Kennt er nicht den Unterschied zwischen Blanquismus und Sozialdemokratie? Weiß er nicht, daß bei den Blanquisten eine Hand voll von Emisariern im Namen der Arbeiterklasse, bei der Sozialdemokratie die Arbeiterklasse selbst die politische Macht erobern soll. Das ist ein Unterschied, den man nicht vergessen darf, wenn man ein Veteran der sozialdemokratischen Bewegung ist. Drittens hat er mir die Unterschiebung gemacht, daß ich für Gewaltmittel schwärme. Ich habe weder in meinen Ausführungen, noch in meinen Artikeln gegen Bernstein in der „Leipziger Volks-Zeitung“ den geringsten Anlaß dazu gegeben. Ich sehe gerade auf dem entgegengelegten Standpunkte und ich sage, das einzige Gewaltmittel, das uns zum Siege führen wird, ist die sozialistische Aufklärung der Arbeiterklasse im alltäglichen Kampfe. Meinen Ausführungen konnte man kein größeres Kompliment machen, als durch die Behauptung, daß sie etwas ganz Selbstverständliches seien. Gewiß muß das für einen Sozialdemokraten etwas Selbstverständliches sein, aber nicht für Alle hier auf dem Parteitag ist es etwas Selbstverständliches (Oh!), z. B. für Genossen Seine mit seiner Kompensationspolitik. Wie verhält sich diese mit der Eroberung der politischen Macht? Worin kann die Kompensationspolitik bestehen? Wir verlangen Stärkung der Volksrechte, demokratische Freiheiten, der kapitalistische Staat verlangt Stärkung seiner Machtmittel und Kanonen. Geseht den günstigsten Fall, daß das Tauschgeschäft von beiden Seiten ehrlich geschlossen und gehalten wird, so steht das, was wir erhalten, nur auf dem Papier. Schon Börne sagte: Ich raibe Niemandem, auf eine deutsche Konstitution eine Hypothek zu nehmen, denn alle deutschen Verfassungen gehören

zu den Mobilien, Konstitutionelle Freiheiten, wenn sie bleibenden Werth haben sollen, müssen durch Kampf, nicht durch Vertrag gewonnen werden. Was aber der kapitalistische Staat von uns eintauschen würde, das hat eine feste, brutale Grifflin. Die Kanonen, die Soldaten, die wir bewilligen, verschieben die objektiven materiellen Machtverhältnisse zu unseren Ungunsten. Es war aber kein Anderer als Lassalle, der sagte: „Die wahre Konstitution eines Landes besteht nicht in der geschriebenen Verfassung, sondern in seinen tatsächlichen Machtverhältnissen.“ Das Ergebnis der Kompensationspolitik ist also immer, daß wir die Verhältnisse zu unseren Gunsten bloß auf dem Papier, zu Gunsten der Gegner aber in der objektiven Wirklichkeit verschieben, daß wir unsere Position im Grunde genommen schwächen, diejenige des Gegners aber stärken. Ich frage, ob man von einem Menschen, der das vorschlägt, behaupten kann, daß er in erster Weise die Eroberung der politischen Macht erstrebt. Ich glaube, die Entrüstung, mit der Genosse Fendrich die Selbstverständlichkeit dieser Beschreibung betonte, war bloß irthümlich an mich adressirt, sie richtete sich im Grunde gegen Heine; sie war nur der Ausdruck des schroffen Gegensatzes, in den sich Heine zu dem proletarischen Gewissen unserer Partei gesetzt hat, als er von einer Konzeptionspolitik gegenüber dem kapitalistischen Staat zu sprechen wagte.

Dann die Aeußerung von Konrad Schmidt, daß die Anarchie der kapitalistischen Herrschaft durch gewerkschaftliche Kämpfe und derartige beseitigt werden könne. Wenn etwas zu dem Programmsatz von der Nothwendigkeit der Eroberung der politischen Macht Anlaß gegeben hat, so war es die Ueberzeugung, daß auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft für die Beseitigung der kapitalistischen Anarchie kein Kräutlein gewachsen. Jeden Tag wächst die Anarchie, die furchtbaren Leiden der Arbeiterklasse, die Unsicherheit der Grifflin, die Ausbeutung, der Abstand zwischen Arm und Reich. Kann man von Einem, der die Lösung durch kapitalistische Mittel herbeiführen will, behaupten, daß er die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse für nothwendig hält? Also auch hier richtet sich die Entrüstung Fendrich's und Vollmar's nicht gegen mich, sondern gegen Konrad Schmidt. Und dann die bewußte Aeußerung in der „Neuen Zeit“. „Das Endziel, was es immer sei, ist mir nichts, die Bewegung ist mir Alles!“ Auch wer das sagt, steht nicht auf dem Standpunkt der Nothwendigkeit der Eroberung der politischen Macht. Sie sehen, daß manche Parteigenossen nicht auf dem Standpunkt des Endziels unserer Bewegung stehen, und darum ist es nöthig, das zum klaren unzweideutigen Ausdruck zu bringen; und wenn es je nothwendig war, so gerade jetzt. Die Schläge der Reaktion lausen hagelbicht auf uns herab. Auf die neueste Rede des Kaisers muß die Antwort in der Debatte gegeben werden. Klipp und klar müssen wir sagen, wie der alte Cato: „Im Uebrigen bin ich der Meinung, daß dieser Staat zerstört werden muß“. Die Eroberung der politischen Macht bleibt das Endziel und das Endziel bleibt die Seele des Kampfes. Die Arbeiterklasse darf sich nicht auf den defakten Standpunkt des Philosophen stellen: „das Endziel ist mir nichts, die Bewegung ist mir Alles“; nein, umgekehrt: die Bewegung als solche ohne Beziehung auf das Endziel, die Bewegung als Selbstzweck ist mir nichts, das Endziel ist uns Alles. (Wesfall.)

Zieler-Halle: Nach dem Bericht des Partei-Vorstandes zählten unsere Parteiblätter insgesammt 390 000 Abonnenten. Das ist nur der fünfte bis sechste Theil unserer Reichstagswähler. An diesem verhältnismäßig geringen Abonnentenstande sind Ursachen mit Schuld, deren Beseitigung nicht in unserer Macht steht. Hierher gehören die Ansetzungen, denen die Leser unserer Blätter auf dem Lande und in kleinen Städten seitens der Behörden und Unternehmer ausgesetzt sind. Andere hindernde Ursachen können jedoch beseitigt werden. Wir werden da namentlich den redaktionellen Ausbau fördern müssen. Wer, wie ich selbst, zum Federwiech gehört, weiß, mit welchen unendlichen Schwierigkeiten die Parteiredaktionen zu kämpfen haben.

trotz der Ueberanstrengung der Parteiredakteure. Und dabei giebt es selber immer noch einzelne Parteigenossen, welche meinen, sie brauchen sich nur auf den Redaktionsstuhl zu setzen, um Redakteur zu sein. Das Redaktionsbudget fast sämtlicher Parteizeitungen mit Ausnahme von vielleicht einem halben Duzend, ist so gering bemessen, daß wir in Dreeschen, Verichten zc. nach anderer Richtung selbst mit manchem kleineren bürgerlichen Blatte nicht konkurriren können. Mit einer anderen Gruppe von Schwierigkeiten haben die Expeditionen zu kämpfen, die oft genug kleine Fiskalen wieder eingehen lassen müssen, weil von deren Verwaltern nicht abgerechnet wird. Manches läßt sich durch Wiederholung der Preiskonferenz, wie eine solche vor zwei Jahren stattfand, verbessern. Es ist sehr wünschenswerth, daß noch in diesem Jahre eine Preiskonferenz stattfindet. — Wenn der Partei-Vorstand in seinem Berichte sagt, die Parteiblätter beständen theilig die ihnen zugehenden „Vornachtk“-Abzüge, so muß doch gesagt werden, daß diese Abzüge in vielen Fällen auch den bescheidensten Ansprüchen nicht genügen. Wenn möglich, müssen die Abzüge mit späteren Zügen verbunden werden. — Bei den Preis-Unterstützungen ist zu moniren, daß die „Frankf. Volkstribüne“ mit 1800 Mk. unterstützt worden ist. Als vor zwei Jahren die Würzburger Genossen 1000 Mk. Unterstützung verlangten, um die letzten Schulden zu bezahlen, bewilligte der Partei-Vorstand nichts, und das Blatt mußte eingehen. Jetzt, wo es im Verlage des Genossen Oertel in Nürnberg als Kopfbblatt der „Frankf. Tagespost“ erscheint, sind 1800 Mk. Zuschuß bewilligt worden, das ist auffällig, und der Partei-Vorstand wird nicht umhin können, den Sachverhalt aufzuklären. — Werfen wir uns mit ganzer Kraft auf weitere Verbreitung unserer Parteipresse, räumen wir die übergroßen Schwierigkeiten aus dem Wege, mit denen die Parteiredaktionen zu kämpfen haben, und bedenken wir, daß die Zahl der Abonnenten unserer Parteiblätter ein weit sichererer Maßstab für die Ausbreitung des sozialistischen Gedankens ist, als die bloße Zunahme unserer Stimmen bei den Reichstagswahlen. Daß im vergangenen Jahre unsere Blätter 48 000 Abonnenten gewonnen haben, ist jedenfalls ein Beweis, daß seitens der Parteiredaktionen mit größtem Fleiße gearbeitet worden ist.

Frohne: Das Auftreten der Genossin Luremburg und des Genossen Parvus lassen deutlich erkennen, mit welchen Faktoren, welcher Geistesrichtung wir hier zu thun haben. Ich möchte Frau Zetkin ausnehmen; sie ist gewiß von den edelsten Absichten erfüllt, wenn sie sich auch auf einen falschen Weg hat fortziehen lassen. Diesen Milderungsgrund gewähre ich den Genossen Parvus und Genossin Luremburg nicht. Deren Auftreten hat auf mich den Eindruck gemacht, als komme es ihnen nur darauf an, ein bischen Brillantfeuerwerk zu machen . . .

Einger: Ich muß die Genossen doch dagegen verwahren, daß sie nur um ein Schauspiel aufzuführen, um zu täuschen, hier ihre Ausjührungen machen. Derartige Inimutationen sollten unterbleiben.

Frohne: Wenn ich mir vergegenwärtige, in welsch' unerhörter Weise Parvus gegen unsere besten, angesehensten, vernünftigsten Männer Wochen und Monate lang geeifert und gezeifert hat, dann muß man mir es zu gute halten, wenn ich gegen die parlamentarische Ordnung verstoße. Parvus sagte, es scheint ihm, hier werde ein Rezergericht abgehalten. Er ist der ärgste Rezergericht, er hat sich in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ in einer Art und Weise gegen die Aufgaben unserer Parteipresse verhalten, daß der Parteitag einmal entschieden dagegen Stellung nehmen sollte. Parteiblätter haben sein Verhalten Unfug und Vergehen genannt. Ich gebe ihnen voll Recht. Hat er nicht behauptet, daß Auer und Heine im Gegensatz zu der bisherigen Taktik Opportunismus, Schacherpolitik treiben wollten? Unsere Taktik ist die alte geblieben; sie hat uns groß gemacht. Mit radikal klingenden Phrasen, mit dem Heraushängen des rothen Lappens erobert man keine politische Macht. (Sehr richtig!)

Den wirtschaftlich Nothleidenden zu helfen, darauf hat unsere Taktik Rücksicht zu nehmen. Genossin Luxemburg sprach von einem linken Flügel, der kämpft, und von einem rechten, der mit dem Feinde schachert. Ja, wo ist denn auch nur das leiseste Anzeichen für solches Schachern? Luxemburg spricht wie eine Göttin aus den Wolken und wirft mit bestechenden Phrasen um sich, ohne den leisesten Beweis anzutreten. Ich wollte gerne sehen, wie Parvus und Luxemburg mit den Theorien, die sie hier vertreten haben, auch nur einen einzigen Wahlkreis erobern könnten, und das ist zur Eroberung der politischen Macht doch nöthig. Mögen die Weiden hinter den grünen Tischen bleiben und wissenschaftliche Prinzipien erörtern und klären. Uns aber, die wir den Kampf zu führen haben und die Verantwortung zu tragen haben, vor Mit- und Nachwelt, uns überlassen Sie die Feststellung der Taktik! (Beifall.)

Graduaner: Genosse Bebel sagte gestern, der „Vorwärts“ habe vor der Wahl eine zu große Zuversicht zur Schau getragen. Ich möchte demgegenüber, wenn auch etwas Nichtiges an dieser Meinung ist, darauf hinweisen, daß der „Vorwärts“ doch auch häufig eindringlich die Genossen gewarnt hat, nicht zu siegeszuversichtlich zu sein. Und warum hat uns denn Bebel, wenn er dieser Ansicht ist, keinen Wink gegeben, er weiß ja, wie gern die Redakteure des „Vorwärts“ bereit sind, seinem Rathe zu folgen. Ueber die Angriffe der Genossin Zetkin habe ich mich eines äußerlichen Grundes wegen sehr gewundert; sie ist bekanntlich Mitglied der Parleitung und kommt alle Jahre in dieser Eigenschaft mehrere Male nach Berlin, wo sie Gelegenheit hat, Uebelstände, die sie wahrnimmt, zur Sprache zu bringen und Mittel und Wege zur Abhilfe vorzuschlagen. Meines Wissens hat sie das nicht gethan, und ich möchte beinahe sagen, daß das eine Unterlassungssünde ist. Vielleicht wäre schon Abhilfe geschaffen oder doch eine Einigung erzielt, wenn sie ihre Ausstellungen im engeren Kreise vorgebracht hätte. Sie sagt weiter, früher habe man die Mängel des „Vorwärts“ den Genossen Liebknecht zugeschrieben, aber als Liebknecht nicht da war, war der „Vorwärts“ ganz haltlos. Nun, ich habe niemals auf dem Standpunkt gestanden, daß Liebknecht an den Uebelständen im „Vorwärts“ schuld ist. Es ist eine Thorheit, das zu behaupten, aber ebenso thöricht ist es, irgend eine andere einzelne Person in dieser Weise anzugreifen. Die Mißstände liegen nicht an einzelnen Personen, sondern sie liegen tiefer begründet, in einer Fülle von Schwierigkeiten, denen das Zentralorgan unterworfen ist. Einerseits wurde der „Vorwärts“ getadelt, daß er in agitatorischer Beziehung nicht lebendig genug sei. Ja, verehrte Parteigenossen, in dieser Beziehung könnte wohl manches besser sein, das gebe ich ohne Weiteres zu, ich glaube, daß im „Vorwärts“ hier und da mancher Artikel anders geschrieben sein könnte, aber deswegen so zu verallgemeinern, wie Genosse Stadthagen gethan hat, das halte ich für falsch. Wir haben doch im „Vorwärts“ die ausgezeichneten, in der ganzen Parteipresse unübertroffenen agitatorischen Artikel von Liebknecht. Stadthagen mag uns doch die Leute zeigen, die noch packender schreiben können. Wir sind doch nicht alle Liebknechts. Ähnlich steht es mit dem Vorwurf, daß wir die Endziele nicht besonders betont haben. Das muß ich entschieden bestritten, wir haben bei allen möglichen Gelegenheiten, hauptsächlich bei Betrachtungen über Mittelstandsbewegungen, über sozialreformistische bürgerliche Bewegungen unsere Endziele, auch im Wahlkampfe, vorgebracht. Stadthagen mußte mit ganz anderen Beweisen aufwarten. Was ist denn eigentlich das Ideal von Stadthagen, wie möchte er den „Vorwärts“ redigirt haben? Stadthagen hat ja selbst während der Wahl eine Zeitung herausgegeben, die in einigen Kreisen der Provinz Brandenburg verbreitet wurde. Mir liegt es fern, zu sagen, daß diese Zeitung nicht gut war, aber wenn der „Vorwärts“ ebenso redigirt würde, wie der „Wähler“ von Stadthagen, so würden sicherlich ebenso viel Kritiker kommen. (Stuf: Noch mehr!) Ich habe Stadthagen unter vier Augen gefragt, wie er denn eigentlich das Blatt haben will, und da sagte er, ich

denke mir es so, wie das Hamburger „Echo“. Ich schätze das Hamburger „Echo“ ganz außerordentlich, es ist ein vorzüglich geleitetes Parteiorgan, aber so himmelweit unterscheidet es sich in Sprache und Agitation nicht vom „Vorwärts“. All das veranlaßt mich, die Vorwürfe von Stadthagen für unbegründet zu halten.

Genossin Zetkin meinte, daß der „Vorwärts“ zu wichtigen Parteifragen nicht Stellung genommen habe, ich bin durchaus der Ansicht, daß das Zentralorgan zu wichtigen Fragen Stellung nehmen muß, aber hier liegt gerade die allergrößte Schwierigkeit vor. In der Provinzpresse kann jeder Einzelne sich nach seiner Individualität hinsetzen und loschreiben, da hat es nicht so viel zu sagen, wenn einmal ein Fehler vorkommt. Ganz anders im Zentralorgan. Die gegnerische Presse schnappt jede Kleinigkeit auf und bauscht alles zur Staatsaktion auf. Dazu kommt die Doppelseigenschaft des Blattes als Zentralorgan und Lokalorgan. Denken Sie doch z. B. an die preussischen Landtagswahlen! Es ist unsere Pflicht, mit den Berliner Genossen auf gutem Fuße zu leben. Die Berliner, die durch die Eigenschaft des „Vorwärts“ als Zentralorgan außerordentlich benachtheiligt sind, stellten sich auf einen anderen Standpunkt als der Hamburger Parteitag. Was sollten wir thun? Wir mußten den Hamburger Beschluß ausführen, und damit waren die Berliner Genossen nicht sehr zufrieden. Es bleibt uns also in solchen Fällen nichts übrig, als unsere Kampfesfreude etwas zu zügeln. Bei der Gelegenheit noch eine kleine Abschweifung. Stadthagen hat erklärt, daß wir in diesem Kampfe das Koalitionsrecht vollständig falsch behandelt haben, und er hat von Unwissenheit oder Demagogie gesprochen. Die Sache verhielt sich so, daß eine Notiz im „Vorwärts“ erschien, in welcher Zitate aus Herrenhausreden von Dr. Giese und Freiherrn v. Stumm wiedergegeben waren, die sich dahin geäußert haben, daß sie durch die lex Neefe die Streikmöglichkeit den Arbeitern nehmen wollen, und es war daran die Bemerkung geknüpft, daß ein solcher Versuch von Neuem gemacht werden könnte. Stadthagen ist doch ein sehr findiger Jurist, er sollte doch nicht so schlecht denken von den preussischen Geheimräthen, daß er ihnen nicht zutraut, sie könnten auch einmal den Versuch machen, über die Reichs-Gewerbe-Ordnung hinweg durch den preussischen Landtag das Koalitionsrecht zu nehmen.

Weiter macht die Genossin Zetkin uns den Vorwurf, daß wir einige Fragen nicht genügend behandelt haben, z. B. die Heine-Frage. Ich bin auch durch die Ausführung der Genossin Dr. Luxemburg noch nicht davon überzeugt, daß es sich hier um eine große Partei-Angelegenheit handelt. Ich halte auch heute noch daran fest, daß die Sache aufgebauscht ist. Dazu kommt, daß sich die Reichstagsfraktion mit der Sache beschäftigt hatte und zu dem Schluß gelangt ist, daß keine Veranlassung vorliegt, gegen Heine einzuschreiten. (Sehr richtig!) Es kam ferner dazu, daß wir am Vorabend der Reichstagswahl standen. Sollten wir vielleicht gegen Heine vorgehen und die ganze Berliner Wahlbewegung stören? Da wären uns die Genossen von Berlin schon auf den Kopf gekommen und mit vollem Recht. Genau so verhält es sich mit anderen Fragen. Es ist die Kolonialfrage gestreift, die ja auch eine Sache von großer Bedeutung sein soll. Auch hier hat die Reichstagsfraktion bereits gesprochen und es wurde klargestellt, daß prinzipielle Gegensätze oder Abweichungen nicht vorlagen. Ebenso war es mit der Bernstein-Frage. Wir sollten dazu Stellung nehmen. Das ist aber nicht so einfach. Wir hatten sofort, als wir die Aeußerungen im „Vorwärts“ mittheilten, erklärt, daß es unmöglich sei, in einem Tageblatte Stellung dazu zu nehmen, wir haben allerdings eine gewisse Mißbilligung von Anfang an durchblicken lassen. Wo sollten wir denn die Kräfte hernehmen, um uns als Tageblatt in solche Polemik einzulassen? Die Redakteure sind bei uns wie bei den meisten Parteiblättern

mit der täglichen handwerksmäßigen Arbeit geradezu überlastet. Es giebt höchstens ein bis zwei Blätter in Deutschland, wo der Chefredakteur in der Lage ist, seine ganze Kraft wissenschaftlichen Fragen zu widmen. Um mit Marxus den Kampf zu führen, dazu hätten wir einen besonderen Redakteur anstellen müssen. (Weiterleit.) Für die Erörterung wissenschaftlicher Fragen sind nicht die Tagesblätter da, sondern die „Neue Zeit“. Kritik am „Vorwärts“ zu üben, ist nicht nur gut, sondern auch wünschenswert, damit immer weitere Verbesserungen vorgenommen werden, und ich kann nur sagen, die Redaktion des „Vorwärts“ hat das beste Bestreben, man darf nur nicht eine Kritik üben, die die tatsächlichen Verhältnisse verkennet. Wer eine sachliche Kritik gegen den „Vorwärts“ führt, der kann nicht so sprechen, wie es Genossin Zeitlin gethan hat. Wie würde es der Genossin Zeitlin, deren Temperament, deren Leistungen, deren schriftstellerische Thätigkeit ich bewundere, gefallen, wenn ich in derselben Weise die „Gleichheit“ kritisieren wollte? Dabei würde die Genossin Zeitlin auch nicht gut wegkommen. Es ist ihr nicht gelungen, mit ihrer Zeitung eine größere Arbeiterinnenbewegung hervorzurufen. Das liegt natürlich nicht an ihr allein, sondern an mannigfaltigen Umständen, aber etwas Schuld könnte man auch ihr persönlich daran bemessen, wenigstens wenn man so kritisieren wollte, wie sie den „Vorwärts“ kritisiert hat, dann müßte man ihr sagen: Du schreibst ja derartig doktrinaire Leitartikel in Deiner Zeitung, Nummer für Nummer angefaßt dasselbe. (Sehr gut!) Es wäre mir nicht eingefallen, eine derartige Verwendung zu machen, wenn die Genossin Zeitlin nicht in dieser Weise den „Vorwärts“ kritisiert hätte. Bitte, kritisieren Sie, aber sachlich. Dann wollen wir Ihnen auch versprechen, daß wir, soviel in unseren Kräften steht, bessern wollen, um unser Zeitcalogon zu einem wirklich guten Parteiblatt zu machen. (Lebhafte Beifall.)

Bebel: Parteigenossen! Ich habe zunächst nicht im eigenen Namen, sondern im Namen eines Abwesenden zu sprechen, der mehrfach angegriffen worden ist und mich beauftragt hat, eine Erklärung zu verlesen. Es ist Eduard Bernstein. Er mußte, daß seine Artikelserie Gegenstand des Angriffs hier werden würde. Um deswegen bittet er mich, folgende „Erklärung“ zu verlesen:

„Die in der Serie „Probleme des Sozialismus“ von mir niedergelegten Ansichten sind neuerdings in sozialistischen Blättern und Versammlungen zur Erörterung gelangt und es ist die Forderung ausgesprochen worden, daß der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu ihnen Stellung nehmen solle. Für den Fall, daß dies geschieht und der Parteitag auf die Forderung eingeht, sehe ich mich zu folgender Erklärung veranlaßt.

Das Votum einer Versammlung, und steht sie noch so hoch, kann mich selbstverständlich in meinen, aus der Prüfung der sozialen Erscheinungen gewonnenen Anschauungen nicht irre machen. Was ich in der „Neuen Zeit“ geschrieben habe, ist der Ausdruck meiner Ueberzeugung, von der ich in keinem wesentlichen Punkt abzugehen mich veranlaßt sehe.

Aber es ist ebenso selbstverständlich, daß ein Votum des Parteitages mir nichts weniger als gleichgültig sein kann. Und darum wird man es begreifen, wenn ich vor allen Dingen das Bedürfnis fühle, mich gegen fälschliche Auslegung meiner Ausführungen und falsche Schlussfolgerungen aus ihnen zu verwahren. Verhindert, selbst auf dem Kongreß zu erscheinen, thue ich dies hiermit auf dem Wege schriftlicher Mittheilung.

Es ist von gewisser Seite behauptet worden, die praktische Folgerung aus meinen Aufsätzen sei der Verzicht auf die Eroberung der politischen Macht durch das politisch und wirtschaftlich organisirte Proletariat.

Das ist eine ganz willkürliche Folgerung, deren Richtigkeit ich entschieden bekreite.

Ich bin der Anschauung entgegengetreten, daß wir vor einem in Bälde zu erwartenden Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft stehen und daß die Sozialdemokratie ihre Taktik durch die Aussicht auf eine solche bevorstehende große soziale Katastrophe bestimmen, bezw. von ihr abhängig machen soll. Das halte ich in vollem Umfange aufrecht.

Die Anhänger dieser Katastrophentheorie fügen sich im wesentlichen auf die Ausführungen des „kommunistischen Manifestes“. In jeder Hinsicht mit Unrecht.

Die Prognose, welche das „kommunistische Manifest“ der Entwicklung der modernen Gesellschaft stellt, war richtig, soweit sie die allgemeinen Tendenzen dieser Entwicklung kennzeichnete. Sie irrte aber in verschiedenen speziellen Folgerungen, vor Allem in der Abschätzung der Zeit, welche die Entwicklung in Anspruch nehmen würde. Letzteres ist von Friedrich Engels, dem Mitverfasser des „Manifestes“, im Vorwort zu den „Klassenkämpfen in Frankreich“ rückhaltlos anerkannt worden. Es liegt aber auf der Hand, daß, indem die wirtschaftliche Entwicklung eine weit größere Spanne Zeit in Anspruch nahm als vorausgesehen wurde, sie auch Formen annehmen, die im „kommunistischen Manifest“ nicht vorausgesehen wurden und nicht vorausgesehen werden konnten.

Die Zuspitzung der gesellschaftlichen Verhältnisse hat sich nicht in der Weise vollzogen, wie sie das Manifest schildert. Es ist nicht nur nutzlos, es ist auch die größte Thorheit, sich dies zu verheimlichen. Die Zahl der Besitzenden ist nicht kleiner, sondern größer geworden. Die enorme Vermehrung des gesellschaftlichen Reichthums wird nicht von einer zusammenschrungsförmigen Zahl von Kapitalmagnaten, sondern von einer wachsenden Zahl von Kapitalisten aller Grade begleitet. Die Mittelschichten ändern ihren Charakter, aber sie verschwinden nicht aus der gesellschaftlichen Stufenleiter.

Die Konzentration der Produktion vollzieht sich in der Industrie auch heute noch nicht durchgängig mit gleicher Kraft und Geschwindigkeit. In einer großen Anzahl Produktionszweige rechlertigt sie zwar alle Vorhergagungen der sozialpolitischen Kritik, in anderen Zweigen bleibt sie jedoch noch heute hinter ihnen zurück. Noch langsamer geht der Prozeß der Konzentration in der Landwirtschaft vor sich. Die Gewerbestatistik weist eine außerordentlich abgestufte Gliederung der Betriebe auf; keine Größenklasse macht Anstalt, aus ihr zu verschwinden. Die bedeutsamen Veränderungen in der inneren Struktur der Betriebe und ihren gegenseitigen Beziehungen kann über diese Thatsache nicht hinwegtäuschen.

Politisch sehen wir das Privilegium der kapitalistischen Bourgeoisie in allen vorgeschrittenen Ländern Schritt für Schritt demokratischen Einrichtungen weichen. Unter dem Einfluß dieser und getrieben von der sich immer kräftiger regenden Arbeiterbewegung hat eine gesellschaftliche Gegenaktion gegen die ausbeuterischen Tendenzen des Kapitals eingesezt, die zwar heute noch sehr zaghaft und tastend vorgeht, aber doch da ist und immer mehr Gebiete des Wirtschaftslebens ihrem Einfluß unterzieht. Fabrikgesetzgebung, die Demokratisierung der Gemeindeverwaltungen und die Erweiterung ihres Arbeitsgebietes, die Befreiung des Gewerkschafts- und Genossenschaftswesens von allen gesetzlichen Hemmungen, Berücksichtigung der Arbeiterorganisationen bei allen von öffentlichen Behörden vergebenen Arbeiten kennzeichnen diese Stufe der Entwicklung. Daß in Deutschland man noch daran denken kann, die Gewerkschaften zu knebeln, kennzeichnet nicht den Höhegrad, sondern die Rückständigkeit seiner politischen Entwicklung.

Je mehr aber die politischen Einrichtungen der modernen Nationen demokratisirt werden, umso mehr verringern sich die Nothwendigkeiten und Gelegenheiten großer politischer Katastrophen. Wer an der Theorie der Kata-

stropfen festhält, muß die hier gezeichnete Entwicklung nach Möglichkeit bekämpfen und zu hemmen suchen, wie das die konsequenten Verfechter dieser Theorie übrigens früher auch gethan haben. Steht aber die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat bloß die Eroberung dieser Macht durch eine politische Katastrophe? Steht es die ausschließliche Besitzergreifung und Benutzung der Staatsmacht durch das Proletariat gegen die ganze nichtproletarische Welt?

Wer das bejaht, der sei hier an zweierlei erinnert. 1872 erklärten Marx und Engels im Vorwort zur Neuausgabe des „Kommunistischen Manifestes“, die Pariser Kommune habe namentlich den Beweis geliefert, daß „die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigene Zwecke in Bewegung setzen kann“. Und 1895 hat Friedrich Engels im Vorwort zu den Klassenkämpfen ausführlich dargelegt, daß die Zeit der politischen Ueberwimpelungen, der von „Keinen bewussten Minoritäten an der Spitze bewußtloser Massen durchgeführten Revolutionen“ heute vorbei sei, daß ein Zusammenstoß auf großem Maßstabe mit dem Militär das Mittel wäre, das stetige Wachstum der Sozialdemokratie aufzuhalten und selbst für eine Weile zurückzuwerfen, — kurz, daß die Sozialdemokratie „weit besser bei den gesetzlichen Mitteln als bei den ungesetzlichen und dem Umsturz“ geübt. Und er bezeichnet demgemäß als die nächste Aufgabe der Partei, „das Wachstum ihrer Stimmen ununterbrochen in Gang zu halten“ — bezw. „langsame Propaganda der parlamentarischen Thätigkeit“.

So Engels, der, wie seine Zahlenbeispiele zeigen, bei alledem die Schnelligkeit des Entwicklungsganges immer noch etwas überschätzte. Wird man ihm nachsagen, er habe auf die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse verzichtet, weil er es vermeiden sehen wollte, daß das durch die gesetzliche Propaganda gesicherte stetige Wachstum der Sozialdemokratie durch eine politische Katastrophe unterbrochen werde?

Wenn nicht, wenn man seine Ausführungen unterschreibt, dann wird man auch vernünftigerweise daran keinen Anstoß nehmen können, wenn erklärt wird, was die Sozialdemokratie noch auf lange hinaus zu thun habe, sei, statt auf den großen Zusammenbruch zu spekulieren, „die Arbeiterklasse politisch zu organisieren und zur Demokratie auszubilden, und für alle Reformen im Staate zu kämpfen, welche geeignet sind, die Arbeiterklasse zu heben und das Staatswesen im Sinne der Demokratie umzugestalten“.

Das ist es, was ich in meinem angefochtenen Artikel gesagt habe und was ich auch jetzt seiner vollen Tragweite nach aufrecht erhalte. Für die vorliegende Frage läuft es auf das Gleiche hinaus wie die Engels'schen Sätze, denn die Demokratie heißt jedesmal soviel Herrschaft der Arbeiterklasse, als diese nach ihrer intellektuellen Reife und dem Höhegrad der wirtschaftlichen Entwicklung überhaupt auszubilden fähig ist. Uebrigens beruft sich Engels an der angeführten Stelle auch noch ausdrücklich darauf, daß schon das kommunistische Manifest „die Erlösung der Demokratie als eine der ersten und wichtigsten Aufgaben des freibaren Proletariats proklamirt“ habe.

Kurz, Engels ist so sehr von der Ueberlebensfähigkeit der auf die Katastrophen zugespitzten Taktik überzeugt, daß er auch für die romanischen Länder, wo die Tradition ihr viel günstiger ist als in Deutschland, eine Revision von ihr hinweg für geboten hält. „Geben sich die Bedingungen für den Völkerring geändert, so nicht minder für den Klassenkampf“, schreibt er. „Hat man das schon vergessen?“

Kein Mensch hat die Nothwendigkeit der Erlösung der Demokratie für die Arbeiterklasse in Frage gestellt. Wüber gestritten wurde, ist die Zusammenbruchstheorie und die Frage, ob bei der gegebenen wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands und dem Reifegrad seiner Arbeiterklasse in Stadt

und Land der Sozialdemokratie an einer plötzlichen Katastrophe gelegen sein kann. Ich habe die Frage verneint und verneine sie noch, weil meines Erachtens im stetigen Vorransch eine größere Gewähr für dauernden Erfolg liegt, wie in den Möglichkeiten, die eine Katastrophe bietet.

Und weil ich der festen Ueberzeugung bin, daß sich wichtige Epochen in der Entwicklung der Völker nicht überpringen lassen, darum lege ich auf die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie, auf den Kampf um das politische Recht der Arbeiter, auf die politische Bethätigung der Arbeiter in Stadt und Gemeinde für die Interessen ihrer Klasse, sowie auf das Werk der wirtschaftlichen Organisation der Arbeiter den allergrößten Werth. In diesem Sinne habe ich seiner Zeit den Satz niedergeschrieben, daß mir die Bewegung Alles, — daß, was man gemeinhin Endziel des Sozialismus nenne, nichts sei, und in diesem Sinne unterschreibe ich ihn noch heute. Selbst wenn das Wort „gemeinhin“ nicht angelegt hätte, daß der Satz nur beiläufig zu verstehen war, lag es ja auf der Hand, daß er nicht Gleichgiltigkeit betreffs der endlichen Durchführung sozialistischer Grundsätze ausdrücken konnte, sondern nur Gleichgiltigkeit oder, vielleicht besser ausgedrückt, Unbesorgtheit über das „Wie“ der schließlichen Gestaltung der Dinge. Ich habe zu keiner Zeit ein über allgemeine Grundsätze hinausgehendes Interesse an der Zukunft gehabt, noch kein Zukunftsbild zu Ende lesen können. Den Aufgaben der Gegenwart und nächsten Zukunft gilt mein Sinnen und Trachten, und nur soweit sie mir die Richtschnur für das zweckmäßigste Handeln in dieser Hinsicht geben, beschäftigen mich die darüber hinausgehenden Perspektiven.

Die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, die Expropriation der Kapitalisten sind an sich keine Endziele, sondern nur Mittel zur Durchführung bestimmter Ziele und Bestrebungen. Als solche sind sie Forderungen des Programms der Sozialdemokratie und von Niemand bestritten. Ueber die Umstände ihrer Durchführung läßt sich nichts voraussagen, es läßt sich nur für ihre Verwirklichung kämpfen. Zur Eroberung der politischen Macht aber gehören politische Rechte, und die wichtigste Frage der Taktik, welche die deutsche Sozialdemokratie zur Zeit zu lösen hat, scheint mir die nach dem besten Weg der Erweiterung der politischen und gewerblichen Rechte der deutschen Arbeiter zu sein. Ohne daß auf diese Frage eine befriedigende Antwort gefunden wird, würde die Betonung der anderen schließlich nur Deklamation sein.

London, den 29. September 1898.

Ed. Bernstein.

Ich glaube, daß es nothwendig war, diese Erklärung hier zur Sprache zu bringen, angesichts der Erörterungen, die sich an die Person Bernstein's und seiner Ansichten knüpften. Ich glaube, wir können Bernstein noch besonders dankbar sein, daß er durch diese Erklärung gewissermaßen einen Extract dessen gegeben hat, was er in einer längeren Reihe von Artikeln in der „Neuen Zeit“ ausgeführt hat, und so Denjenigen, die sich in Zukunft mit dieser Frage beschäftigen werden und beschäftigen werden müssen (Zustimmung), das erleichtert hat. (Lebhafte Beifall.) Ich erkläre gleich, daß ich nicht auf dem Standpunkt Bernstein's stehe, ich weiche in wichtigen Punkten von ihm ab. Bei wiederholtem Lesen dieser Erklärung habe ich den Eindruck gewonnen, daß sich Bernstein in sehr tiefen Widersprüchen mit seinen eigenen Ausführungen befindet. Aber darüber kann der Parteitag nicht sprechen, denn hier handelt es sich nicht um Fragen der Taktik, sondern unserer gesammten Grundanschauung (lebhafteste Zustimmung), und die lassen sich nicht auf einem Parteitage entscheiden; die müssen sehr gründlich pro und contra in der Presse erörtert werden. Warum das die „Neue Zeit“ nicht gethan hat, darüber wird sich mein Freund Kautsky wohl nachher aussprechen. Aber ich bin auch nicht gewillt, mich heute auf die überaus wichtige Frage der Taktik einzulassen.

Wir haben gestern und heute Neben gehört, die mit dem eigentlichen Thema fast nichts zu thun hatten. (Heiterkeit.) Nur Thiele und Gradnauer sprachen zur Sache; die Anderen aber behandelten eine Frage, die außerordentlich wichtig ist, die wir erörtern müssen, die aber dazu erst vorbereitet werden muß. Der Parteitag hat es ganz mit recht abgelehnt, die Frage der Taktik noch in letzter Stunde auf die Tagesordnung zu setzen; es wäre dabei heute nichts herausgekommen. Ich werde also zu keiner der hier geduldeten Fragen Stellung nehmen. Nur einige kurze Bemerkungen. Die Frage, betreffend die Aeußerung des Genossen Heine in seiner ersten Rede, ist für mich insofern abgethan, als ich als Mitglied der Fraktion auskömmlichste Gelegenheit hatte, in der Sitzung, in der Heine auf unsere Einladung erschienen war, meine abweichende Meinung auszusprechen. Die Fraktion hat auch, wie allbekannt, in dieser Frage eine Erklärung gefaßt und damit ist die Sache erledigt. Für mich könnte ein Disput mit Heine erst dann wieder entstehen, wenn er Anschauungen entwickeln oder Handlungen begehen sollte, die mit meiner Auffassung unverträglich sind. Das ist zwischen jener Rede und heute nicht geschehen. Aus denselben oder ähnlichen Gründen bin ich auch nicht in der Lage, mich irgendwie über die Haltung des „Vorwärts“ zu äußern. Als Mitglied des Partei-Vorstandes habe ich häufig Gelegenheit genommen, mich mit der Redaktion auszusprechen, auch für meine Person. Es wäre geradezu eine Taktlosigkeit, wenn ich unter solchen Verhältnissen mich hier weiter auf eine Diskussion über diese Frage einlassen wollte. Was nun aber die Polemik gegen die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ anlangt, so will ich dem hier anwesenden früheren Leiter dieses Blattes ganz offen erklären, daß ich sehr oft mich über seine Opposition und Kritik der Parteipresse und auch der Parteieliten gefreut habe, aber daß ich es auch ebenso mit aller Entschiedenheit verurteilen muß, daß er in der Mehrzahl der Fälle bei dieser Kritik sich eines Tones und einer Ausdrucksweise bedient hat, die es dem angegriffenen Theil unmöglich machte, sich in eine ruhige Erörterung einzulassen. (Sehr wahr!) Angesichts der Situation, in der wir uns befinden, angesichts der Erklärung Bernstein's, angesichts der Thatsache, daß diese Anschauungen Bernstein's in einem gewissen Theile der Partei ein Echo gefunden haben, und der Nothwendigkeit, sich mit ihr zu beschäftigen, kann auch ich nur mit dem Wunsche schließen: Diskutiren wir nach allen Richtungen, aber diskutieren wir objektiv und vergessen wir nicht, daß wir als Parteigenossen zu Parteigenossen sprechen. (Behafter Beifall.)

Kautsky: Es ist gegen verschiedene Redner der Vorwurf erhoben worden, daß sie garnichts Neues zur Sache gebracht, den Kongreß sehr enttäuscht hätten. Ich fürchte, daß dieser Vorwurf auch mich treffen wird, wenn man von mir erwartet, daß ich etwas besonderes Neues sagen werde. Ich halte das nach den großen Debatten, die wir bereits gehabt haben, für ganz unmöglich; alle entscheidenden Gesichtspunkte sind bereits vorgebracht. Ich hätte nicht das Wort ergriffen, wenn nicht meine Amtsführung angegriffen worden wäre und mein Stillschweigen in Folge dessen mißdeutet werden könnte. Es handelt sich um die Bernstein'schen Artikel. Ich habe es mit Vergnügen bemerkt, daß Niemand mir einen Vorwurf aus der Verantwortlichkeit der Artikel gemacht hat. Von allen Seiten ist anerkannt worden, daß diese Artikel sehr wichtige Probleme behandeln, sehr wichtige Gesichtspunkte in die Diskussion werfen, die für die Entwicklung unseres geistigen Lebens nützlich und nothwendig sind. Nur hat man der Redaktion der „Neuen Zeit“ den Vorwurf gemacht, daß sie diese Artikel ohne Erwiderung gebracht habe. Das wäre unbedingt nothwendig gewesen; denn so nützlich diese Artikel als Objekt für die Diskussion sind, so verderblich müßten sie sein, wenn sie ohne Widerspruch blieben, wenn sie gar in Zukunft für die Taktik der Partei maßgebend würden. Ich kann nun sagen, daß Niemand mehr verwundert ist, daß sich aus diesen Artikeln in der „Neuen

Zeit“ keine Diskussion entwickelt hat, als ich selbst. Ich habe erwartet, daß alle Diejenigen, die gegen Bernstein losgegangen sind, es in der „Neuen Zeit“ thun würden. Die „Neue Zeit“ ist das Diskussionsorgan der Partei. Ich hatte erwartet, daß vor Allem auch die Genossin Bugemburg in der „Neuen Zeit“ Bernstein angreifen würde. Das ist nicht geschehen. In Folge dessen ging viel Zeit verloren; weitere Zeit ging dadurch verloren, daß andere Leute mir Artikel gegen Bernstein versprochen, aber nicht gegeben haben. Inzwischen ist ein Artikel von Plechanow erschienen, weitere werden folgen. Ich bin nicht selbstbewußt genug zu glauben, daß es darauf angekommen wäre, daß ich unmittelbar, nachdem Bernstein gesprochen, dazu Stellung genommen hätte. Ich glaube, die Partei hat nichts daran verloren, daß ich es nicht gethan habe. Nun hat man aber dieses mein Schweigen als Zustimmung oder, wie Parvus sagte, als Mathlosigkeit aufgefaßt. Nun, dem Vorwurf der Mathlosigkeit brauche ich nicht entgegenzutreten; aber der Ansicht, daß ich deshalb nicht geantwortet habe, weil die Redaktion der „Neuen Zeit“ vollständig auf dem Standpunkte Bernstein's stehe, möchte ich entgegenzutreten.

Ich ergreife sehr ungerne das Wort, denn ich muß mich auseinandersetzen mit einem Manne, mit dem ich mich 18 Jahre lang in innigster Kampfgemeinschaft befinde, mit einem Manne, der in der schwersten Zeit der Partei an vorderster Stelle im Kampfe stand, der deswegen im Exile weilt, der nicht die Möglichkeit hat, seinen Standpunkt hier zu vertreten. Aber wo es gilt, Zweideutigkeiten zu beseitigen, können wir natürlich deswegen nicht Rücksichten nehmen. Ich werde mich nur bemühen, jedes Verlehen der Wort zu vermeiden und die unnötige Schärfe der Diskussion nicht weiterzuführen.

Sie haben durch den Mund Bebel's die Erklärung Bernstein's gehört. Ich glaube, der gesammte Parteitag wird sich vor Allem verwundert haben darüber, daß Bernstein es für nöthig hält, eine Reihe von Punkten zu betonen als besonders nothwendig, worüber gar keine Meinungsverständigenheit besteht. Wenn er uns auseinanderlegt, daß der gesetzliche Weg für uns im gegebenen Moment vortheilhaft ist, daß die Gesetzlichkeit nicht uns tötet, sondern unsere Gegner, daß wir die Aufgabe der Reformen haben, demokratischer und ökonomischer, die Aufgabe, das Proletariat zu organisiren, so muß Jeder fragen: wie kommt Bernstein dazu, das zu sagen? Gibt es irgend einen Menschen in der Partei, der nicht auf dem Standpunkte steht? Hier tritt deutlich zu Tage, daß Bernstein die Fühlung mit der Partei verloren hat. (Zustimmung.) Ich muß das leider sagen: Bernstein hat sich aus einzelnen Wendungen in der Presse, in verschiedenen Reden ein ganz falsches Bild von der Partei gemacht. Er glaubt, daß wir Blanquisten sind, die auf einen Zusammenstoß mit der bewaffneten Macht spekuliren zc. Ich glaube, es giebt keinen Parteigenossen, der daran denkt.

Ferner setzt uns Bernstein auseinander, daß die Entwicklung nicht so schnell vor sich geht, wie Manche es wohl annehmen. Auch dieser Punkt, glaube ich, braucht nicht im Gegensatz zu Bernstein betont zu werden. Die Voraussetzung des Tempo's der ökonomischen Entwicklung ist Sache des Temperaments.

Ich gehöre nicht zu Denjenigen, die alle Differenzen leugnen; im Gegentheil, es liegen sehr große Differenzen vor, Differenzen taktischer und theoretischer Natur, die immer vorgelegen haben, seit die Partei besteht, und die sich sicherlich noch vertiefen werden, je größer die Partei wird, je mehr sie eine politische Macht wird; aber gerade die Frage des Tempo's ist eine Frage des Gefühls, des Temperaments. Aber Bernstein geht darüber hinaus. Er sucht die Langsamkeit der Entwicklung mit Argumenten zu begründen, denen ich durchaus nicht bestimmen kann. Er setzt uns auseinander, daß die Zahl der Besitzenden, der Kapitalisten wächst, daß also die Grundlagen falsch sind, auf denen wir unsere

Sozialdemokratische Partei

Deutschlands
Partei Vorstand

Ansichten aufgebaut haben. Ja, wenn das richtig wäre, dann wäre der Zeitpunkt unseres Sieges nicht nur sehr weit hinausgeschoben, sondern dann kämen wir überhaupt nicht ans Ziel. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn die Kapitalisten zunehmen und nicht die Befehllosen, dann entfernen wir uns immer mehr vom Ziel, je mehr die Entwicklung vor sich geht, dann festigt sich der Kapitalismus, nicht der Sozialismus, dann kommen wir überhaupt nicht ans Ziel. (Lebhafte Beifall.) Aber gerade darauf will ich heute nicht eingehen, denn dann mühte ich gegen Bernstein polemisieren und das möchte ich soviel wie möglich vermeiden, da, wo es nicht notwendig ist. Ich müßte auf die Berufs- und Einkommensstatistiken und dergleichen eingehen, und dazu ist der Parteitag nicht der Ort. Aber soviel ist sicher, daß das Wort von Marx noch heute wahr ist: Zunahme des Kapitals bedeutet auch Zunahme des Proletariats.

Weiter sagt Bernstein, daß die zukünftige Geschichte sich nicht mehr in Katastrophen entwickeln wird, daß die Zeit der Katastrophen vorüber sei. Er hat auf verschiedene Neuherungen von Engels hingewiesen, die das beweisen sollen. Ich kann ihm darin nicht beipflichten. Ich habe jetzt nicht alle Zitate von Engels so genau im Gedächtnis, daß ich sagen könnte, in welchem Zusammenhang sie gefallen sind; aber ich weiß mich keiner Neuherung von Engels zu erinnern, die besagen würde, daß Katastrophen künftig ausgeschlossen seien.

Ich habe nicht die Absicht, Sie mit einer Katastrophentheorie zu langweilen. Ich möchte nur denjenigen Theil der Bernstein'schen Krisentheorie hier behandeln, der auch hier in der Versammlung Widerhall gefunden hat, nämlich die Fragen politischer Krisen und Katastrophen. Bernstein ist der Ansicht, daß die Entwicklung sich von jetzt an friedlich, allerdings nicht ohne Kämpfe, aber doch ohne große Katastrophen vollziehen kann. Das Proletariat gewinnt immer mehr politische Rechte, immer mehr ökonomische Macht durch die Gewerkschaftsbewegung, durch Einfluß in der Verwaltung der Gemeinden, die Bildung von Kooperationsgenossenschaften u. s. w.; so werde die sozialistische Produktionsweise allmählig die kapitalistische überwuchern, bis diese eines Tages in der sozialistischen Gesellschaft aufgeht. Diese Ansicht ist als thöricht hingestellt worden. Nein, diese Ansicht von Bernstein beruht auf sehr triftigen Thatsachen. Sie hat nur den einen Fehler, und unser Unglück ist es, daß diese Thatsachen nicht in Deutschland zu finden sind, sondern in England. (Sehr wahr!) Nun wird man sagen: Ja, ganz richtig; England ist ja aber das klassische Land der kapitalistischen Produktionsweise, England zeigt uns unsere eigene Zukunft. Der Ansicht bin ich nicht. England ist allerdings das klassische Land des Kapitalismus, aber England ist ein ganz ausnahmsweises Land in Bezug auf seine politische Stellung, in Bezug auf seine Entwicklungsgesetze in politischer Beziehung, in Bezug auf seine politischen Tendenzen. In England sehen wir die Verhältnisse anders wie in der ganzen Welt. Dank seiner Geschichte, dank seiner insularen Lage sehen wir dort einen großen Staat ohne Armee, ohne Bureaucratie, ohne Bauernstand, eine ganz minimale Landwirtschaft — die landwirtschaftliche Bevölkerung beträgt nur 10 pCt. der Gesamtbevölkerung. Wir sehen in England, daß der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit viel geringer ist als anderswo trotz der ökonomischen Fortschritte, daß das englische Kapital bereits viel zu groß geworden ist, um in der englischen Industrie allein Unterlust zu finden. Das englische Kapital ist angelegt in der ganzen Welt; der Theil des in der englischen Industrie angelegten Kapitals wird relativ immer geringer und der Theil der Bourgeoisie, der direkt an der Ausbeutung der englischen Arbeiter interessiert ist, dadurch auch immer geringer. Die Menschen sind aber von Natur zum Mitleid veranlagt, und das spricht immer mit, wo nicht eigene Interessen entgegenstehen. Und so sehen wir, daß die Bourgeoisie in England Arbeiterstreiks unterstützt, wo kapitalistische Gesellschaften die Gewerkschaften vernichten wollen. Der

Philanthropismus ist in England eine Macht, wie nirgends sonst. Dort ist es in Folge dessen möglich, daß die Arbeiter auf friedlichem Wege ohne eine Katastrophe allmählig zur Macht gelangen. Das hat bereits Marx vor mehr als zwanzig Jahren gesagt, indem er schrieb, daß England dasjenige Land sei, in welchem ein friedlicher Uebergang von Kapitalismus zum Sozialismus möglich sei. Möglich! Denn Katastrophen sind nicht ausgeschlossen. Die die englische Bourgeoisie sich stellen wird, wenn die Arbeiter von ihrer politischen Macht Gebrauch machen, was sie bis jetzt nicht thun, ob die heutigen Bourgeois dann nicht gegen das sozialistische Proletariat rebelliren, das können wir jetzt noch nicht wissen. Solche Zustände wie in England finden Sie sonst nirgends in der ganzen Welt, auch in Amerika, das mit England sonst so viel gemeinsam hat, finden Sie ganz andere Zustände. Nirgends ist die Reizung zu gewaltigen Katastrophen so groß, so nahelegend, wie in Amerika, und schon Amerika allein würde die Bernstein'sche Theorie über den Haufen werfen. Aber auch bei uns in Europa steht es nicht anders. Ueberall Militarismus in höchster Ausgestaltung, überall eine Bureaucratie, die absolutistisch herrscht, nicht nur in den monarchischen Staaten, sondern auch in Frankreich. Wir haben ferner auf dem Kontinent von Europa einen maßgebenden Einfluß des Großgrundbesitzes, die Bourgeoisie beugt sich unter die Säbelherrschaft, sie hat angehört, eine demokratische Macht zu sein. Hier bei uns giebt es nur eine demokratische Macht, das ist das Proletariat. Wir können die demokratische Rechte aus der Jugendzeit der Bourgeoisie vielleicht noch benutzen, aber daß diese die Möglichkeit hätte, neue demokratische Rechte zu erobern, das ist ausgeschlossen, das ist nur möglich durch das Proletariat selbst. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn Bernstein meint, daß wir erst die Demokratie haben müssen, um dann Schritt für Schritt das Proletariat zum Siege zu führen, so sage ich, die Sache steht bei uns umgekehrt, der Sieg der Demokratie bei uns wird bedingt durch den Sieg des Proletariats. (Lebhafte Beifall.) Wir können zur wahren Demokratie garnicht gelangen ohne das Proletariat. Ich gebe zu, daß das eine sehr schwierige Aufgabe für uns ist, das Proletariat kann sich nicht leicht entwickeln ohne Demokratie. Ich gebe zu, daß der Weg, den das englische Proletariat geht, besser ist, weniger Opfer erfordert, und daß wir wünschen müssen, denselben Weg gehen zu können, aber der Gang der Geschichte wird nicht von frommen Wünschen bestimmt, sondern von Thatsachen, und diese sagen uns, daß der Weg Englands für uns ungangbar ist, daß der Sieg der Demokratie nur durch den Sieg des Proletariats erfolgen kann.

Glaubt aber einer, daß dieser Sieg möglich ist ohne Katastrophe? Ich wünsche es, aber ich glaube es nicht. (Zustimmung.) Die Demokratie und auch das Proletariat wird immer mehr in die Defensive gedrängt, der Liberalismus hat abgedankt. Statt daß die bürgerliche Demokratie vorwärts geht, geht sie zurück, und wir stehen unter dem Zeichen des Vordringens der Reaktion. Es ist ein gordischer Knoten, der sich da immer mehr verwickelt, und daß dieser auf einem anderen Wege gelöst werden kann, wie jener alte, glaube ich nicht. Wir sehen allüberall in Europa große Katastrophen sich vorbereiten. Steht nicht Oesterreich vor einer Katastrophe? Steht nicht Italien vor einer blutigen Katastrophe, nicht Spanien? Schickt sich Frankreich nicht an zu einem schweren Kampf zwischen der bürgerlichen Freiheit und dem Militarismus und Pfaffenhum? Und wozu redet man in Deutschland? Wozu man etwa von Erweiterung der Rechte des Volkes, von Erweiterung des Wahlrechtes? Nein, man redet von Staatsreich, von Abschaffung des Wahlrechtes, vom Zuchthaus. Das sind die Aussichten, die uns offen sind, und bei diesen Aussichten ist der Weg, den Bernstein vorschlägt, undenkbar. (Lebhafte Beifall.) Wäre Bernstein in unserer Mitte, er wäre der Erste, der diesen Weg verurtheilen würde; das ist meine feste Ueberzeugung.

Uns stehen schwere Kämpfe bevor, und was wir für diese Kämpfe vor allem brauchen, ist der Glaube an uns selbst, ist die Siegeszuversicht. (Stürmischer Beifall.) Nicht die Siegeszuversicht, die uns vielleicht dazu führt, den Gegner zu unterschätzen, den Gegner leichtfertigerweise zu provozieren oder die Hände in den Schooß zu legen; nein, wir müssen gefaßt sein auf schwere Opfer; und diese Zuversicht kann nur darin bestehen, daß wir sagen: wie schwer die Opfer auch sein mögen, und wenn wir auch eine augenblickliche Niederlage erleiden, zum Schluß muß der Sieg doch unser sein. (Stürmischer Beifall.) Man hat Bernstein vorgeworfen, daß seine Artikel unsere Siegeszuversicht verringern, dem kämpfenden Proletariat in die Arme fallen. Dieser Ansicht bin ich nicht. Wäre ich es, dann wäre es allerdings eine Pflichtverletzung gewesen, wenn ich als Redakteur eines sozialistischen Blattes die Artikel Bernstein's aufgenommen hätte. Aber so ist es nicht. Unser Glaube an uns selbst darf nicht ein Köhlerglauben sein, er darf nicht auf überstiegenen Anschauungen beruhen, die man unbesehen hinnimmt und die jetzt vielleicht nicht mehr handhaben können; unser Glaube an uns selbst muß auf immer neuer Prüfung beruhen. Wenn die Artikel von Bernstein wirklich den Einem oder Anderen in seiner sozialistischen Ueberzeugung wankend gemacht haben sollten, dann wäre es nur ein Beweis, daß es um solche Leute nicht sehr schade ist (sehr gut), daß ihre Ueberzeugung nicht sehr tief gewurzelt hatte, und daß sie die erste Gelegenheit benutzten, um uns den Rücken zu kehren, und dann können wir froh sein, daß es jetzt schon geschieht, statt bei einer Katastrophe, wo wir jeden Mann brauchen. (Lebhafter Beifall.) Nein, Bernstein, hat uns nicht entmuthigt, sondern uns nur zum Nachdenken veranlaßt (Beifall), dafür wollen wir ihm dankbar sein. Aber wir wollen nicht kämpfen auf der Bahn, die er uns vorschlägt, wir wollen kämpfen auf der Bahn, die uns die Verhältnisse vorschreiben, und dann werden wir siegen. (Stürmischer Beifall und Gänkeklatschen.)

Heine-Berlin: Sehr zu meinem Bedauern bin ich hier wieder in die Debatte über die Presse verwickelt worden, die mich eigentlich nicht angeht. Frau Jettin und Fr. Luxemburg haben doch ihre heute früh durch den Debatteeschluß ab-geschrittenen Reden nicht hinunterwürgen können, sondern sie mir jetzt noch verkehrt. (Gitterkeit.) Ich gedenke nun nicht zu wiederholen, was ich heute früh gesagt habe, sondern will bloß feststellen, daß die Genossinnen die falschen Behauptungen über meine Äußerungen wieder aufgestellt haben. Ich begnüge mich, dies zu erklären, damit es nicht heißt, ich gäbe etwas zu. Was ich gesagt habe, ist bekannt und ich nehme nichts davon zurück. Ich weiß, daß es nur zwei Möglichkeiten giebt, die Macht des Proletariats zu begründen. Entweder man setzt den herrschenden Klassen die Pistole des Bewilligungsrechts im Parlament auf die Brust oder — die wirkliche Pistole. Daß wir auf den zweiten Weg verzichten müssen, hat noch der alte Engels kurz vor seinem Tode auseinandergesetzt. Ihm stimme ich bei. Bleibt also nur der andere Weg. Nennt ihn Schacherpostleil, oder wie Ihr wollt; aber verlangt nicht, daß ich ihn wegwerfe, ehe Ihr einen dritten gezeigt habt. So lange die Richtung der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ keinen anderen Weg nennt, aber gegen den von mir empfohlenen protestirt, so lange muß sie sich gefallen lassen, daß Bolkmars ihr Blanquismus vorwirft. Gepredigt hat Fr. Luxemburg zwar die Gewalt nicht, aber die Dugli läßt ihr keine andere Möglichkeit übrig.

Auf die Kantst'sche Rede kann ich nicht eingehen, weil ich nicht genügend vorbereitet bin; nur das eine will ich sagen: ich habe aus den Artikeln Deschamps's nicht entnommen, daß er eine neue Taktik, die im Widerspruch mit der bisherigen Taktik, empfehle. Vieles, was Kantst über den Unterschied zwischen parlamentarischen und bewaffneten Verhältnissen gesagt hat, ist gewiß richtig, aber ich habe daraus nur den einen Schluß: wenn bei uns die bürgerliche Demokratie schon ist

und wir genöthigt sind, direkt eine proletarische Demokratie zu schaffen, so sind wir doppelt verpflichtet jedes, auch das unscheinbarste Mittel zur Erreichung der Macht für die Arbeiterklasse anzuwenden. (Beifall.) Wenn einmal das Parlament in die Lage käme, den herrschenden Klassen wirksam die Pistole des Bewilligungsrechts auf die Brust zu setzen, so wäre es Verrath, wenn man dies unterlasse, doktrinären Erwägungen zuliebe.

Oberland-Barmen: Die „Neue Zeit“ hat verschiedentlich wichtige taktische Fragen angechnitten, aber die Diskussion nicht zu Ende geführt. Die Redaktion sollte die Genossen auffordern, ihre Meinung zu äußern, damit ein wirklicher Abschluß erzielt wird.

Ein Schlußantrag, den Hoffmann-Bielefeld bekämpft, wird abgelehnt.

Schmidt-Essen führt Beschwerde über Lügenan wegen seines Verhaltens bei Aufnahme von Berichten in die „Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung“. Die Kontrolleure haben sich in Schweigen gestellt.

Frau Jettin: Die Milderungsgründe, die Genosse Frohme für mein Eingreifen in die Debatte angeführt hat, weise ich zurück. Ich beanspruche aber die gleiche Anerkennung, die man meiner ethischen Ueberzeugung hat zu Theil werden lassen, auch für alle anderen Personen, die mit in die Debatte von einem anderen Standpunkte aus eingegriffen haben, als Heine, Frohme u. s. w. Ich gehöre zu denen, die die Art der Polemik der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ bezüglich der Form des Angriffs und der Verquickung mit persönlichen Momenten gewißbilligt haben. Aber diejenigen unserer Parteiorgane, vor allem der „Vorwärts“, die von den Ausführungen der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ immer nur das Persönliche, immer das Taktlose, das Ungeschickte aufgegriffen und den eigentlichen sachlichen Kern ganz außer Acht gelassen haben, stellen sich meiner Ansicht nach auf ein noch niedrigeres Niveau der Diskussion und haben durch diese Art und Weise der Polemik die Auseinandersetzungen in der Partei nicht gefördert. Genosse Grabnauer hat den Vorwurf gegen mich erhoben, daß ich als Mitglied der Parteileitung mich einer Unterlassungssünde schuldig gemacht habe, weil ich die Mängel des „Vorwärts“ nicht beanstandete. Nun, meine Mitkontrolleure wissen, daß unsere Thätigkeit in der Hauptsache der Kontrolle der geschäftlichen Angelegenheiten gewidmet war. Wir haben uns zweimal mit dem „Vorwärts“ beschäftigt und da habe ich — davon kann Genosse Grabnauer überzeugt sein — in der Diskussion aus meinem Herzen keine Mördergrube gemacht. Nur habe ich damals den jetzt als irrig erkannten Standpunkt vertreten, daß Genosse Kiehlnecht, um mich eines populären Ausdrucks zu bedienen, das Karnickel war, das angefangen hat, und daß seine redaktionelle Thätigkeit ganz allein an den Mängeln des Blattes Schuld sei, eine Ueberzeugung, die ich gegenwärtig nicht mehr habe. Aber auf Grabnauer scheint, seitdem er in der Redaktion des „Vorwärts“ ist, der Mantel des Elias gefallen zu sein. Er hat mir überhaupt das Recht, am „Vorwärts“ Kritik zu üben, abgesprochen mit Rücksicht auf die Mängel der „Gleichheit“. Ich meine, daß man ein vierzehntägig und ein täglich erscheinendes Blatt, ein Organ für die Frauen und das Zentralorgan der Partei mit verschiedenem Maßstabe messen muß. Der Ansicht bin ich niemals gewesen, daß die „Gleichheit“ eine große Arbeiterinnenbewegung hervorrufen könne, denn das ist Sache der Agitation und der Organisation. Eine Zeitung wie die „Gleichheit“ kann keine Bewegung ins Leben rufen, sie kann nur eins thun, sie kann innerhalb der Bewegung schulend und fördernd wirken, und das hat die „Gleichheit“ gethan. Die „Gleichheit“ hat als Hauptziel verfolgt, die Genossinnen, die im Vorbetreffen des Kampfes stehen, prinzipiell klar auf den Boden der Sozialdemokratie zu stellen und sie nicht von der bürgerlichen Frauenrechtlerei durchzuführen zu lassen und diese Aufgabe hat die „Gleichheit“ erfüllt. Außerdem: wenn die „Gleichheit“ das allererstenbesten Blatt der Partei wäre, so könnte man mir in der Folge doch

weder die Fähigkeit noch das Recht abprechen, Kritik zu üben an der Beschaffenheit des „Vorwärts“. (Heiterkeit.) Es ist der Standpunkt des Hüsnfiterhums, daß jemand, der nicht malt, kein Recht hat, ein Urteil über ein Bild abzugeben, daß jemand, der nicht den Ring des Aibelungen komponieren kann, auch nicht das Recht hat, über Musik zu urtheilen. Wir sind die am „Vorwärts“ herrschenden Schwierigkeiten sehr wohl bekannt, aber trotzdem habe ich die Ueberzeugung, daß der „Vorwärts“ nicht leidet, was er leisten könnte. Er ist nicht das leitende geistige Blatt der Partei. Er hinkt vielfach mit seinem Urteil, mit seiner Berichterstattung hinterdrein. Als Zentralorgan hat er die Pflicht, unparteiisch zu sein und zu allen Äußerungen des Parteilebens ohne Voreingenommenheit Stellung zu nehmen, alle Meinungen zum Ausdruck kommen zu lassen. Aber er sollte nicht haltlos sein. Aber nicht nur der Inhalt des Zentralorgans läßt sehr viel zu wünschen übrig, auch der Ton. Abgesehen von dem, was Liebknecht schreibt und was, trotzdem Liebknecht ein Mann im Silberhaar ist, noch von der agitatorischen Kraft und Begeisterung des Jünglings durchglüht ist, muß man offen sagen, daß der „Vorwärts“ nicht agitatorisch wirkt. Vielmehr ist er in seinem politischen Theil, soweit nicht Liebknecht's Mitarbeit in Betracht kommt, die konzentrierte Langeweile. (Heiterkeit.) Es ist eine schwere Aufgabe, sich durch den „Vorwärts“ durchlesen zu müssen. Diese Meinung theilen Viele, wenn sie sie auch nicht offen aussprechen.

Was die weiteren Ausführungen betreffs der Haltung der Presse zur Taktik betrifft so hieße es, geflickte Schienen nach Vordom tragen (Heiterkeit), wenn ich darauf noch eingehen wollte, nachdem Rautsky in so meisterhafter Weise sich sowohl mit der Bernsteinade wie mit der Heinerlei auseinandergesetzt hat. Wir sind nicht hierher gekommen, um Veteranen zu belehren, sondern um der Frage die Schelle anzuhängen. (Heiterkeit.) Wir wollten, daß die Fragen, um deren Erörterung man sich bis jetzt herumgedrückt hat, offen diskutiert werden, es sollte zum Ausdruck gelangen, daß die Mehrzahl der Delegirten, die Masse der Parteigenossen nichts wissen will von einer Taktik, die da fordert, wir wollen die nötigen sozialen Reformen, das tägliche Brot im Klassenkampf erringen auf dem Wege des „Ich gebe, damit Du gibst“. Nein, wir wollen die notwendigen Reformen in der heutigen Gesellschaft durchsetzen als proletarische, revolutionäre Kampfespartei, in stetem Kampfe gegen die Regierung, gegen den kapitalistischen Staat, der bisher noch nie der Arbeiterklasse die offene Hand, sondern stets nur die gepanzerte Faust entgegenstreckt hat. (Beifall.)

Liebknecht: Genossinnen und Genossen! Ich werde mich hier nicht gegen das wenden, was meine Freundin Zellin in Bezug auf die Art und Methode der Agitation gesagt hat; ich stehe da im Wesentlichen auf demselben Boden wie sie. Aber auf einige andere Bemerkungen von ihr muß ich mit einigen Worten eingehen. Wenn sie meint, daß in der „Wolchheit“ leichter Fehler vorkommen können oder dürfen, als im „Vorwärts“, weil die „Wolchheit“ nur alle vierzehn Tage erscheint, der „Vorwärts“ aber täglich, so ist das ein recht mangelhaftes Argument. Der „Vorwärts“ muß als Tagesblatt eilig, ohne Zeit zu langem Ueberlegen, in der Hitze des Gefechts hergestellt werden. Da kommen leicht Fehler vor. Und ich bekränke nicht, daß der „Vorwärts“ manche Fehler begangen hat und auch manche Fehler hat. Ich verlange aber, daß dabei berücksichtigt wird, was ich schon in Göttingen gesagt habe. Dort wurde der Vorwurf erhoben, daß der „Vorwärts“ bei Streitfragen keine leitende Rolle spiele. Ich sagte schon damals, das kann er nicht, er muß als Zentralorgan den Strömungen folgen, er muß sich ihnen, bei strengen Fragen in einsatziger Weise Stellung zu nehmen. Der „Vorwärts“ ist ein Doppelorgan: Zentralorgan und Lokalorgan zugleich. Das hat zwei nicht gut mit einander vereinbare Eigenschaften. Wenn es nur Lokalorgan, dann könnte es in ähnlicher Weise wie das „Danzburger Echo“, die „Kölnische

Wolfs-Zeitung“, „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ sein. Er hätte selbstverständlich eine von den Genossen eingesehte einheitliche Redaktion und könnte zu jeder Frage sofort Stellung nehmen. Der „Vorwärts“ hat den verschiedenen Strömungen Rechnung zu tragen und Fühlung zu suchen mit dem Vorkande. Ich stehe als Chefredakteur darin, ernannt von der Partei. Die übrigen Redakteure ernannt der Vorstand. Das ist ein Dualismus. Es sind in der Redaktion verschiedene Meinungen vertreten, wie in der Gesamtpartei. Da ist es oft schwer, einen Ausgleich zu finden. Ich kann sagen, in den neun Jahren, seit ich Chefredakteur des „Vorwärts“ bin, habe ich mehr Fraktionen und Aerger gehabt, als in meinem ganzen früheren politischen Leben. Es liegt das nicht an den Personen, sondern an der unglücklichen Doppelnatur des „Vorwärts“ und den daraus sich ergebenden Verhältnissen, die auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten sind. Es hat insbesondere Unzuträglichkeiten gegeben jetzt bei der Frage der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen. Die Berliner Genossen sind in ihrer ungeheuren Mehrheit gegen die Beteiligung. Das ist im „Vorwärts“ nicht genügend zum Ausdruck gekommen. Darüber ist eine bedeutende Unzufriedenheit entstanden, und der Gedanke, die Funktionen des Zentralorgans von denen des Lokalorgans zu trennen, ist dadurch gestärkt worden. Ehe dies Verhältniß in gründlicher Weise geregelt ist, mögen Veränderungen in der Zusammensetzung der Redaktion vorgenommen werden, soviel sie wollen, es wird nie Alles so glatt gehen, wie bei einem reinen Lokalblatt. Nur da ist Einheitslichkeit möglich. Im „Vorwärts“ wäre die Einheitslichkeit nur möglich, wenn ich das Recht hätte, alle meine Mitredakteure und überhaupt alle Mitarbeiter zu ernennen oder wenn in der Partei in allen taktischen Fragen Einheitslichkeit bestände. Diese haben wir aber nicht. Es wird Sache späterer Parteitage sein, in Bezug auf den „Vorwärts“ gründlich zu ändern.

Nun zur Debatte über die Taktik. Frau Zellin meinte, von ihr sei der Frage die Schelle umgehungen worden. Darin täuscht sie sich. Die Art, wie gestern die Debatte geführt wurde, war eher geeignet, eine ihren Wünschen entgegengesetzte Stimmung zu erzeugen. Als aber Rautsky auf dem Boden des Prinzips und zur Höhe der Theorie und der Wissenschaft sich erhebend, in der Sache dieselben Darlegungen brachte, gab ihm der ganze Parteitag jubelnd seine Zustimmung. Rautsky hat die Debatte über die Taktik erst auf die ihr gebührende prinzipielle Höhe geführt. Gegen den guten Ton ist hüben und drüben gesündigt worden. Erbitterte und gereizte Kritik wurde geübt und bestige Antworten hat sie gefunden. Mit Parvus war ich sachlich meistens einverstanden, nicht aber mit dem unangenehmen, schulmeisterlichen, nicht parteigedisschen Ton, mit dem er die Dinge von oben herab behandelt. In anderer Form wäre eine gedeihliche Debatte mit ihm möglich gewesen. Es ist von Keherriecherei gesprochen worden. Nicht der Parteitag hat Keherriecherei geübt — er war bloß empört, daß man gegen die Partei Keherriecherei treiben wollte, und hat hiergegen reagirt. Es wäre aber thöricht, zu bestreiten, daß Grund zu scharfer Kritik vorhanden ist. Ich bedauere deshalb, daß die Frage der Taktik nicht als besonderer Punkt auf die Tagesordnung gesetzt worden ist. Das hätte eine einheitliche Debatte gegeben. (Zustimmung.) So kam man vom Hundertsten ins Tausendste, allein eine Debatte über die Taktik haben wir doch bekommen. Wo Interesse, wo Bedürfnis vorhanden ist, da läßt es sich nicht unterdrücken, da bricht es hervor. Das wir, trotz abweichender Meinungen, im Wesen zu einer Einigung gelangt sind, schließe ich aus dem einstimmigen Beifall, der der Rede Rautsky's folgte. Wären Bernstein's Ausführungen richtig, dann könnten wir unser Programm und unsere ganze Vergangenheit, die ganze Sozialdemokratie begraben lassen, dann würden wir ausführen, eine proletarische Partei zu sein. Für Bernstein ist

der Aufenthalt in England verderblich geworden. Ein Geist wie Marx mußte in dem ökonomisch vor allen anderen Ländern klassisch entwickelten England sein, um dort die Natur der kapitalistischen Gesellschaft zu studieren und sein „Kapital“ zu schreiben; Bernstein aber läßt sich imponieren von der kolossalen und zu gleicher Zeit demokratischen Entwicklung der englischen Bourgeoisie. Der Unterschied zwischen den Verhältnissen hier und in England besteht darin, daß England seit dritthalb Jahrhunderten das Mittelalter beseitigt hat, während wir hier noch mit mittelalterlichem Pflunder kämpfen müssen. Deutschland hat nicht den Vorzug politischer Reformen durch das Bürgerthum und kontinuierlicher Entwicklung, bei uns herrscht der Zickackkurs, das Bürgerthum ist nie zur Herrschaft gelangt und das Proletariat ist noch nicht stark genug, die Herrschaft zu erlangen. Das deutsche Bürgerthum hat politisch abgedankt und das Junkerthum, die Prätorianer des Kapitals, sind bereit, jeden Augenblick die Dinge zu einer Katastrophe zu treiben. Thöricht ist es, unter solchen Umständen zu glauben, es sei keine Katastrophe zu erwarten. Wenden Sie nach Italien! Nach den blutigen Meheleien und den Blutgerichten dort! Wenden Sie nach Ungarn und Frankreich! Und Deutschland — wer will behaupten, daß angesichts der Zuchthaus-Vorlage eine friedliche Entwicklung bei uns gesichert sei? Wer will da sagen, daß die Zeit politischer Katastrophen, gewalttamer Kämpfe vorüber ist? Wir wollen sie nicht, wahrhaftig nicht, aber der Geist, der Bismarck bis in den Tod besetzte, der ihn nichts sehnlicher wünschen ließ, als das Proletariat auf die Barrikaden zu locken und zu hezen, er herrscht heute noch. Katastrophen werden von uns zu vermeiden gesucht, aber von unseren Feinden vorbereitet. (Beifall.) Da gilt es, in Bezug auf Taktik und Prinzip festzustehen. Ein Hinübergleiten in falsche, in andere als die alterproben Bahnen muß vermieden werden. Da ist nun die Heine'sche Angelegenheit. Ich will sie nur streifen; ich habe die Aeußerungen Heine's nicht gehört, indes wie sie auch lauteten, es war die Ansicht eines Einzelnen und die sozialistische Fraktion hat alle solche Velleitäten alle Zeit aus's Schärfste verurtheilt. Wir haben von Anfang das gesammte Militärbudget verweigert und werden fortfahren, es zu thun. Aber andere bedenkliche Dinge liegen vor. Neigungen in staatssozialistischer Richtung sind aufgelaucht, Neigungen, in der Schutzpolitik dem Junkerthum Entgegenkommen zu zeigen, sind aufgetreten. Da sollten wir nur dankbar sein denen, die heute die Alarmglocke hier geläutet haben. Die Theorie ist leicht, die Praxis schwer. In Bezug auf das Prinzip ist keine Meinungsverschiedenheit, nur in Bezug auf die Anwendung des Prinzips. Leicht kann auf praktischem Gebiet zu weit rechts oder links gegangen werden; um so notwendiger ist es, um so mehr ist es unsere Pflicht, darauf zu achten, daß kein Seitensprung, keine Zerfärbt gemacht wird. Freilich gerade die Seite, die der Rage die Schelle umgehängt haben will, hat meines Erachtens selber eine viel ärgere Verrirung begangen. Parvus hat bei der Frage der Betheligung an den Landtagswahlen den Boden des Klassenkampfes verlassen und dazu gerathen, der preussischen Bourgeoisie zu ihrer Kräftigung die Hand hinzureichen. Das ist in meinen Augen eine viel größere und gefährlichere Verrirung, als das Heine'sche Kanonenwort.

Je mehr im Staat und in der kapitalistischen Gesellschaft die Gegensätze sich zuspitzen, desto mehr gilt es, einzig und geschlossen zu sein. In dem Augenblick aber, wo wir die Grenzlinie zwischen uns und den bürgerlichen Parteien vermissen, wo wir die Genossen nicht mehr klar erkennen lassen: was ist proletarisch und sozialistisch, was bürgerlich-liberal oder bürgerlich-demokratisch, ist auch die Kraft unserer Partei verloren. In dem Boden des proletarischen Klassenkampfes liegt die Kraft unserer Partei; in dem Augenblick, wo wir ihn verlassen, ist es wie mit der elektrischen Kraft: ist der Strom unterbrochen, so schwindet die Kraft — wir stehen kraftlos da.

Wir hören auf die Sozialdemokratie zu sein, wenn wir aufhören, eine proletarische Partei, die Partei des proletarischen Klassenkampfes zu sein. Es ist aus dem Munde Bernstein's das Wort gefallen: „Die Bewegung ist mir Alles, das Endziel Nichts“. Das ist eine grobe Thorheit. Denn was ist eine Bewegung ohne Ziel? Ein planloses Umherirren. (Sehr wahr!) Die Genossin Luremburg hat umgekehrt gesagt: „Das Endziel ist mir Alles, die Bewegung Nichts“. Das ist ebenfalls falsch. Wie ist das Endziel ohne Bewegung zu erreichen? Nein: Bewegung und Endziel — Bewegung zum Endziel, das ist die richtige Lösung, und das Endziel ist die Niederwerfung der kapitalistischen Gesellschaft. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Ein erneuter Schlußantrag wird nunmehr angenommen.

Persönlich bemerkt

Parvus: In den acht Jahren meiner sogenannten persönlichen und gehässigen Diskussionen habe ich niemals einem Anderen unlautere Motive vorgeworfen. Ein Schelm giebt mehr als er kann, wir haben von Frohme nicht mehr erwartet. Weit näher geht mir aber, was Bebel und Liebknecht gegen mich gesagt haben. Denn sie habe ich mir zu Musterbildern meiner politischen Thätigkeit genommen. Ihr selbst, Liebknecht und Bebel, wartet niemals so, wie Ihr mich haben wollt. Ihr wartet ebenso persönlich wie ich.

Frohme: Was Parvus von mir erwartet hat, ist mir sehr gleichgültig. Ich konstatire nur, daß seine Behauptung, er habe Niemandem unlautere Motive untergeschoben, unwahr ist. Er hat das gethan (Parvus: Wo?) und zwar in einer Art und Weise, die die allgemeine Entrüstung hervorgerufen hat. Er sprach von Leuten, die jeden Augenblick bereit seien, die Sache des Proletariats an die Regierung zu verkaufen (Parvus: Niemals!), wenn sie geneigt sei, Kompensationen zu gewähren. Wenn er da sagt, daß sei keine Verdächtigung, dann ohrfeigt er sich moralisch selber.

Parvus: Einen Beweis hat Frohme nicht angeführt. Ich überlasse den Zuhörern, wo die moralische Ohrfeige ist.

Zum Punkt Kassenbericht liegen Wortmeldungen nicht vor.

Weißer streift in seinem Schlußwort kurz die Essener Beschwerde. Die Kontrolleure haben den Beschwerdeführern schon geantwortet, die Antwort hat ihnen aber nicht gefallen. (Weiterkeit.)

Zum Geschäftsbericht des Vorstandes erhält **Gerisch** das Schlußwort. Die Essener Angelegenheit, die hier zur Sprache kam, ist ganz unwesentlich. Es handelt sich um die Aufnahme eines Berichtes in der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung“, den der Schriftführer einer Versammlung ungeschickt abgefaßt hatte. Was die Zuwendung für die „Frankische Volkstribüne“ betrifft, so liegen die Dinge so, daß das Würzburger Unternehmen mit 1000 Mk. nicht zu saniren war, wie Thiele behauptete; das ganze Unternehmen hing in der Luft, eine eigentliche Buchführung war nicht vorhanden. Redner bittet die Genossen dringend, mit der Neugründung von Blättern vorsichtig zu sein. Was die Verwendung der Essener Gelder betrifft, so hat die Kommission für die Verwaltung der Gelder sich mit 7 gegen 2 Stimmen auf folgende Resolution geeinigt:

„In Erwägung, daß die Unterstützung der Familien dank der Opferwilligkeit der Parteigenossen in angemessener Weise geschehen konnte;

ferner, daß den aus ihrer Strafschaft entlassenen Essener Verurtheilten ein Betrag zur Erholung ihrer Gesundheit bis zu 600 Mk. und zur Gründung einer bürgerlichen Existenz eine Summe bis zu 8000 Mk. zuerkannt wird; beschließt das Komitee den Ueberchuß des Unterstützungs-fonds dem Partei-Vorstand zur Verwendung für ähnliche Opfer der heutigen Justiz zu überweisen. Das Komitee weiß, daß es mit diesem Beschluß den Intentionen der Weber gemäß gehandelt und dem Verlangen

der Einander verschiedener Partei-Orte, daß eine Aufspaltung des ganzen Fonds unter die Verurtheilten nicht stattfinden soll — entsprechend hat.“

Ich möchte dieser Resolution gegenüber erklären, daß der bisherige Vorstand an der Auffassung festhält, daß das Geld in erster Linie für die Essener Verurtheilten aufgehoben bleiben muß. Wir schlagen vor, das Geld als separaten Fonds zu verwalten und für Nothfälle den Verurtheilten zu reserviren. Nur unter ganz besonderen Umständen würden aus demselben andere Opfer der Gerechtigkeit zu unterstützen sein. Ich will aber nicht verhehlen, daß einer der zunächst Beteiligten, der Genosse Schröder, Protest gegen unseren Vorschlag erhoben hat. Er hat seine Ansicht über die Vertheilung der Gelder in einem an den Vorsitzenden der Kommission, den Genossen Wundelich in Bochum, gerichteten Briefe niedergelegt und gebeten, dem Parteitag von dem Inhalt des Briefes Kenntnis zu geben. Ich verzichte aus gewissen Gründen auf die Verlesung des Briefes, lege ihn aber beim Bureau nieder, wo Jeder, der sich dafür interessiert, ihn einsehen kann.

Es wird nunmehr zur Abstimmung geschritten, und zwar zunächst über den Vorschlag Gerisch bezüglich der Vertheilung der für die Essener Verurtheilten gesammelten Gelder.

Singer bemerkt, daß er einen Beschluß eigentlich nur deshalb provoziert, weil der Partei-Vorstand der moralischen Billigung der Gesamtpartei durch ihre Delegirten sicher sein wolle. Der Partei-Vorstand habe wiederholt erklärt, daß er gar kein Interesse daran habe, das Geld irgendwie anders zu vertheilen als zum Besten Derer, für die es gesammelt ist; ihm liege aber daran, zu hören, ob seine Auffassung von der Partei getheilt wird.

Die Anwesenden erklären sich mit dem Vorschlage des Partei-Vorstandes einverstanden.

Singer: Ich will hoffen, daß dieser Beschluß auch nach der anderen Seite hin des Eindruckes nicht entbehren wird.

Hierauf wird dem Vorstande einstimmig Decharge ertheilt.

Singer: Der nächste Punkt der Tagesordnung: der Bericht über die parlamentarische Thätigkeit, wird voraussichtlich zu einer umfangreichen Diskussion führen, und es ist nicht rathsam, dieselbe kurz abzubreaken. Da wir aber alle Ursache haben, mit der Zeit zu zeigen, so schlage ich Ihnen vor, im Einverständnis mit dem Referenten, jetzt den Punkt: **Die Waisfeier 1899** zu beraten.

Damit ist der Parteitag einverstanden.

Mit zur Debatte gestellt werden die beiden genügend unterstützten Anträge des 6. sächsischen Kreises (siehe Antrag 86):

1. Die Parteileitung wird beauftragt, dafür zu sorgen, daß eine planmäßige Agitation für den Achtstundentag in Versammlungen, durch die Presse und Flugblätter betrieben wird.

2. Der Parteitag wiederholt die Forderung, für die Durchführung einer allgemeinen Arbeitsruhe am 1. Mai zu sorgen.

Berichterstatter Pfannkuch: Der Hamburger Parteitag lehnte es ab, die vorjährige Resolution als bindend für mehrere Jahre zu fassen, wir müssen uns also auch heute wieder mit der Frage beschäftigen. Ein Grund, in der Waisfeier eine Aenderung eintreten zu lassen, liegt nicht vor, und deshalb schlage ich Ihnen namens der Parteileitung heute wieder die Annahme der Hamburger Resolution vor. Dieselbe lautet:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1882, Brüssel 1891, Zürich 1893 und London 1896 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der

Verbrüderung und dem Weltfrieden. Als würdigste der Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.“

In Hamburg machte Genosse Stolten den Versuch, eine Aenderung herbeizuführen, aber die Debatte zeigte, daß hierfür keine Neigung vorhanden war. So weit ich die parteigenösslichen Kreise kenne, besteht auch heute nicht die Absicht, eine Aenderung an unserem bisherigen Verhalten zu treffen, wir werden also gut thun, die Hamburger Resolution anzunehmen. Der Antrag der Genossen des sechsten sächsischen Kreises ist wahrscheinlich deshalb gestellt, weil der Partei-Vorstand in diesem Jahre keinen Anruf erlassen hat, aber die Agitation war bereits allerorts im Gange, so daß es gegenstandslos geworden war, die Genossen noch besonders anzufeuern. Ich halte den Antrag für überflüssig, denn wenn es sich als nothwendig herausstellen wird, eine planmäßige Agitation einzuleiten, so wird es der Partei-Vorstand von selbst thun, und daß dabei die Frage des Achtstundentages in den Vordergrund treten wird, ist selbstverständlich. Es ist nicht nötig, der Parteileitung noch eine besondere Direktive zu geben. Man glaubt von bestimmter Seite immer darüber machen zu müssen, daß die Parteileitung ihre Pflicht erfüllt, bis jetzt haben aber die zweitägigen Verhandlungen ergeben, daß die Genossen mit der Thätigkeit der Parteileitung zufrieden gewesen sind. Was den zweiten Antrag betrifft, so ist derselbe abgelehnt, sobald Sie die vom Partei-Vorstand beantragte Resolution annehmen. Ich meine, wir haben keine Veranlassung, die Kraftprobe mit dem Kapitalismus zu suchen. Können wir ihr nicht ausweichen, so wird sich kein Genosse finden, der feige genug wäre, ihr auszuweichen. So lange uns aber die Kraftprobe nicht aufgedrängt wird, werden wir sie nicht suchen. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag abzulehnen und einstimmig die vom Partei-Vorstand beantragte Resolution anzunehmen.

Wortmeldungen zu diesem Punkte lagen nicht vor.

Nachdem Höpner (6. sächsischer Kreis) seine Anträge zurückgezogen hat, wird die Resolution des Partei-Vorstandes angenommen und nach Verlesung einiger eingelaufener Telegramme die Sitzung um 7 Uhr geschlossen.

Dritter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

9 $\frac{1}{2}$ Uhr. Der Vorsitz führt Klotz.

Zum Bericht über die parlamentarische Thätigkeit, wozu die Anträge von 66 bis 82, 86 (Absatz 4 bis 8), 92, 94, 96 und 104 mit zur Verhandlung gestellt werden, erhält als Berichterstatter das Wort

Wurm: Ich will mich auf die Einzelheiten unserer parlamentarischen Thätigkeit während der letzten Session nicht einlassen, da Ihnen ja der gedruckte Bericht über die Thätigkeit der Fraktion vorliegt, sondern nur die großen Gesichtspunkte hervorheben, obgleich sie schon in der bisherigen Debatte gestreift sind. Der Bericht, der übrigens nur von einem einzelnen Fraktionsmitglied verfaßt ist und nicht von der ganzen Fraktion durchgesehen wird, hat in seiner Begründung der Thätigkeit all die Motive zusammengefaßt, die bisher in der Fraktion maßgebend waren bei ihren Abstimmungen. In erster Linie handelt es sich dabei um die Stellung zum Militarismus und zur Kolonialpolitik, diese beiden Lebensfragen für die Arbeiterbewegung. Das